

GETEILTES

DEUTSCHLAND



GEMEINSAME GESCHICHTE

10. BUNDESWEITER KONGRESS DER LANDESBEAUFTRAGTEN FÜR DIE STASI-
UNTERLAGEN, DER BUNDESSTIFTUNG ZUR AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR
UND DES NIEDERSÄCHSISCHEN MINISTERIUMS FÜR INNERES UND SPORT



GETEILTES

DEUTSCHLAND

GEMEINSAME GESCHICHTE

10. BUNDESWEITER KONGRESS DER LANDESBEAUFTRAGTEN FÜR DIE STASI-
UNTERLAGEN, DER BUNDESSTIFTUNG ZUR AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR
UND DES NIEDERSÄCHSISCHEN MINISTERIUMS FÜR INNERES UND SPORT

Inhalt

Programm	6
Begrüßung Gerhard Ruden, Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt	10
Grußwort Christian Wulff, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen	13
Grußwort Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt	21
Grußwort Gerhard Kilian, Landrat des Landkreises Helmstedt	27
Grußwort Ottomar Lippelt, Bürgermeister der Stadt Königslutter	33
»Geteiltes Deutschland – Gemeinsame Geschichte« Festvortrag von Dr. Ehrhart Neubert	37
Juristische Aspekte der Aufarbeitung Dr. Hans-Jürgen Grasemann Horst Schüler	63 73
Psychosoziale Aspekte der Aufarbeitung Stefan Trobisch-Lütge: »Das Unheimliche in uns« – Psychische Spätfolgen bei politisch Verfolgten in der DDR-Diktatur Jens Planer-Friedrich	85 96
Erinnerungspolitische Aspekte der Aufarbeitung Klaus Knabe, Museum »Gegen das Vergessen« e. V., Pforzheim Dr. Joachim Scherrieble: Erinnerungspolitische Aspekte der Aufarbeitung der deutschen Teilung und der SED-Diktatur – fünf Bemerkungen	105 113
Europa und die Erinnerungskultur Markus Meckel, Stiftungsratsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Kazimierz Woycicki, Institut für Nationales Gedenken (IPN) Szczecin, Polen	127 134
Schlusswort Gerhard Ruden, Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt	141

DEUTSCHLAND

Freitag, 12. Mai 2006

14.00–16.00 Uhr **Anreise zur Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn**
Führungen in Gruppen

bis 17.00 Uhr **Anreise und Anmeldung im AVALON Hotelpark**
Königshof in Königslutter

18.00 Uhr **Abendessen**

19.30 Uhr **Begrüßung**
Gerhard Ruden, *Landesbeauftragter für die*
Stasi-Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt
Grußworte
Christian Wulff,
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer,
Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt
Gerhard Kilian, *Landrat des Landkreises Helmstedt*
Ottomar Lippelt, *Bürgermeister der Stadt Königslutter*

ca. 20.30 Uhr **Festvortrag**
»Geteiltes Deutschland – Gemeinsame Geschichte«
Referent: Dr. Ehrhart Neubert

Samstag, 13. Mai 2006

GEMEINSAME GESCHICHTE – GEMEINSAME AUFGABE

- ab 7.00 Uhr Frühstück**
- 9.00–11.00 Uhr Juristische Aspekte der Aufarbeitung**
Referent: Dr. Hans-Jürgen Grasemann
Referent: Horst Schüler
- 11.00 Uhr Kaffeepause**
- 11.30–13.00 Uhr Psychosoziale Aspekte der Aufarbeitung**
Referent: Stefan Trobisch-Lütge
Referent: Jens Planer-Friedrich
- 13.00 Uhr Mittagessen**
- 14.00 Uhr Empfang des Bürgermeisters der Stadt Königslutter,
Dom-Museum**
Besichtigung des Doms und des Museums
für Mechanische Musikinstrumente
- 16.00–17.30 Uhr Erinnerungspolitische Aspekte der Aufarbeitung**
Referent: Klaus Knabe
Referent: Dr. Joachim Scherrieble
- 18.00 Uhr Abendessen**
- 19.30 Uhr »Michael Gartenschläger«**
Theaterstück von Interkunst e.V. aus Anlass des
30. Todestages von Michael Gartenschläger
Regie: Till Dellers

Sonntag, 14. Mai 2006

ab 7.00 Uhr Frühstück und Auschecken

9.00 Uhr Podiumsdiskussion: Europa und die Erinnerungskultur
Markus Meckel, *MdB*,
Ratsvorsitzender der Stiftung Aufarbeitung
Prof. Dr. Wolfgang Höpken, *Universität Leipzig*
Dr. Kazimierz Woycicki,
Institut für Nationales Gedenken (IPN) Szczecin, Polen
Jörn Mothes, *Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen*
des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Moderation)

11.00 Uhr Abfahrt nach Hötensleben

12.00 Uhr Kranzniederlegung am Grenzdenkmal Hötensleben
anschließend Besichtigung

ca. 13.00 Uhr Abreise

DEUTSCHLAND

KONGRESSERÖFFNUNG



BEGRÜSSUNG

Gerhard Ruden, *Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt*

Stellvertretend für alle Verbände, Opferverbände, Verfolgtenverbände, Aufarbeitungsinitiativen und Institutionen, die sich mit der Geschichtsbewältigung der zweiten deutschen Diktatur beschäftigen, möchte ich hier Herrn Horst Schüler begrüßen. Herr Horst Schüler ist Vorsitzender der Union der Opferverbände des kommunistischen Gewaltregimes, UOKG.

Mit dem diesjährigen Thema »Geteiltes Deutschland – Gemeinsame Geschichte« ist ein Anspruch verbunden. Wir befinden uns im 45. Jahr nach dem Mauerbau, der endgültig scheinenden Barriere zwischen den beiden Teilen Deutschlands und zwischen Ost- und Westeuropa. Und es gibt eine weitere Jahreszahl, die sicher die meisten von Ihnen in Ihrem Gedächtnis haben: 1956, das Jahr der Aufstände in Polen (in Posen) und in Ungarn, die so viel Blut und Opfer gekostet haben. Es ist also (auch) ein 50-jähriges Jubiläum.

Wir wollen uns dem Aspekt »Europa« am Sonntag in einer Podiumsdiskussion widmen. Ganz bewusst haben wir den Kongress in das Land Niedersachsen gelegt; sämtliche anderen vorhergehenden Kongresse waren im Osten Deutschlands. Wir haben mit dem Ministerpräsidenten, Herrn Wulff, und dem Land Niedersachsen Partner gefunden, die sich in einer hervorragenden Weise auch der Probleme der Opfer der SED-Diktatur angenommen haben.

Es gibt im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport eine Stelle, die sich mit Rehabilitierungsfragen, mit Verfolgten und ihren Ansprüchen befasst und damit letztendlich auch ein Stück Aufarbeitung der gemeinsamen deutschen Geschichte betreibt. Ich begrüße hier ganz besonders den Ministerpräsidenten, Herrn Christian Wulff.

Auch als Gastgeber dieses Kongresses in einem weiteren Sinne möchte ich den Herrn Landrat, Herrn Kilian, vom Landkreis Helmstedt begrüßen und den Bürgermeister von Königslutter, Herrn Lippelt. Ich weiß, dass unter Ihnen noch Angehöriges des Landtages von Niedersachsen und Gemeinderäte sind – ich bitte um Nachsicht, dass ich nicht alle politischen Amts- und Würdenträger aus Niedersachsen und aus den anderen Ländern begrüßen kann. Die Verantwortung für die Organisation und auch die Finanzierung dieses zehnten Kongresses liegen beim Land Sachsen-Anhalt.

Ich bin froh, dass wir erfahrene Mitarbeiter haben in unserer Behörde in Sachsen-Anhalt, die viel Zeit aufgewendet haben für die Vorbereitung dieses Kongresses, aber insgesamt ist doch verantwortlich dafür, dass wir diesen Kongress organisieren können unser Ministerpräsident, denn er hat letztendlich die Verantwortung und die Last der Finanzierung und dafür möchte ich Herrn Prof. Dr. Wolfgang Böhmer hier ganz herzlich danken und ihn zugleich begrüßen.

Ich habe somit eine herausragende und fast einmalige Gelegenheit, zwei Ministerpräsidenten von zwei benachbarten Ländern hier gemeinsam am Tisch begrüßen zu dürfen. Ich werte das als solidarischen Akt für das Anliegen dieses Kongresses und bin auch beiden sehr dankbar.

Wie jedes Jahr wünschen wir Aufmerksamkeit in der Presse für den Kongress und die damit verbundenen Anliegen. Ich glaube, in diesem Jahr ist es in einer besonderen Form deutlich geworden, dass es noch einiges zu richten gibt in unserer Vergangenheitsbewältigung: Aufgrund der Situation, in der sich viele Opfer der SED-Diktatur befinden. Aber auch, was das Geschichtsbild der zweiten deutschen Diktatur anbetrifft.

15 Jahre hatten wir Zeit, um über Opferentschädigung, über Gerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und letztendlich moralische Gerechtigkeit zu diskutieren. Sie sind verstrichen mit der Verabschiedung von zwei SED-Unrechts-Bereinigungsgesetzen, die sicherlich den Grundstock für etwas Gerechtigkeit gelegt haben, die aber bei weitem nicht genug sind, um den Opfern Sühne und Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Parallel dazu haben wir es hier mit einem Verlust an Geschichtswissen in den letzten 15 Jahren zu tun, der sich ganz deutlich und breit in unserer Schulbildung niederschlägt. Sie können heute nicht von einem 15jährigen verlangen, Erich Honecker einzuordnen oder Erich Mielke. Und in diese Lücke hinein stoßen solche

Geschichtsrevisionisten wie ehemalige Großkopfeten des MfS oder der SED, also Verantwortungsträger des Diktaturunrechts, und wollen das Geschichtsbild der Diktatur beschönigen.

Da müssen wir gegensteuern. Das sind alles Gründe, weswegen wir hier zusammen sind. Ich hoffe, dass wir das mit diesem Kongress deutlich machen können, dass unsere Demokratie nicht nur aus Tagespolitik bestehen darf. Sie muss die Geschichte aufarbeiten, um sich gegen alle Versuche zu wappnen, die Diktatur zu verharmlosen. Gleichzeitig muss es uns ein Anliegen sein, für die Opfer der Diktatur so weitgehend wie möglich Wiedergutmachung zu leisten. Ihre bitteren Erfahrungen müssen für uns Ansporn sein. Ich hoffe auch, dass wir auf diesem Kongress gemeinsam etwas dazulernen können.

Ich denke, Sie haben alle gelesen, dass wir ein sehr dichtes Programm haben, das in drei Themenblöcke untergliedert ist. Wir haben Referenten gewonnen, die uns mit Impulsreferaten auf die jeweiligen Problemstellungen einstimmen werden. Im Anschluss daran ist dann immer auch Zeit für Diskussionen eingeplant.

Zunächst möchte ich um die Grußworte der anwesenden Politiker bitten. Wir haben die Reihenfolge so vorgesehen, dass der gastgebenden Ministerpräsident, also Herr Ministerpräsident Christian Wulff, als erster die Worte an uns richtet und danach Herr Prof. Dr. Wolfgang Böhmer. Danach bitte ich den Landrat des Kreises Helmstedt, Herrn Gerhard Kilian um das Wort und abschließend soll der Bürgermeister von Königslutter, Herr Ottomar Lippelt das Wort erhalten.



GRUSSWORT

Christian Wulff, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsidentenkollege, lieber Wolfgang Böhmer, Herr Landrat Kilian, Herr Bürgermeister Lippelt, liebe Angelika Jahns, als Landtagsabgeordnete für die Region, meine Damen und Herren Abgeordneten, sehr geehrte Damen und Herren der kommunalen Parlamente. Lieber Herr Ruden und lieber Herr Neubert, meine sehr verehrten Damen und Herren, seien Sie alle herzlich willkommen in Niedersachsen!

Ich darf Sie sicher auch im Namen des Landrates und im Namen des Bürgermeisters begrüßen. Wir freuen uns sehr darüber, dass Königslutter mit dieser Tagung noch einmal unter Beweis stellen kann, dass es mitten in Deutschland liegt. Lange Zeit war Königslutter Zonenrand und Grenzregion. Jetzt liegt es mitten in Deutschland und das ist ja der große Vorzug von Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, von Hessen und Thüringen, dass das die vier Bundesländer sind, die mitten drin sind und hoffentlich auch immer mehr voll dabei.

Für uns ist es eine große Freude, dass diese Tagung erstmals in einem alten Bundesland stattfindet. Alle anderen Kongresse waren bisher in den so genannten neuen Bundesländern – der früheren DDR. Dadurch wird deutlich, dass die Aufarbeitung von SED-Unrecht keine Sache nur der neuen Bundesländer ist, sondern von ganz Deutschland und aller Deutschen, die in Deutschland leben.

Wir haben in Niedersachsen die Opferberatung mit Unterstützung der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen von Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern aufgebaut. Wir haben eine gewaltige Resonanz. Es gibt unglaublich viele Menschen in Niedersachsen, die Opfer der DDR und des SED-Unrechts geworden sind. Natürlich haben wir für diese Menschen eine gesteigerte Verantwortung, uns um deren Schicksal zu kümmern und deren Interessen zu vertreten.

Ich möchte mich aber an dieser Stelle vor allem bedanken bei den Beauftragten für die Stasiunterlagen von Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Diese haben uns nämlich mit Rat und Tat zur Seite gestanden und dazu beigetragen, dass wir dabei auf die Erfahrungen der letzten 15 Jahre zurückgreifen konnten.

Erinnerung an historische Ereignisse

Es ist eben schon gesagt worden: 2006 ist ein wichtiges Jahr für die Erinnerung an historische Ereignisse. Beispielsweise ist heute exakt der Tag, an dem vor 57 Jahren die Berlin-Blockade beendet wurde. Das war auch ein Ereignis, bei dem Menschen unter Druck gesetzt, erpresst und genötigt wurden, bei dem Westberlin zur DDR hinzugefügt werden sollte. Heute vor 57 Jahren wurde die Blockade beendet. Und ich habe dieses Datum nicht – wie Sie vielleicht vermuten könnten – aus meinem unerschöpflichen historischen Wissen, sondern aus Ihrem Kalender: dem Taschenkalender der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Der enthält nämlich für diesen heutigen Tag genau dieses Datum. Natürlich soll man manchmal auch die Losungen zum Tage lesen, aber manchmal ist es auch ganz hilfreich, in diesen Kalender zu schauen, um festzustellen, was sich alles getan hat. Unter der Überschrift »Erinnerung als Auftrag« ist dieser Kalender veröffentlicht worden.

Dann wissen wir auch:

- dass sich in diesem Jahr zum 45. Mal der Mauerbau jährt und damit die Errichtung einer menschenverachtenden Grenze, an der Tausende ihr Leben verloren haben,
- dass vor 50 Jahren die Aufstände in Ungarn und Polen blutig niedergeschlagen wurden,
- dass vor 60 Jahren die Sowjets die Demarkationslinie absperreten und die Grenzkontrollen verschärfen,
- dass vor 60 Jahren die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED stattfand.

Und – was für mich als jungen Menschen von besonderer Bedeutung war – vor 30 Jahren verbrannte sich Pfarrer Oskar Brüsewitz öffentlich auf dem Marktplatz in Zeitz. Er protestierte damals gegen die Kirchenfeindlichkeit des SED-Staates. Auch an ihn sollten wir in diesem Jahr denken. Ich habe damals, mit 16

Jahren, einen Leserbrief geschrieben gegen die menschenrechtswidrigen Zustände in der ehemaligen DDR und wurde dafür immer komisch angeguckt, dass ich mich dafür engagiert habe. Ich fand es viel komischer, dass die Leute sich für Nicaragua und Kuba und sonst was interessierten, aber eben nicht für die unmittelbare Situation jenseits der Grenze.

Erinnerung ist Mahnung, die Ereignisse der Geschichte nicht zu vergessen. Ihr Kalender ist ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie man auf einfache Weise neugierig auf die Vergangenheit und auf die jüngste Geschichte machen sowie zur Auseinandersetzung anregen kann. Ich schätze den Kalender sehr und hoffe, dass Sie weiter solche Aktivitäten mit uns gemeinsam machen.

Grenzübergang Helmstedt/Marienborn

Wir Niedersachsen hatten die längste innerdeutsche Grenze aller Bundesländer. Wir sind besonders betroffen gewesen durch die Teilung. Wir sind hier am ehemaligen Grenzübergang Marienborn, den Sie teilweise heute Nachmittag ebenso wie die Gedenkstätte »Deutsche Teilung« besucht haben. Die Teilung ist uns hier immer noch gegenwärtig. Wir wissen, dass wir es der friedlichen Revolution der Bürger in der früheren DDR zu verdanken haben, dass die Teilung überwunden und dass die Diktatur beseitigt wurde.

Wir jedenfalls empfinden das nach wie vor als großen Glücksfall der Geschichte. Und wir sind auch 16 Jahre später überaus dankbar dafür, dass es so gekommen ist und dass wir wieder ein Land sind, dass wir wiedervereinigt sind und frei reisen können, dass wir Freizügigkeit genießen können und Menschenrechte gewährleistet sehen. Viele von Ihnen haben persönlich leiden müssen – haben gelitten, weil sie den geraden Weg, den aufrechten Weg gewählt haben. Für uns hier im Westen war es kein Risiko. Trotzdem haben sich relativ wenig aktiv betätigt. Für die Menschen in der DDR war es ein sehr großes Risiko. Umso beachtlicher ist, wie viele aufbegehrt und Nachteile in Kauf genommen haben.

»Das Leben der Anderen«

Ich denke, dass das Leben in der DDR nicht nostalgisch verklärt werden darf, nicht die Lebensrealitäten verdrängt werden dürfen. Es darf auch nicht allein komödiantisch aufgearbeitet werden, wie z. B. mit den Filmen »Good bye Lenin« oder »Sonnenallee«.

Ich finde es großartig, dass jetzt der Film »Das Leben der Anderen« von Florian Henckel von Donnersmarck den Versuch unternimmt, einem breiteren Publikum, insbesondere unseren Bürgern hier in Westdeutschland, aber auch jungen Leuten, einen Eindruck zu vermitteln, was es bedeutet hat, in einem Überwachungsstaat zu leben. Vielleicht bekommt er ja heute Abend den deutschen Filmpreis. Ich hoffe es jedenfalls!

Anfang dieser Woche berichtete die HAZ über Gernot Preuß – den ehemaligen Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände – der den Film ebenfalls gesehen hat. Was viele nicht wussten: Auch er war ein Opfer der Stasi und wurde über zwei Jahre inhaftiert. Er »spürte die alten Ängste wieder«, sagte er. Und dass die Erlebnisse, die 44 Jahre zurückliegen, auf einmal wieder ganz dicht an ihn heranrücken. »Zu dicht, um sich in Anekdoten zu retten.« Das heißt, das beschäftigt einen Menschen sein Leben lang und man kommt nie davon los. Es ist gut, dass das weiter gegeben werden kann.

Jetzt weiß ich, dass einige von Ihnen sagen: Die Erlebnisse waren viel schlimmer, als sie dargestellt sind. Manche Details seien nicht zutreffend wiedergegeben. Aber ich sage Ihnen offen: Ich halte diesen Film dennoch für einen ganz wichtigen Betrag, das Thema aufzuarbeiten und einem breiten Publikum nahe zu bringen. Ich finde es gut, dass auf diese Art und Weise diese Dinge in den Mittelpunkt gerückt werden.

Stasi-Mitarbeiter

Jeder von uns hier weiß, dass die DDR als System überhaupt nur leben konnte, weil sie totalitär war und menschenverachtende Kontroll- und Unterdrückungssysteme hatte. Wenn heute ehemalige Stasimitarbeiterinnen und -mitarbeiter diese historische Wirklichkeit leugnen, darf dies nicht unwidersprochen bleiben – und wir alle sind aufgefordert, dem deutlich entgegenzutreten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass der unmenschliche Umgang mit Gefangenen und die hohe Anzahl von politischen Gefangenen in einem anderen Licht dargestellt werden. Opfer dürfen nicht zu Tätern gemacht werden. Die Äußerungen von Herrn Modrow beispielsweise, dass der Westen mitschuldig sei an den Mauertoten, das sind solche Unglaublichkeiten, von denen ich denke, das müssen wir uns nicht antun und dem muss die ganze Republik entschlossen entgegenreten.

Dass es die PDS nicht tut, bestätigt unsere Einschätzung der PDS. Aber die anderen Parteien, die sollten es tun. Wir müssen deutlich die nennen, die Bürger- und Menschenrechte mit Füßen getreten haben. All jene, die sich gegen das Unrecht der DDR aufgelehnt haben, verdienen unsere persönliche Hochachtung und Wertschätzung. Viele sind heute hier und nehmen an diesem Kongress bis Sonntag teil.

Koalitionsvertrag

Wir haben Ihnen viel zu verdanken und jeder Einzelne hat seinen Beitrag geleistet, dass wir heute im wiedervereinigten Deutschland in einer freiheitlichen Demokratie leben. Ich begrüße, dass im Berliner Koalitionsvertrag, an dem ich mitwirken durfte, ausdrücklich aufgenommen wurde, dass gesellschaftliche Verpflichtungen den Menschen gegenüber bestehen, die sich für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben. Dass man denen persönlich etwas zurückgeben muss, die persönlich Repressalien erlebt haben. Jahrelange Haft, gesundheitliche Schäden, Verlust beruflicher Perspektiven, Misstrauen gegen Menschen im persönlichen Umfeld und Ängste, die einen ein Leben lang begleiten, müssen berücksichtigt werden.

Deshalb muss die Situation der DDR-Opfer verbessert werden. Das im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD verankerte Vorhaben, die Situation der Opfer der SED-Diktatur mit geeigneten Maßnahmen zu verbessern, muss unverzüglich, das heißt ohne schuldhaftes Zögern, umgesetzt werden. Ich denke, dass die CDU-Ministerpräsidenten der neuen Länder und ich zwar noch nicht ganz die Mehrheit im Bundesrat haben, aber dass wir bald eine Mehrheit haben werden und dann auch den Koalitionsvertrag in reale Politik umsetzen können. Weil Sie natürlich zu Recht darauf warten und schon sehr lange warten und da fühlt sich gerade die CDU/CSU in der Pflicht, diesem Begehren jetzt endlich nachzukommen. Vorher konnten wir es nicht, weil wir nicht die Mehrheit hatten. Jetzt haben wir sie, und jetzt müssen wir das mit der SPD hinkommen.

Zeitzeugen

Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Kongressthema mit den sozialen, den erinnerungspolitischen und juristischen Aspekten. Die Diskussion mit Ihnen als den Menschen, die Opfer der zweiten deutschen Diktatur geworden sind, ist unerlässlich. Für mich bedeutet das: Bei der Aufarbeitung müssen die Menschen im Mittelpunkt stehen, die sich gegen das Regime aufgelehnt haben.

Jeder Einzelne hat seine ihm eigene persönliche Geschichte. Jeder von Ihnen im Saal, der sich in einem Opferverband engagiert, hat seine ganz persönliche Erlebnisgeschichte. Sie sind Zeitzeugen und Sie können jungen Menschen gegenüber besonders deutlich machen, wie das menschenverachtende, diktatorische System der DDR informiert und gearbeitet hat und erlebt wurde. Wie sollte das anschaulicher passieren, als indem Sie Ihre Lebensgeschichte berichten. Ich danke allen, die sich persönlich engagieren und die anderen helfen, sich in der komplizierten Materie des Unrechtsstaates und der Folgen, aber auch der Materie der Rehabilitierungsgesetze zurechtzufinden.

Schule und Gedenkstätten

Die Vermittlung von Kenntnissen über die beiden deutschen Diktaturen und die Nachkriegsgeschichte ist wichtig. Den Schulen kommt dabei eine große Bedeutung zu. Wir haben in Niedersachsen das Thema zum Pflichtthema in den 9. und 10. Klassen gemacht. Es ist Pflichtaufgabe der Schulen. Die Schulen müssen dafür sorgen, dass die Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen erfolgt.

Die Gedenkstätten können diese Arbeit ergänzen. Beispielsweise in Teistungen oder hier in Marienborn. Die Gedenkstätten erinnern an die Opfer. Sie mahnen, eine Wiederholung der Geschichte zu verhindern. Sie informieren und ergänzen damit den Geschichtsunterricht. Sie machen Geschichte erlebbar und vorstellbar. Ich finde es ganz toll, dass die Gedenkstätten in Bergen-Belsen für die Opfer des Nationalsozialismus und Marienborn für die Opfer des Kommunismus ein gemeinsames Schülerseminar durchführen, das die Unterschiede und Parallelen von NS-Diktatur und SED-Diktatur herausstellen soll und ich möchte am Ende, weil es mir sehr am Herzen liegt, zwei Menschen besonders erwähnen, die für mich besonders wichtig waren in den letzten Jahren und es immer noch sind.

Erstens: Herrn Wolfgang Becker aus Salzgitter, der niedersächsischer Träger des Bundesverdienstkreuzes ist. Ich möchte ihn deswegen erwähnen, weil er ein wirklich engagierter Niedersachse aus Salzgitter ist. Herr Becker hat die Ehrung des Bundesverdienstkreuzes seinen Kameraden und Kameradinnen gewidmet. Sein Wirken hat fast fünf Jahrzehnte Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft in Niedersachsen gedient.

Das hat bei uns im Land Spuren hinterlassen und ich möchte aus den vielen Aktivitäten beispielhaft eine nennen: Die von ihm initiierte Kanzel von Salzgitter, die dortige Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus und Kommunismus. Er ist zahlreichen Betroffenen, die ähnlich wie er in Niedersachsen einen Neuanfang versuchen mussten und finden konnten, eine unendlich große Stütze gewesen.

Zweitens: Herrn Alexander W. Bauersfeld, der seit vielen Jahren in Niedersachsen ebenfalls diese Arbeit hochhält; der irgendwann bei mir im Landtagsbüro – ich war damals noch Oppositionsführer – auftauchte und mir von seinem Schicksal erzählte – und besonders von seinem Engagement für die Opfer von DDR und SBZ.

Das hat vielen Mut gemacht bei uns im Land und jetzt arbeiten wir von Seiten der Staatskanzlei und von Seiten des Innenministeriums gut mit Herrn Becker und Herrn Bauersfeld und vielen anderen zusammen und sind Ansprechpartner auf Seiten der Regierung, um die Dinge in Ordnung zu bringen, die man jetzt noch in Ordnung bringen kann. Viele von den Dingen, die geschehen sind, werden nie in Ordnung zu bringen sein, dafür sind die psychosozialen Folgen, Schäden und Menschenrechtsverletzungen viel zu gigantisch gewesen.

Lassen Sie mich schließen in der mir zur Verfügung gestellten Zeit, und zwar mit einem Zitat des hier ja durchaus umstrittenen, aber – wie ich finde – nachdenklichen Wolfgang Biermann. Anlässlich seiner in der Welt veröffentlichten Kritik zu dem Film »Das Leben der Anderen«, schreibt er: *»Viele Leute in Ost und West haben die Diskussionen über Stasi und DDR-Diktatur schon satt, unter uns gesagt: Ich schon lange. Aber ich traue mir in diesem Punkte nicht. Der Film bringt mich auf den Verdacht, dass die wirklich tiefere Aufarbeitung der zweiten Diktatur in Deutschland erst beginnt.«*

Und in diesem Sinne, glaube ich, sind Sie ein unglaublich futuristischer Kongress, der sich nämlich mit Zukunft beschäftigt und weniger mit Vergangenheit. Wie man für die Zukunft sorgen kann. Dass wir Deutschen, die wir Erfahrung mit einer Rechts- und einer Linksdiktatur in einem Jahrhundert, nach zwei Weltkriegen eines Jahrhunderts, gemacht haben, dass wir Deutschen die Lehren aus der Geschichte für die Zukunft ziehen. Und dass wir aktiv mit Zivilcourage dafür sorgen, dass sich so etwas niemals wiederholt.

Je mehr Menschen mit Zivilcourage es in einem Land gibt – wie Sie – umso weniger Helden wird es irgendwann mal brauchen. Deswegen setze ich darauf, dass Sie das gut machen werden und dass Sie hier gute Tagungsbedingungen haben werden. Wir sind auf Ihre Ergebnisse gespannt. Wir sind an Ihrer Seite. Wir setzen uns für Sie ein. Ich finde es toll, dass der zehnte Kongress hier bei uns stattfindet.

Jetzt kommen Sie nicht neunmal wieder in den neuen Ländern zusammen, sondern kommen Sie bald schon wieder in Niedersachsen zusammen, damit wir auf Ihre Anliegen aufmerksam machen können. Seien Sie »Herzlich Willkommen« und Ihnen »Gute Tage« hier.

GRUSSWORT
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer,
Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt



Lieber, sehr geehrter Kollege Christian Wulff, Herr Landrat, Herr Bürgermeister, lieber Herr Ruden, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Am heutigen Vormittag habe ich in der Erklärung einer so genannten Expertenkommission, die vom Bundeskanzleramt eingesetzt wurde, und die sich mit der Aufarbeitungsproblematik unter anderem beschäftigen soll, gelesen: Es gäbe Defizite und eine in Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte, die gerade in den alten Bundesländern nur sehr bedingt als Teil der gemeinsamen deutschen Geschichte verstanden würde.

Ich vermute, dass dies so ist. Deshalb ist es ein ausgesprochen guter Gedanke, eine solche Tagung außerhalb der so genannten neuen Bundesländer zu organisieren. Ich habe sogar den Verdacht, dass, je weiter wir nach Westen kommen, umso nötiger könnte so etwas zukünftig sein!

Denn es gibt Probleme, für die ich auch ein gewisses Verständnis aufbringe. Vieles kann man kaum verstehen, wenn man es nicht miterlebt hat. Anderes haben wir uns selbst eingebrockt, weil wir nicht wussten, was auf uns zukommt.

Wir sind jetzt in allen neuen Bundesländern dabei, die Geschichte aufzuarbeiten, die Zeugnisse unserer jüngsten Geschichte zu bewahren und die Ursachen und die Zusammenhänge der beiden Diktaturen, von denen Herr Kollege Wulff eben gesprochen hat, in Deutschland auch auszuwerten. Und dabei bitte ich darum, dies mit einem gewissen Fingerspitzengefühl füreinander zu tun. Ich habe vor kurzem in Halle die Gedenkstelle in dem Gefängnis »Zum Roten Ochsen« eröffnet. Eine Gedenkstätte, die zur Zeit des Nationalsozialismus Gefängnis und Hinrichtungsstätte war, und dann Stasigefängnis mit entsprechenden Verhörzellen

zur Zeit der DDR-Diktatur. Ich bin anschließend nicht immer freundlich angesprochen worden, dass es völlig ungerechtfertigt sei, diese beiden Diktaturen zu vergleichen. Das kann man auch nicht! Aber Diktaturen mit schlimmen Verletzungen und der Nichtachtung von Menschenwürde und Menschenrechten waren es allemal.

Für uns denke ich, ist es wichtig, dass wir nicht das eine mit dem anderen relativierend vergleichen. Aber die Gemeinsamkeiten, insbesondere die Gemeinsamkeiten bei der Verletzung der Menschenwürde müssen wir für zukünftige Generationen deutlich machen. Denn, solange es Menschen gibt, wird es immer auch Anfälligkeiten für Verführungen geben.

Und deshalb haben wir unsere Gedenkstättenarbeit in einer Stiftung so organisiert, dass die Gedenkstätten als solche erhalten bleiben. Dass sie in viele Schulen hineinwirken können, bis zur Unterbringung dieser Thematik in den Lehrplänen. Denn eines ist sicher. Wir verkennen die Probleme, wenn wir die Zusammenhänge, unter denen sich Diktaturen entwickeln konnten, auf wenige Phänomene reduzieren.

Die Machthaber der DDR, an die sich viele von Ihnen ja auch erinnern können, sind mit dem Nimbus aufgetreten, eine bessere Gesellschaft errichten zu wollen. Das hat dann dazu geführt, dass Menschen, die anderer Meinung waren, vorgeworfen bekommen haben, dass sie Klassenfeinde wären, dass sie gegen den gesellschaftlichen Fortschritt wären, dass sie den kapitalistischen Handlangern im Westen zuarbeiten würden.

Ich bin sicher, dass auch zukünftige Generationen dafür anfällig sein werden. Wer sich mit Geschichte befasst, der weiß, dass es solche Zeiten immer wieder gegeben hat. Die Thüringische Schriftstellerin Rosemarie Schuder hat schon zu DDR-Zeiten über die Wiedertäufer von Münster ein zwar wenig bekanntes aber ganz tolles Buch veröffentlicht mit dem Titel »Die Erleuchteten«, von weniger Furchtsamen wurde es auch »Der Terror der Nächstenliebe« genannt. Darin wird aus dem 16. Jahrhundert der Versuch einer kleinen abgegrenzten Stadt beschrieben, eine bessere und gerechtere Welt aufzubauen. Dies führte schon damals zu fast den gleichen Methoden, den gleichen Drangsalierungen und einschränkenden Schikanen, wie wir sie in der DDR-Zeit auch erlebt haben. Deshalb ist es wichtig, immer wieder deutlich zu machen, wozu Menschen in der Lage sind. Diese Erfahrungen dürfen nicht verloren gehen.

Wir leben in einer rechtsstaatlichen Ordnung und da passieren jetzt Dinge, die ich so niemals erwartet hätte. Ehemalige Stasi-Offiziere schließen sich zusammen in Verbänden mit Namen wie »Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenwürde e. V.«. In einem freiheitlichen Rechtsstaat ist das möglich. Aber es ist unsere Aufgabe, dem wenigstens inhaltlich gegenzusteuern. Die jetzigen rechtlichen Freiräume werden von diesen Personen ausgenutzt. Wir müssen lernen, damit umzugehen.

Ich möchte aber beteuern, dass dies nicht nur eine Aufgabe der neuen Bundesländer ist. Es ist, im Gegenteil, eine gesamtdeutsche Aufgabe. Wir haben noch die alte PDS als Nachfolgeorganisation der SED. Wir wissen, wie sie einzuordnen ist und wie wir sie zu bewerten haben. Aber wenn ich jetzt erlebe, dass es nicht wenige und nicht unbedeutende Bürger aus dem westlichen Teil Deutschlands gibt, die sich mit der PDS freiwillig zusammentun, dann sage ich mir: Da haben wir ein gesamtdeutsches Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Ich habe den Film, »Das Leben der Anderen«, selbst noch nicht gesehen aber Sie haben mich neugierig gemacht. Ich habe gelesen, dass nach dem Anlaufen des Films die Zahl der Anträge auf Einsicht in die eigenen Akten, bei der Außenstelle der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Magdeburg, um etwa 20 % gestiegen sind.

Ich halte es für notwendig, dass wir die grundsätzliche Problematik, wie wir mit unserer Ungleichheit umgehen, thematisieren. Wie können wir das Leben so organisieren, dass die Ungleichheit zum Vorteil wird? Dass sie uns motiviert und uns anspornt. Und wie können wir politisch motivierter Gleichmacherei, egal unter welchem Aspekt sie auch immer angeboten wird, widerstehen? Je mehr staatlich administrierte Gleichmacherei in einer Gesellschaft organisiert wird, um so mehr muss man den Einzelnen in seiner individuellen Freiheit beschneiden und einengen.

Auch was solche Probleme, wie Regelanfrage oder Einsicht in Stasi-Akten betrifft, so gibt es mehrere Fälle, die mich beeindruckt haben. Wir haben bei uns Leute, die in den letzten 15 Jahren sehr aktiv am wirtschaftlichen Transformationsprozess mitgearbeitet haben und bei denen wir uns erkenntlich zeigen wollen. Da kommen dann gelegentlich Vorschläge, den einen oder anderen dem Bundespräsidenten für eine hohe Auszeichnung vorzuschlagen. Zu diesen Vorschlägen gehört immer noch, und ich hoffe, dass das so bleibt, die Regelüberprüfung bei der

Stasiunterlagenbehörde. Ich bin erschüttert, was da in Einzelfällen herauskommt, bei Menschen, bei denen ich das nie vermutet hätte. Nun weiß ich, dass man gerade als Mitglied einer christlichen Partei auch vergeben können muss, dass aus einem Saulus ein Paulus werden kann, aber eins will ich trotzdem sagen: Wenn es sich um verantwortliche Funktionen handelt, zu denen nicht nur Fachwissen gehört, sondern auch zwischenmenschliches Vertrauen, dann sage ich, wer zwischenmenschliches Vertrauen so missbraucht hat, wie das in Einzelfällen nachweisbar ist, der hat wenigstens das Recht verwirkt, zukünftig wieder pauschal Vertrauen entgegengebracht zu bekommen.

Ich habe meine eigene OPK-Akte (Operative Personen Kontrolle) durchgesehen. Die ist nicht dünn. Das sind Akten, die über diejenigen angelegt wurden, denen man nicht über den Weg traute. Und ich war erschüttert, wer alles aus meinem unmittelbaren Bekannten- oder Arbeitsumfeld über mich berichtet hat. Da war auch ein 12-jähriger Junge dabei, ein Schulfreund meines eigenen Sohnes, der wohl bei der »Pionier-Brigade« der Stasi tätig war. Das nehme ich nicht so richtig ernst, aber dass enge Mitarbeiter – ich habe in einem kirchlichen Krankenhaus gearbeitet – denen ich das niemals zugetraut hätte, auch Berichte für die Stasi geschrieben haben, das hat mich tief getroffen. Es hat Menschen gegeben, denen aber auch ich das nicht einmal übel nehme. Einer der eifrigsten Berichterstatter über mich war jemand, der zu DDR-Zeiten zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden ist und der, nachdem er ungefähr sieben Jahre abgesessen hatte, frei kam. Er hatte unterschrieben, als inoffizieller Mitarbeiter für die Stasi zu arbeiten und über mich Berichte zu schreiben. Da bin ich ganz ehrlich, ob ich so tapfer gewesen wäre, in einer Gefängniszelle nach diesen Jahren einem solchen Angebot zu widerstehen? Da bin ich Gott sei Dank nicht geprüft worden. Das weiß ich nämlich wirklich nicht. So ehrlich muss man dann auch sein. Aber es waren eben auch welche dabei, die haben das aus purer Eitelkeit und Wichtigtuerei gemacht, nicht aus einer Zwangssituation heraus, sondern um irgend eines privaten persönlichen Vorteils willen. Das alles hat es auch gegeben. Da möchte ich doch wenigstens auch in Zukunft wissen, mit wem wir es zu tun haben.

Selbstverständlich sind wir auch, nicht nur moralisch sondern auch formell verpflichtet, darauf zu achten, dass es nicht plötzlich den Tätern von damals besser geht als den Opfern.

Das ist ein nicht zu einfaches Problem. Die letzten Regelungen, die zu einer Aufbesserung der Rentenversorgung der ehemaligen Täter geführt haben, sind Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Unter formaljuristischen rechtsstaatlichen Gesichtspunkten mag das richtig sein. Aber moralisch ist das kaum zu schlucken.

Sie kennen die Problematik der Opferrente. Dafür gibt es jetzt auch eine Passage in der Koalitionsvereinbarung. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass die Bundesregierung nicht in den ersten vier Wochen dieses Thema aufgreifen kann. Aber vergessen werden darf diese Aufgabe nicht. Wir aus den neuen Bundesländern – und genauso sicher wird uns aus Niedersachsen Kollege Wulff unterstützen – werden immer wieder an dieser Stelle mahnen und bohren, bis dieses Problem einer Lösung zugeführt wird.

Aber dieses Problem können weder die Juristen noch die Politiker alleine lösen. Da brauchen wir die Zusammenarbeit mit Verbänden, mit Ihnen. Da ist eine möglichst auch unter Ihnen abgestimmte Meinungsbildung vonnöten. Mehrfach pro Monat erhalte ich Briefe von Bürgern, denen zu DDR-Zeiten Unrecht geschehen ist. Aber es muss eine bestimmte Form der Objektivierung, der juristisch eindeutigen Nachweispflicht verlangt werden, wenn Leistungen daraus erwachsen sollen. Die Selbsteinschätzung allein wird im Einzelfall nicht genügen.

Eine andere Problematik ist die Zahl der zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen. Meine Damen und Herren, das unterliegt nicht dem Strafrecht, das ist Zivilrecht. Und wenn die Bundesregierung Zivilrechtsurteile der Vergangenheit lösen müsste, so müsste sie Scheidungsurteile rückgängig machen, nur um den Versorgungsteil an die jetzt geltende Bundesrechtsgesetzgebung anzupassen. Da muss ich ganz deutlich sagen, so einfach ist dieses Problem nicht zu lösen und vor allen Dingen darf man es nicht unter DDR-Unrecht und Stasiopferentgeltung verkaufen.

Der Satz, dass man ein Leben rückwärts verstehen kann, aber vorwärts leben muss, ist schon über 150 Jahre alt. Das Grundsätzliche, auf das auch Kollege Wulff hingewiesen hat, ist auch mir wichtig: »Geschichte endet nicht mit uns!«. Die Tatsache, dass auch zukünftige Generationen immer wieder anfällig sein werden für Verführungen, diese Tatsache sollte für uns Verpflichtung sein: Aus den Verfüh-

rungen der Vergangenheit, für die Gegenwart und die Zukunft deutlich zu machen, dass man menschliches Zusammenleben nur dann menschenwürdig organisieren kann, wenn bei den Vorstellungen, wie eine Gesellschaft gestaltet werden soll, nicht die angebliche Gleichheit über der individuellen Freiheit steht. Diesem Diskussionsprozess sollten wir uns gemeinsam stellen.

Vielen Dank.

DEUTSCHLAND

GRUSSWORT

Gerhard Kilian, *Landrat des Landkreises Helmstedt*

Sehr geehrter Herr Ruden, Herr Ministerpräsident Wulff, Herr Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer, Herr Bürgermeister, Frau Landtagsabgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach dem meine Vorredner schon so profund in die Thematik eingestiegen sind, ist es beinahe schwierig, den Bogen zurück zu einem Grußwort zu finden, aber ich will mich dieser Aufgabe gerne stellen. Im Namen des Landkreises Helmstedt begrüße ich Sie zu Ihrer Tagung und danke Ihnen ganz herzlich für die Einladung und die Möglichkeit, Grüße im Namen des Landkreises, wobei ich die anwesenden Kreistagsabgeordneten einbeziehe, an Sie zu richten.

Die Idee, den diesjährigen Kongress in einem westlichen Bundesland, hier bei uns im Landkreis Helmstedt durchzuführen, finde ich in besonderer Weise sachgerecht. Wir wissen hier im ehemaligen Zonenrandgebiet, was die deutsche Teilung bedeutet hat; wobei ich über den Begriff »Zonenrandgebiet« mit meiner Museumsleiterin, die Historikerin ist, immer diskutiere. Diese ist etwa zehn bis fünfzehn Jahre jünger als ich und kann sich mit diesem Begriff nicht mehr so ganz identifizieren. Also auch das sind Generationsprobleme.

Wir wissen, dass die Tätigkeit des DDR-Regimes und auch der Stasi, ihre Auswirkung durchaus nicht auf das Territorium östlich der ehemaligen Grenze beschränkt hat, sondern sich in unseren Lebensbereich hinein erstreckt hat und wie gerade durch Ihre Tätigkeit dokumentiert wird, bis heute nachwirkt und Einzelschicksale prägt. Als Herr Ministerpräsident Prof. Böhmer eben gesprochen hat, musste ich plötzlich daran denken, dass ich kürzlich in meiner Behörde die Frage hatte, ob ich einen jungen Mann, einen ehemals jungen Mann, der als 17-jähriger bei der NVA eine Verpflichtungserklärung als IM unterschrieben hat, bei mir einstellen kann oder nicht. So hat das also ganz konkret auch heute in unsere Tätigkeit hinein Auswirkungen. Auch der Landkreis Helmstedt und seine Einwohner

spüren tagtäglich die anhaltenden Folgewirkungen der jahrzehntelangen Teilung, der historischen Tatsache, dass unsere Kreisgrenze, die Grenze meiner Kreisstadt, die Nahtstelle zwischen den Machtblöcken des kalten Krieges bildete, an der sich die militärischen Blöcke und das ist im wahrsten Sinne des Wortes so zu verstehen, bis an die Zähne bewaffnet gegenüber gestanden haben. Ich habe noch in den 80er Jahren an der Magdeburger Warte, einem mittelalterlichen Grenzturm, – das war damals auch schon eine Grenze zwischen dem Bistum Halberstadt und dem Herzogtum Braunschweig – einer Streife, die mit Kalaschnikows bewaffnet war, auf zwei Meter gegenübergestanden. Es war natürlich kein Dialog möglich.

Die Freiheit auf der einen Seite, man kann sagen, wir waren der Leuchtturm der Freiheit, so habe ich es immer verstanden, die Unfreiheit auf der anderen Seite, waren ein greifbares Phänomen, mit dem wir tagtäglich konfrontiert waren. Freiheit gewonnen, Freiheit verloren. Das Thema ihres Kongresses ist daher auch gerade für den Landkreis Helmstedt von besonderer Bedeutung.

Die Teilung Deutschlands und Europas verlief für Menschen hier nicht irgendwo in der Ferne sondern direkt vor ihrer Haustür. Im Landkreis Helmstedt endeten viele Wege am Grenzzaun, der von Westen genauso hoch und unüberwindlich war wie von Osten. Auch wenn er sich, und das möchte ich besonders betonen, jenseits der wirklichen Demarkationslinie befunden hat. Denn die Grenze war von Westen immer offen, dass ist vielleicht auch vielen nicht bewusst, die das nicht persönlich vor Augen hatten. Der gemeinsame Lebensweg von Schöningern und Hötenslebern, Graslebern und Weferlingern, Helmstedtern und Harbkern war für Jahrzehnte unterbrochen. Die Orte der eigenen Kindheit und Jugend waren ebenso wie die Gräber der Toten unerreichbar. Verloren hinter Stacheldraht, Betonmauer und Mienenfeldern. Der Schulweg, der Weg zur Arbeit, der Weg zu Freunden und Verwandten war versperrt.

Oft blieb Richtung Osten nur ein wehmütiger Blick von den Höhen des Elms, unseres schönen Höhenzugs, von wo aus man weit in das nun verbotene Land hineinsehen konnte. Immer gab es die Hoffnung, dass diese Grenze eines Tages zu existieren aufhören würde. Und hier möchte ich ein Zitat, das ich zufällig in den letzten Tagen in einem Jahrbuch der Bundesregierung gefunden habe, einfügen: Ich zitiere nämlich den Kanzler der damaligen großen Koalition – welch eine Koinzidenz, dass wir jetzt wieder eine haben – Kurt Georg Kiesinger, der in seinem Bericht »über die Lage der Nation im geteilten Deutschland« vor dem deutschen Bundestag am 11.03.1968 ausgeführt hat, Zitat: »Bis zum Tag der Wiedervereini-

gung, der kommen wird, weil niemand den Willen eines großen Volkes, seine Einheit wiederzugewinnen, zu brechen vermag, wollen wir die Zeit nutzen, um unser Haus hier in Ordnung zu halten«. Ich beende das Zitat.

Ich meine, eine bemerkenswerte Zuversicht, mehr als 21 Jahre vor der Grenzöffnung. Es war kurz vor der Grenzöffnung wahrscheinlich in den Berichten zur Lage der Nation nicht mehr so enthalten, wie Kurt-Georg Kiesinger das 1968 formuliert hat. Viele dieser Menschen, die die Trennung erleiden mussten, starben aus Altersgründen, bevor sich diese Hoffnung erfüllte. Viele sahen das Land ihrer Jugend niemals wieder, aber dennoch versuchten diese Menschen, Brücken zu bauen. Jedes Jahr brachten zum Beispiel die Einnahmen des vom Kuratorium »Unteilbares Deutschland« veranstalteten Weihnachtsbasars große Summen von Spendengeldern zusammen, die genutzt wurden, um als Zeichen der Verbundenheit unzählige Päckchen in die DDR zu schicken. Aussichtsplattformen und Informationspunkte wie im Schöninger Schloss, in Offleben oder Büddenstedt wurden eingerichtet.

Es gab im Geheimen Kontakte in die Nachbarorte, wie ich es selbst erlebt habe. In Helmstedt wurde am Bötschenberg die politische Bildungsstätte Helmstedt e. V. von Vertretern aus Politik und Erwachsenenbildung gegründet, die sich, von Stadt und Landkreis gefördert, nachhaltig der Vermittlung deutschlandpolitischer Zusammenhänge, der Analyse des DDR-Regimes und der politischen Entwicklung im damaligen Ostblock auch schon vor der Grenzöffnung widmete. Noch in den 80er Jahren wurde beschlossen, in Helmstedt ein deutschlandpolitisches Informationszentrum zu errichten. Hier in unmittelbarer Nähe des Grenzüberganges, an der Autobahn von Hannover nach Berlin, hier, mitten in Deutschland, und doch durch die deutsche Teilung seit 1945 in einer Randlage, sollten Informationen zur Teilung Deutschlands gesammelt und den interessierten Besuchern zugänglich gemacht werden.

Dass bald darauf die weltpolitischen Umwälzungen ihre Auswirkungen auch besonders in Helmstedt zeigten, konnte damals noch niemand ahnen. Ich möchte hier nur einfügen, ich habe im Herbst 1988 in Halberstadt in einem Café mit Bewohnern aus einem Nachbarort, aus Weferlingen, zusammen gesessen. Ein junger Mann, der Sohn dieser Familie war dabei, der war siebzehn. Er sagte, er wüsste nicht, ob er vor seiner Pensionierung mal nach Westen kommen könnte. Das zeigt die Befindlichkeiten im Herbst 1988.

Sie wissen es, meine Damen und Herren, in rasender Abfolge gingen die politischen Veränderungen in der UdSSR, in Osteuropa, in Ostmitteleuropa und in der DDR voran. Demokratiebewegungen, Demonstrationen stürzten die alten Machtverhältnisse und schließlich durchschnitt Ungarn den Eisernen Vorhang. Es wurde mir eben auch bewusst, dass der Aufstand in Ungarn in diesem Jahr fünfzig Jahre her ist. Als jemand »mit Jahrgang 1947« kann ich mich immerhin doch an die Ereignisse, die auch für einen Neunjährigen damals epochal waren, erinnern. Die Ereignisse des Jahres 1989 brachten den Grenzzaun und damit den gesamten Grenzwall zum Einsturz. Nachdem der Zug mit den Botschaftsflüchtlingen aus Prag durch Helmstedt gerollt war, kamen nach der Öffnung der Grenze bereits im November 1989 Tausende von Besuchern aus Morsleben, Marienborn und Magdeburg in unseren Landkreis Helmstedt.

Auch in der Gegenrichtung machten sich die Menschen auf den Weg. Wer erinnert sich nicht an die langen Menschenschlangen bei der Öffnung der neuen Grenzübergangsstellen zwischen Helmstedt und Harbke oder im Brunnental oder den natürlich kilometerlangen Stau in den Schlangen auf der Autobahn. All diese Entwicklungen von der Demarkation durch die Siegermächte 1945, über das besonders seit 1961 verschärfte Grenzregime bis zur Grenzöffnung 1989 und der Wiedervereinigung am 03.10.1990 hinterließen auch materielle Zeugen. Überreste nennen sie die Historiker, sei es ein Hinweisschild auf einen neuen Grenzübergang, die Uniform eines Angehörigen der Britischen Grenzeinheit BFS, ein Interzonenpass, ein Brikett aus dem geteilten Braunkohletagebau, auch so etwas hatten wir hier, ein Gemälde vom Grenzübergang Helmstedt oder die Mahntafel von der Magdeburger Warte, einem ursprünglich mittelalterlichen Wachturm östlich von Helmstedt, später unmittelbar an der innerdeutschen Grenze gelegen. Das im Entstehen begriffene Informationszentrum wandelte seine Konzeption und sammelte als Zonengrenzmuseum Helmstedt, vom Landkreis Helmstedt gegründet und betrieben, die vielen Erinnerungsstücke aus der Geschichte der Teilung Deutschlands.

Dazu zählen außer den eben erwähnten Sammlungsstücken natürlich auch zahlreiche Bilddokumente. Aufnahmen aus der Entstehungszeit der Sperranlagen finden in unserem Museum genauso ihren Platz wie die Bilder von der Grenzöffnung. Wer hätte zu hoffen gewagt, dass im März 1992 bei der Eröffnung des ersten Ausstellungsabschnittes des Museums, neben einem Modell der Sperranlagen auch originale Bestandteile der bereits in weiten Teilen abgebauten Zäune zu sehen sein würden. Auch das ist eine wichtige Dokumentation. Unsere Kinder, die Kinder meiner Generation haben das nicht mehr selbst erlebt und wenn wir nicht eine solche Sammlung hätten, dann müsste sie heute gegründet werden, um

eben auch diesen Teil des Unrechtsregimes der nachwachsenden Generation deutlich zu machen. Während in Hötensleben die Denkmalpfleger noch um den Erhalt der Grenzanlagen rangen und die Kontrollanlagen in Marienborn fast unbefugt dem Verfall und der Zerstörung preis gegeben waren, hatte es der Landkreis Helmstedt geschafft, innerhalb kürzester Zeit ein Museum mit beachtlichem Magazinbestand und einer gut besuchten Dauerausstellung hervorzubringen. In der ständigen Ausstellung wird mit Originalobjekten, Text- und Bildtafeln, Modellen, lebensgroßen Szeneaufbauten und historischen Filmmaterialien die Geschichte der Teilung Deutschlands am Beispiel des Landkreises Helmstedt dargestellt. Ich glaube, Helmstedt, auch wenn mir das nicht immer gefällt, weil es eben rückwärts gewandt ist, ist da immerhin in der ganzen Republik noch unter diesem Aspekt ein Begriff. Ein besonderer Sammlungsbestand ist die Abteilung Grenzkunst, die in ständig erweitertem Bestand die Thematik aus der Sicht der Kunst darstellt und die Kunst macht vieles vielleicht deutlicher. Durch die Mitgliedschaft im Verein »Grenzenlos« sind das Zonengrenzmuseum »Helmstedt«, das Grenzdenkmal »Hötensleben«, die Gedenkstätte »Deutsche Teilung« Marienborn und die weit über die Grenzen von Stadt und Landkreis hinaus bekannten Helmstedter Universitätstage miteinander verbunden.

Viele Besucher nutzen das Angebot, auf einer Rundfahrt alle drei Stätten zu besichtigen und sich so selbst ein Bild von diesem historisch so bedeutsamen Ort zu machen. Ich lade Sie ein, wenn Sie es nicht schon heute getan haben, unser Zonengrenzmuseum »Helmstedt« zu besuchen und vielleicht beim Tagesausflug zu entdecken, dass der Landkreis Helmstedt auch vor der Teilung auf bedeutende historische Ereignisse zurückblicken kann. Jetzt erschrecken Sie nicht, seien es die ältesten Speere der Menschheit, 400.000 Jahre alt, in Schöningen gefunden – ich will jetzt nicht die letzten 400.000 Jahre aufarbeiten – sei es der Dom hier in Königs-Lutter mit den Grabstätten von Kaiser Lothar III., dem römisch-deutschen Kaiser, und seiner Gemahlin Richenza, übrigens neben Magdeburg das einzige Kaisergrab in Norddeutschland, oder sei es unsere ehemalige Welfische Landesuniversität Helmstedt, eröffnet 1576. Die Vorlesungen wurden zwar 1810 eingestellt, aber die Universitätsanlage mit dem prächtigen Renaissancehauptgebäude können Sie noch heute besichtigen.

Und so könnte ich die Beschreibung fortsetzen, meine Damen und Herren, möchte es Ihnen aber im Einzelnen selbst überlassen, unseren schönen Landkreis mit seinen Städten zu erkunden.

Inzwischen hat sich der Landkreis Helmstedt der Zukunft zugewendet. Gemeinsam mit unseren Freunden und Nachbarn in Sachsen-Anhalt gestalten wir unsere regionale Zusammenarbeit über die Landesgrenze hinweg, in einem gemeinsamen Verein, der Deuregio-Ostfalen e. V., der sehr zum Zusammenwachsen beigetragen hat.

Ich hoffe meine Damen und Herren, dass ich Ihnen einen Eindruck vermitteln konnte, dass wir von Ihrem Thema, mit dem Sie sich heute und morgen befassen wollen, hautnah betroffen sind. Seien Sie noch einmal herzlich Willkommen im Landkreis Helmstedt! Ihrer Tagung wünsche ich einen guten Verlauf und grüße Sie, wie es bei uns hier üblich ist, mit einem herzlichen »Glück auf«.

DEUTSCHLAND

GRUSSWORT

Ottomar Lippelt, Bürgermeister der Stadt Königslutter

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wulff, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer, Frau Abgeordnete Jahns, Herr Landrat Kilian, Herr Ruden, sehr geehrte Damen und Herren.

Sie sehen mich im Moment ein wenig nachdenklich, muss ich ehrlich gestehen. Denn vieles, was meine Vorredner gesagt haben, sollte wirklich Anlass sein, dass das Eine oder Andere, das heute schon wie so selbst verständlich über die Lippen geht, oder Einstellungen, die sich entwickelt haben, noch mal überdacht werden sollten oder auch kritisch geprüft werden sollte. Vielleicht liegt meine Nachdenklichkeit aber auch an meiner eigenen Betroffenheit. Ich darf mich persönlich hier outen, wie soll ich es formulieren, dass ich mich so als gebürtiger Chemnitzer schon frage, wie es mir eigentlich ergangen wäre, wenn ich 1951 nicht das Glück gehabt hätte, wie es so schön heißt, im Wege der Familienzusammenführung in den Westen zu machen.

Wenn wer sich so selbst prüft und sich beobachtet, wie man sich in einer anderen Gesellschaftsform verhält, merkt schon, dass man bestimmten gleich gelagerten Prozessen unterliegt, die lediglich unter anderen Vorzeichen laufen. Also ich würde das ähnlich wie Sie, Herr Ministerpräsident Böhmer, sagen, man kann eigentlich aus der Vergangenheit nur lernen, wenn man auch die einzelnen Lebenslagen derjenigen betrachtet, wie sie in die gesellschaftlichen Abläufe einbezogen waren. Ein sehr schwieriges Thema und deswegen ist für mich eigentlich klar, dass Kongresse dieser Art für das Aufarbeiten dieses Themas unerlässlich sind, um aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen.

Nun war das vielleicht nicht der gewohnte Einstieg in ein Grußwort eines Bürgermeisters der Stadt Königslutter am Elm, aber es lag mir doch am Herzen, diese Empfindung einmal auszubringen.

Aber kommen wir zu dem, was uns heute doch mehr betrifft. Ich möchte Sie als Bürgermeister der Stadt Königsutter am Elm hier in unserem liebenswerten Städtchen, das heute wirklich ein, auch dank des Wetters, strahlendes Gesicht zeigt, herzlich begrüßen.

Es zeichnet uns aus, dass dieser zehnte Bundesweite Kongress in Königsutter stattfindet. Wir sind stolz darauf, Ihr Gastgeber zu sein. Für einen Kongress, der erstmalig in den neuen, alten Bundesländern stattfindet. Nachdem Sie neun Mal, so wollte ich eigentlich richtig sagen, in den alten Bundesländern waren. So, ich denke, jetzt habe ich es ganz durcheinander gebracht; sehen Sie es mir nach, aber ich bin noch ein bisschen gefangen von dem, was ich gerade gehört habe.

Es ehrt uns besonders, dass wir als Gastgeber ausgewählt wurden. Wir haben uns sehr darüber gefreut, als im September des letzten Jahres die Nachricht an uns herankam, dass in Königsutter dieser Kongress stattfinden soll. Selbstbewusst wie wir sind, stelle ich erstmal fest, Sie haben eine gute Wahl getroffen.

In einem Haus mit allen Annehmlichkeiten finden Sie hervorragende Betreuung und für die Stadt ist es keine Frage, ihren Teil zum Gelingen des Kongresses beizutragen. Die Stadt Königsutter mit 16.500 Einwohnern, einer Kernstadt, siebzehn Ortsteilen, präsentiert sich, und das ist auch heute so, als offene und gastfreundliche Stadt. Davon möchten wir Ihnen auch etwas vermitteln. Von unseren vielen Attraktionen haben wir zwei ausgewählt, die wir Ihnen morgen gerne zeigen wollen. Und zwar wollen wir um 14.00 Uhr im Rahmen eines Empfangs zum einen unseren historischen Kaiserdom präsentieren und Ihnen unser junges Museum, denn am 3. Juli wird es erst ein Jahr alt, mit seinen mechanischen Musikinstrumenten vorstellen. Dazu sind Sie alle herzlich eingeladen und wir sind uns eigentlich sicher, dass wir damit auch ein gewisses ja entspannendes Gegengewicht zu der schwierigen Thematik dieses Kongresses bieten können.

Und natürlich wollen wir auch etwas von Königsutter als Stadt zeigen. Der eine Hintergedanke ist auch dabei, wenn es Ihnen gefällt, dann sollten Sie ruhig wieder kommen. Wir können noch mehr zeigen. Aber ich würde Ihnen dann empfehlen, kommen Sie im Sommer 2008, dann haben wir unsere Innenstadt umgestaltet, saniert, ihr ein neues Gesicht gegeben und wir sind noch attraktiver als wir jetzt schon sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Königslutter, es wurde ja schon erwähnt, haben Sie einen Tagungsort gewählt, der durch seine ehemalige Zonenrandlage täglich an die Teilung unseres deutschen Vaterlandes, die wir glücklicherweise überwunden haben, erinnert wurde. Die Wirkung der deutschen Teilung war hier zwar eine andere als die, die Sie heute und in den nächsten Tagen erörtern werden. Aber die Teilung war hier im ehemaligen Zonenrandgebiet, ich benutze das Wort ruhig noch mal, in ihrer anderen Weise deutlich spürbar und der Entwicklung dieses Raumes mit seinen Menschen bis zur Wiedervereinigung nicht förderlich.

Heute können wir feststellen, dass das Miteinander als Nachbarn selbstverständlicher geworden ist, es nach wie vor noch nicht alles ideal sein kann und auch nicht ist. Die Lage bleibt insbesondere wegen der wirtschaftlichen Situation angespannt. Aber trotzdem! Es ist vieles normaler geworden, aber von Normalität, so meine ich, können wir noch nicht sprechen. Es bleibt viel tun. Genauso wie Sie es jetzt versuchen bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts. Aber der tägliche Umgang miteinander in unserer Region zeigt, dass wir auf einem guten Wege sind.

Ihnen wünsche ich, dass Sie mit diesem Kongress ein ordentliches Stück auf der Wegstrecke bei der Aufarbeitung bewältigen können. Und lassen Sie mich damit enden, wenn Sie nach Abschluss des Kongresses sagen, die Stadt Königslutter hat mit ihrem Beitrag zum Gelingen beigetragen, würde mich das sehr freuen.

Ich bin nun gespannt auf den Vortrag, der vielleicht auch wieder so emotional wird wie das, was schon gesagt wurde. Morgen möchte ich gern Ihr Gastgeber sein. Bis dahin vielen Dank.

DEUTSCHLAND

GERHARD RUDEN:

Meine Damen und Herren, die vier Grußworte hatten alle eines gemeinsam. Sie zeigten, dass alle, die hier geredet haben, etwas von der Geschichte verstehen und was sie an deutsch-deutscher Gemeinsamkeit verinnerlicht haben. Das ist eine gute Grundlage, eine gemeinsame Verantwortung zu entwickeln um die Probleme zu lösen, die immer noch auf unserer Tagungsordnung stehen.

Als nächsten möchte ich den Redner für den Festvortrag ankündigen. Dr. Ehrhart Neubert, zufälligerweise der Nachfolger meines Studentenpfarrers in Weimar im Jahre 1970. Er ist uns als langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter der »Gauckbehörde« bekannt und sollte uns auch noch bekannt sein als Gründungsvater der Bürgerbewegung »Demokratischer Aufbruch« in der Noch-DDR.

FESTVORTRAG:
»GETEILTES DEUTSCHLAND – GEMEINSAME GESCHICHTE«
Dr. Ehrhart Neubert



Das mir gestellte Thema »Geteiltes Deutschland – geeinte Geschichte« enthält einige Tücken. Zwar ist es richtig, dass Deutschland über Jahrzehnte geteilt war und heute beide wieder vereinten Teile im politischen Sinne eine gemeinsame Geschichte gestalten. Aber »Geschichte« ist mehr als nur ein politischer Handlungszusammenhang. Der Begriff »Geschichte« schließt deutende und orientierende Aspekte ein. Geschichte und Geschichtsbilder sind nachträgliche Konstruktionen und Projektionen, die Botschaften zur Zukunftsgestaltung enthalten. In einer offenen Gesellschaft können keine Geschichtsbilder mit dem Anspruch auf absolute Wahrheit dekretiert werden, wie dies die totalitären Regime praktizierten. Hier diente die Konstruktion der Geschichte der Legitimation einer illegitimen Herrschaft. An den Geschichtsbildern, die im demokratischen wiedervereinten Deutschland dominieren, ist dagegen abzulesen, in welcher Weise historische Vorgänge geistig und politisch verarbeitet werden.

Der Blick auf die Ereignisse des Revolutionsjahres vom Herbst 1989 bis zum Wiedervereinigungsherbst 1990 offenbart eine merkwürdige Diskrepanz. Einerseits ist Deutschland ein geeinter demokratischer Nationalstaat geworden und auch Europa ist so frei, so geeint und so friedlich, wie noch in keiner Periode vorher. Daneben steht aber in Deutschland eine nahezu vollständig gegenläufige Verarbeitung dieses Umbruches. Die Ereignisse 1989 und 1990 scheinen zum Problem geworden zu sein.

Das drückt sich aus, wenn statt von den wirtschaftlichen Kosten der kommunistischen Misswirtschaft von den Kosten der Wiedervereinigung geredet wird und dabei ein fiktives DDR-Bild entworfen wird, das den Wohlstands- und Freiheitsgewinn verdunkelt. Es zeigt sich an den anhaltenden mentalen Unterschieden zwischen den Ost- und den Westdeutschen. Es offenbart sich an den zumeist pessimistischen und zivilisationskritischen Reaktionen der gesellschaftlichen Mul-

tiplikatoren, die neben den Postkommunisten die Wortführer des Unbehagens sind. Ein Teil dieser »Verunglückung« des Wandels und der damit verbundenen potenzierten Orientierungslosigkeit mag durch den Überraschungseffekt verursacht worden sein, der mit dem Zusammenbruch des Kommunismus eintrat. Alle politischen Konzepte, die für den Umgang mit der gewaltigen Macht im Osten existierten, waren in wenigen Wochen gegenstandslos geworden. Sicherheits-, Koexistenz- oder Entspannungspolitik, Vereinbarungen über wirtschaftliche und kulturelle Annäherung sowie alle aufwendigen Dialoge mit den herrschenden Kommunisten waren obsolet.

Immerhin füllte die Politik der Bundesrepublik einigermaßen glücklich das entstandene Vakuum aus und vollzog den deutschen und den europäischen Vereinigungsprozess, zu dem es auf Grund des Druckes der ostdeutschen und ostmitteleuropäischen Gesellschaften ohnehin keine Alternative gab. Es erwies sich aber ein Jahrzehnt nach den Ereignissen, dass die neue Aufgabe mit den Mitteln in Angriff genommen wurde, mit denen auch bisher schon agiert worden war. Deutschland und Europa waren für die Politik einfach nur größer geworden und alles schien nur eine Frage des Geldes und der strukturellen Angleichung zu sein. Das dies nicht reichte, stellte sich erst heraus, als die Überforderungssymptome angesichts der Reformverzögerung im Westen mit den Schwierigkeiten des »Aufbau Ost« erkennbar wurden.

Es scheint offensichtlich, dass von den Ereignissen von 1989 und 1990 in Gesellschaft und Politik kaum Impulse ausgegangen sind, die die Gestaltung der gegenwärtigen Herausforderungen erleichtern und Stoff für eine nationale oder gar europäische Zukunftsorientierung liefern. Meine These wäre, dass im Gegensatz zum mir gestellten Thema »Geteiltes Deutschland – geeinte Geschichte« heute eher noch festzustellen ist: »Geeintes Deutschland aber geteilte Geschichte«.

Warum ist das so? Ich gehe davon aus, dass der Wandel, die Revolution und die Wiedervereinigung, noch nicht aus sich selbst heraus begriffen werden und darum auch nicht wirken können. Um dies darzustellen, soll unter drei Aspekten die revolutionäre Machtaufhebung der Diktatur zu Gunsten der Demokratie betrachtet werden: die Sprache der Freiheit, die Rückgewinnung der Geschichte und die Wiederherstellung des Rechtes. Diese sind als elementare Medien des Machtwechsels und der Konsolidierung der neuen Machtverhältnisse zu verstehen.

Die Sprache der Freiheit

Dass es im Herbst 1989 zu Entwicklung und Akkumulation von Gegenmacht zur SED trotz eines ausgeklügelten Systems zur Herrschaftssicherung kommen konnte, nötigt dazu, einen Machtbegriff zu verwenden, der sich von funktionalen Bestimmungen löst. Ein solcher Ansatz findet sich bei Hannah Arendt. Sie sagt: *»Macht aber besitzt eigentlich niemand, sie entsteht zwischen Menschen, wenn sie zusammenhandeln, und sie verschwindet, sobald sie sich wieder zerstreuen ... So können Volksaufstände gegen die materiell absolut überlegenen Gewaltmittel eines Staates eine fast unwiderstehliche Macht erzeugen, und zwar gerade, wenn sie sich selbst der Gewalttätigkeit enthalten, in der sie ohnehin die Unterlegenen wären ... Die einzige rein materielle, unerlässliche Vorbedingung der Machterzeugung ist das menschliche Zusammen selbst.«*

Nach Arendt könne nur der Terror, also zügellose Gewalt, dieses »Zusammen« der Menschen verhindern, weil Gewalt zur Atomisierung der Gesellschaft und Vereinsamung der Individuen führe. Wenn aber Menschen sich versammeln, entsteht im Raum zwischen ihnen Macht. Dieses »Zwischen« den Menschen ist für sie ein gefüllter Raum: *»Die Kraft, die diese Versammelten zusammenhält ... ist die bindende Kraft gegenseitiger Versprechen, die sich schließlich im Vertrag niederschlägt.«* Die »gegenseitigen Versprechen« hat sie konkret als politische Sprachakte beschrieben. Denn diese Versprechen gelten auch für Umstände, die die Sprecher nicht voraussagen können und dennoch binden.

»Mit realisierter Macht haben wir es immer dann zu tun, wenn Worte und Taten untrennbar miteinander verflochten erscheinen, wo Worte nicht missbraucht werden, um Absichten zu verschleiern, sondern gesprochen sind, um Wirklichkeiten zu enthüllen, und wo Taten nicht missbraucht werden, um zu vergewaltigen und zu zerstören, sondern um neue Bezüge zu etablieren und zu festigen, und damit neue Realitäten zu schaffen.« Sprache kann darum nicht nur gesellschaftliches Bewusstsein verändern, sondern auch die Gesellschaft. Die Sprache kann Herrschaftsverhältnisse verändern: Große historische Ereignisse waren oft Sprachereignisse, wie etwa die Reformation des 16. Jahrhunderts. Aber auch die moderne feministische Offensive war zum Großteil eine Sprachoffensive.

Auch der Sprachkritiker Fritz Mauthner stellte eine Verbindung zwischen Sprache und Macht her. Nach ihm ist Sprache handlungsauslösend und handlungsleitend und hat darin eine Machtfunktion. Worte können *»eine Macht werden. Ver-*

nichtend wie ein Sturmwind, der ein Lufthauch ist wie das Wort. Leicht kann das Wort stärker werden, als eine Tat ...«

Geläufig ist uns, dass Sprache zur Festigung von Herrschaft und Macht benutzt wurde. Victor Klemperer hat in seinem Buch LTI gezeigt, dass Sprachstrukturen und -schöpfungen der Nationalsozialisten eine enorme Wirkungsmacht gegen die Realitäten entfalteten und manchmal bis heute wirken. Ähnliches gilt auch für die kommunistische Herrschaft, deren Herrschaftssprache inzwischen gut erforscht ist. Schon Klemperer hat bei der Erwähnung von kommunistischen Propagandaformeln die Initialen LQI, *Lingua Quarti Imperii*, in sein Tagebuch eingetragen.

Stalins absurde Vision von »einer gemeinsamen internationalen Sprache« gehörte zwar in den »Simulationsraum der Ideologie«, diente aber der totalen Herrschaft, wie das »Neusprech« in George Orwells Buch »1984«. Auch die modernen kommunistischen Sprachregelungen sollten die Denkmöglichkeiten durch Beseitigung der Ausdrucksmöglichkeiten verringern. Eine Fülle von Begriffen war tabuisiert oder in ihrem Bedeutungszusammenhang festgelegt worden. Beispiele dafür liefert die Binnensprache der SED und ihres Repressionsapparates, der »Stasi-Sprache«. Für Joachim Walter ist diese »Lingua securitatis« mit ihrer Spracharmut, den stereotypen Feindbildern, den Imaginationen des Bösen und der Verwirrung der ethischen Begriffe »so banal wie monströs, so erschreckend wie komisch«.

Oppositionelle waren sich der Gefahr der falschen Sprache bewusst. Der Lügner benutzt eingeführte Begriffe und Bezeichnungen, um das Unwirkliche als wirklich erscheinen zu lassen. Darum war der Kampf um die Macht ein Kampf um die richtige Bedeutung der Wörter. Die bekannten Kurzformeln für diese Auseinandersetzung waren »*In der Wahrheit leben!*« (Václav Havel) und »*Gegen die Lüge leben*« (Alexander Solschenizyn).

Auch die machtpolitischen Auseinandersetzungen 1989/90 wurden vornehmlich mit, um und durch die Sprache geführt. Die große Bedeutung der Sprache wird schon daran deutlich, dass ein Großteil der Erinnerung an die Revolution von 1989, von der anspruchsvollen Literatur bis zu den Stammtischen, an Sprachereignisse geknüpft ist: »*Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.*« »*Vorwärts immer – rückwärts nimmer!*« »*Wir wollen raus*« und »*Wir bleiben hier*«, »*Wir sind das Volk*« und »*Wir sind ein Volk*«, »*Ich liebe doch alle.*« »*Der Sozialismus steht nicht zur Disposition*«, »*Ab wann soll das gelten? Ab sofort!*«, »*Jetzt wächst zusam-*

men, was zusammen gehört.« »Ich sehe blühende Landschaften« und »Überwindung der Teilung durch Teilen.«

Nach Wolf Oschließ wurde die Revolution in der DDR durch die Sprache vorbereitet, ausgelöst, umgesetzt und fortgeführt. Peter von Polenz sprach von einer »Sprachrevolte«. Christa Wolf sagte am 4. November bei der großen Demonstration in Berlin: *»Die Sprache springt aus dem Ämter- und Zeitungsdeutsch heraus, in das sie eingewickelt war.«*

Obwohl bis 1989 die DDR-Menschen bei öffentlichen Akklamationen die SED-Sklavensprache gesprochen hatten, gab es einen subversiven Umgang mit der Sprache. Die Sprache dokumentierte die Spaltung der Gesellschaft, zwischen *»wir«* und *»sie«*. Offizielle Texte wurden *»zwischen den Zeilen«* gelesen; und vor allem gab es eine entwickelte, wenn auch private und selten offen gezeigte Witzkultur, in der die gesellschaftlich-politische Realität aufs Korn genommen wurde. Unverfängliche Metaphern bekamen einen doppelten Boden. Der Witz selbst nahm die Sprache der SED auf und enteignete diese durch Verfremdungen. Aber das Sprachkorsett, auch mit seinen subversiven Anteilen, stellte die Herrschaft der SED nicht in Frage, sondern erhielt den Status quo und das Tauschgeschäft zwischen Herrschern und Beherrschten: Öffentliches Schweigen gegen Repressionsverzicht.

1989 kam es dann zu der vielfach dokumentierten Sprachbefreiung, die sich in den unzähligen öffentlichen witzigen Losungen und Sprachspielen zeigte. Es handelte sich dabei um einen sich stetig steigernden Prozess. Die ersten Sprechchöre im September 1989 bei noch kleinen Demonstrationen waren sprachlich noch relativ einfach und überhaupt nicht witzig. Sie kolportierten etwa unmittelbare politische Forderungen: *»Wir wollen raus!«* Oder sie spiegeln die Angst: *»Keine Gewalt«, »Stasi raus!«* Im September und Anfang Oktober wurden noch kurze Losungen in der Nacht an Wände und auf Straßen geschrieben: *»Freiheit für alle«, »Stasi raus, Neues Forum rein«*. Die Menschen drängte es gegen die tägliche Lüge die Wahrheit des freien Wortes zu stellen. Sie begannen an ihren Arbeitsplätzen zu sprechen und forderten die oft ratlosen Funktionäre heraus.

An den frühen Losungen ist ablesbar, dass die Krise des Systems von den Menschen dramatisiert und universalisiert wurde. Sie erfuhren sich selbst in das dramatische Geschehen verstrickt. Der Schritt in die freie Rede musste mit der Selbstvergewisserung der Sprecher einhergehen, in größere Kontexte eingeordnet zu sein, in eine Raum und Zeit übergreifende Schicksalsgemeinschaft. Diese war nur mit Hilfe symbolischer Worte oder Texte umschreibend darzustellen. Losungen

wie »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« stellten symbolisch solche Kontexte her, etwa die europäische Freiheitsgeschichte seit der Französischen Revolution.

Eine wichtige Hilfe für die Bereitstellung von solchen Symbolen leisteten die Friedensgebete, in denen viele Menschen ihre öffentliche Sprache wieder fanden. Die Kirche war ein öffentlicher Raum, der mit religiösen Symbolen und Riten gefüllt war. Die Besucher konnten ihre Gefühle und ihre Erwartungen in diese Sprache hineinprojizieren. So heißt es in einem Bericht über einen »Gebetsgottesdienst für unser Land« am 15. Oktober 1989 in Suhl:

»Ein Psalmwort und Worte aus der Bergpredigt wurden gelesen. Superintendent Kretschmann hielt eine Kurzpredigt zum gewaltfreien Kampf für Freiheit und Demokratie im Geiste Jesu und nach dem Vorbild Martin Luther Kings. Im folgenden Informationsteil wurden die verschiedenen politischen Aufrufe und Stellungnahmen der Kirchen und der neuen oppositionellen Gruppen verlesen ... Dann setzte eine Aussprache ein, in der hier und in den folgenden Abenden alles hoch kam, was das Volk 40 Jahre runtergeschluckt hatte: es war eine Flut von Klagen und Anklagen, Verzweiflungen und Hoffnungen, Weinen und Schreien und persönlichen Schicksalen, die erzählt wurden.«

Dramatisierende Wortmeldungen gab es auch im säkularen Raum. Dazu gehörten die schlichten Reimeschreiber in Familiensachen, die nun Politisches dichteten. Oder ein seit dem 20. September in Arnstadt kursierendes anonymes Flugblatt, verfasst von Günther Sattler, das für den 30. September zu einer Protestkundgebung aufrief. Der junge Mann hatte dem Aufruf ein selbst verfasstes Gedicht angefügt:

*»was für ein leben?
wo die wahrheit zur lüge wird,
wo der falsche das zepter führt.
was für ein leben?
wo die freiheit tot geboren,
wo schon scheint alles verloren.
was für ein leben?
wo alte männer regieren,
wo noch menschen an grenzen krepieren,
was für ein leben?
wo die angst den alltag bestimmt,
wo das ende kein ende nimmt ...«*

Im Oktober entfaltete sich die »Sprachrevolte« in einer Explosion von Worten und Sprachspielen. Der heimliche Witz wurde zum offenen Spott. Die neuen Sprachspiele funktionierten, weil sie die Sprachrealität der SED-Herrschaft verfremdeten und einen Gegensinn etablierten: *»Von der Sowjetunion lernen, heißt siechen lernen.«* Das Sprachspiel – Jürgen Schiewe glaubt, dass dies erst 1989 möglich war – setzte gegen die Sprachrealität der SED durch Bedeutungsverschiebungen eine politische Alternative: *»Wie wir heute demonstrieren (früher arbeiten!), werden wir morgen leben.«* Die Sprachspiele greifen die Macht in einem ihrer Kernbereiche an: der Kontrolle der Sprache. Damit beginnt ein »Sprachwandel«, der als solcher ein politischer Akt der Befreiung ist. Die SED-Sprache wird enteignet: *»Wir sind das Volk!«* oder *»Die Demokratie in ihrem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf.«* Als Egon Krenz die »Wende« verkündet, heißt es: *»Wenden nicht winden.«* Sprachstereotypen werden mit neuem Sinn unterlegt: *»Mein Vorschlag: am 1. Mai zieht das Politbüro am Volk vorbei!«* Politische Begriffe bekommen ihre alte oder die westliche Bedeutung zurück. Statt *»sozialistische Demokratie«*, *»bürgerliche Demokratie«* oder *»Volksdemokratie«* heißt es nun: *»Demokratie – jetzt oder nie!«* Die Täuschungsmanöver der SED werden aufgedeckt: *»Krenz-enlose Freiheit«*.

Die neue Sprache löst die Erstarrung der Gesellschaft und drückt die Bewegung aus. Zum Ausdruck kam das schon in den Namen der neuen Bürgerbewegungen und Parteien. Der »Demokratische Aufbruch« mit einem nach oben zeigenden Pfeil im Logo, »Demokratie jetzt« mit einem Schmetterling als Wappentier oder das »Neues Forum – Aufbruch 89«, das das Getümmel auf dem Marktplatz symbolisierte. Der politische Raum bekam eine Zeitachse, der Neuanfang war das Entscheidende. Davon wichen die Gründer der »SDP« ab. Aber auch hier gibt es keine eigentliche Ortsangabe. Damit unterschieden sich die neuen Bewegungen von den traditionellen Parteinamen, SED, CDU, LDPD, DBPD und NDPD, die dagegen mit programmatischen Inhalten den politischen Raum besetzten, was freilich in der Phase der Konsolidierung des Wandels für sie vorteilhaft werden sollte.

Die Opposition suchte eine neue Sprache. In nahezu allen ihren Gründungspapieren wurde die Forderung nach dem gleichberechtigten »Dialog« mit den Regierenden erhoben. Die »Bereitschaft zur Auseinandersetzung und Dialogführung« war eine alte Forderung der Opposition. Doch darin sahen die SED bzw. das MfS *»Versuche der Führungskräfte politischer Untergrundtätigkeit, mit der Partei und dem Staat in einen politischen Dialog zu treten und sich somit Legalität zu erschleichen.«* Am 11. Oktober 1989 hatte das Politbüro der SED unter Honecker

der Opposition zwar gedroht, doch auch ein erstes Dialogangebot unterbreitet: »Wir stellen uns dem Dialog!« Doch die SED versuchte diesen versprochenen Dialog als Ventil für den Unmut und zur Rückbindung in das System der SED zu instrumentalisieren. Die von ihr organisierten Dialogveranstaltungen wurden aber zu einem Scherbengericht, denn die Bevölkerung ließ sich nicht mehr auf die Sprachregelungen der SED ein. In Mühlhausen verspotteten die Leute den Dialog als »Dialüge« und im Eichsfeld ging ein Spottgedicht um:

»Der Dia – log
Wer log?
Der Dia – log!
Heißt denn das nicht ‚Der da log‘ oder ‚Die da log‘?
Ach, egal wer da log.
Oder der da log oder die da log,
ob er da log oder sie da log,
darüber sollte man nicht streiten.
Zusammenfassend kann man von ‚log‘ –
Die logen doch – ableiten!«

Mit dem missglückten Dialog fasste die Opposition Fuß und die SED verlor an Macht. Es begann eine merkwürdige Doppelherrschaft. Die alten Strukturen waren noch vorhanden, neue Strukturen bildeten sich nur langsam aus. Aber die Wucht der Willensbildung auf den Straßen verlieh nun den Initiativen, den Oppositionellen, den kirchlichen Personen eine neue Autorität, die sie zum Kristallisationskern der politischen Artikulation machte. Dieser Machtzuwachs gegenüber der SED beruhte auf einem zunehmenden Zusammenhandeln der verschiedensten gesellschaftlichen Kreise. An den Runden Tischen wurden schließlich ein gleichberechtigter Dialog und damit der Rückzug der SED erzwungen. Bei aller Verschiedenheit der politischen Absichten und Vorstellungen gab es doch einen übergreifenden Konsens aller Akteure. Sie gaben sich das »gegenseitige Versprechen«, die Macht der SED zu brechen.

»Gerade am Machtmangel geht die Tyrannis zugrunde. Macht im echten und verlässlichen Sinne kann die Tyrannis nicht erzeugen, weil sie die Pluralität des gemeinsamen Handelns in Einstimmigkeit, das ‚acting in concert‘, im Beherrschen abgeschafft hat.« In der Übergangsphase bis zur ersten freien Wahl im März und der Wiedervereinigung im Oktober 1990 herrschte in sprachlicher Hinsicht ein »produktives Chaos«, das aber das gemeinsame Handeln für die zu schaffende demokratische Republik nicht in Frage stellte.

Während die Gesellschaft eine neue Sprache der Freiheit suchte und fand, kam das Ende der SED-Sprache. Diese Phase war von unglaublichen Versprechungen der alten Macht, von Versprechern ihrer Repräsentanten und von sprachlichen Täuschungsmanövern geprägt. Der Machtverlust war ein Sprachverlust der Herrschenden und zugleich Ausdruck des Beziehungsabbruchs zwischen Herrschern und Beherrschten. Sie wurden nicht mehr verstanden und konnten nicht mehr verstehen, nicht einmal sich selbst, eine Verwirrung der Sprache wie beim Turmbau zu Babel.

Die Verwirrung der SED-Funktionäre veranschaulicht eine Episode um den Erfurter Bezirkschef der SED, Gerhard Müller, der sich gegen den Rücktritt stemmte. Am 3. November raffte sich Müller in der Sitzung der Bezirksleitung noch einmal auf, sein schon nicht mehr vorhandenes politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, um sich und den Seinen Mut zu machen: *»Hindere ich die Erneuerung des Sozialismus, die Erneuerung der Partei im Bezirk Erfurt, dann sagt mir das ehrlich, dann geh' ich. Hindere ich sie nicht, dann kämpf' ich mit Euch bis zum letzten.«* Im Saal brandete Beifall auf. Daraufhin Müller: *»Ich weiß nicht, wie ich den Beifall auffassen soll.«* Wenige Tage vorher hätte er noch gewusst, was der Beifall bedeutete.

Eine Sprachepisode brachte auch für den MfS-Chef Mielke die Katastrophe. Als dieser vor der Volkskammer ausrief *»Ich liebe euch doch alle!«* und versicherte *»Wir haben gute Kontakte zu allen Schichten der Bevölkerung!«* zeigte das schallende Lachen der Kammer die völlig unadäquate Verwendung von Begriffen an, Liebe statt Kontrolle und Kontakte statt Überwachung. Der berühmteste Versprecher jedoch, der die gewaltige Wirkung des Wortes demonstrierte, war Schabowskis *»sofort«* am 9. November. Schabowskis Versprecher wurde von der Bevölkerung als Versprechen der Grenzöffnung interpretiert.

Zu den letzten sprachlichen Täuschungsversuchen, Sprachwissenschaftler nennen das »Mimikry«, gehörte die Adaption westlicher Begriffe, um die SED-Herrschaft zu tarnen. Im Aktionsprogramm der SED: Statt Nationaler Front und Demokratischem Block, sollte nun eine »Koalitionsregierung« installiert werden. Wenig später versuchte Hans Modrow die Reste des MfS unter der Bezeichnung »Verfassungsschutz« zu retten. Er selbst ließ sich nun als »Premier« bezeichnen und setzte sich durch die Beteiligung an Demonstrationen an die Spitze der »Volksbewegung«, als sei die Revolution eine Unterstützungsaktion für die SED. Ein Täuschungsmanöver war auch die Umbenennung der SED in »Partei des demokratischen Sozialismus«.

Revisionistische Sprache im Osten

Auch der Wiedervereinigungsprozess zwischen März und Oktober 1990 war von Sprachereignissen geprägt. Jetzt galt es, die neuen Machtverhältnisse zu bestimmen. Hier bekamen sehr schnell die CDU mit Helmut Kohl und Lothar de Maizière die Oberhand. Zwar hatte die Deutschlandpolitik der CDU in der ersten Ära Kohls sich kaum von der sozialliberalen Vorgängerregierung unterschieden. Aber Kohl hatte seine viel gerügte Wiedervereinigungsrhetorik nie aufgegeben. Als er im Dezember 1989 vor einhunderttausend Sachsen in Dresden noch vorsichtig diplomatisch die Wiedervereinigung in Aussicht stellte, »*wenn es die historische Stunde zulässt*«, wurde dies von seinen Hörern als Versprechen verstanden. Kohl begründete für Jahre mit diesen Worten seine Macht. Und de Maizières Ausspruch »*Teilung überwinden durch Teilen*« war für die Ostdeutschen ebenfalls eine Verheißung.

Mit der Wiedervereinigung mussten im Osten hunderte von Worten neu gelernt und gewohnten Begriffen mussten neue Bedeutungen gegeben werden. Dennoch zeigte sich bald, dass die Wiedervereinigung nicht so verlief, wie gehofft worden war. 1991 war das Jahr des Wortes »*Besserwessi*«. Nun baute sich allmählich die Ostnostalgie auf, die mit Ostalgie auch ein eigenes Wort bekam. Die Restbestände der DDR-Sprache wurden ebenso vitalisiert, wie sich kommunistische Symbole und Riten, voran die Jugendweihe, wieder stabilisieren konnten.

Obwohl die ritualisierte Sprache der Kommunisten eine gesellschaftliche Wirklichkeit lediglich inszenierte, darf deren Wirkung nicht unterschätzt werden. Worte schaffen Wirklichkeit bzw. die Illusion von Wirklichkeit. Grundbegriffe der kommunistischen Legitimation wie Kapitalismus, Sozialismus, Antifaschismus gingen als Sprachsubstanz in die Vorstellungswelten vieler Menschen bis in die Reihen der Dissidenten ein.

Die postkommunistische Propaganda hämmerte auf die neue Ordnung mit ihren alten Worten ein: »*Ausverkauf des Ostens*«, »*Ellenbogengesellschaft*«, »*soziale Kälte*« und anderes mehr. Auch in der ostdeutschen Publizistik kam eine Trotzliteratur auf, die dem SED-Staat neues sprachliches Leben einzuhauchen versuchte. Den nicht zu verleugnenden Umstand der Revolution entschärfen solche Autoren dadurch, dass sie sich auf einen vermeintlichen nicht eingelösten Utopiegehalt der Revolution berufen. Außerdem hätten sich die Westdeutschen die kaum selbständig gewordene Gesellschaft unterworfen. Die durch den Machtverlust traumatisierten Postkommunisten wehren sich gegen ein Schlechtreden der DDR und set-

zen auf die Revision der gegenwärtigen Geschichtsschreibung. So dichtete Otto Wiesner in seinem »Ruf an mein Land«, die DDR:

*»Doch wenn der Vorhang der Geschichte
gerafft wird durch der Enkel Hand,
entstehst du mit erneuertem Gesichte,
geläutert, wie aus Stein gebrannt.
Und sprechen werden die Berichte
von einem frohen Friedensland.«*

Den größten Erfolg hatten die Postkommunisten durch die sprachliche Neutralisierung der Revolution mit Hilfe des Begriffs der »Wende«. Er hat sich umgangssprachlich und im politischen Bereich in Ost und West nahezu durchgesetzt, während es der Revolutionsbegriff selbst im wissenschaftlichen Bereich schwer hat. Die revisionistische öffentliche Sprache der Postkommunisten ist auch machtpolitisch von Bedeutung. Die zur PDS gewandelte SED konnte im Osten einen stetigen Machtzuwachs verbuchen.

Keine Sprache der Freiheit im Westen

Auch der Westen blieb nicht unberührt von dem Sprachwandel im Osten. »Runde Tische« oder »Montagsdemonstrationen« bürgerten sich ein und wurden auch für Dinge herangezogen, die mit dem Ursprung kaum noch etwas gemein hatten. Die damaligen »Worte des Jahres« zeigen diese Adaption, 1989 wurde »Reisefreiheit« gewählt und 1990 »neue Bundesländer«. Dass sich die frustrierten ehemaligen Osteliten mit der Sprache der Freiheit so schwer tun, ist nicht verwunderlich. Problematisch dagegen ist, dass auch die westdeutsche politische Klasse bzw. was dafür gehalten wird, nicht oder kaum an dem Sprachwandel partizipiert.

Es mag eine Rolle spielen, dass die politische Sprache heute durchsetzt ist von Begriffen und Konstruktionen einer funktionalistischen und standardisierten Verwaltungssprache, die sich nahezu wertfrei gibt und beliebig anwendbar ist. Mit der Montage der so genannten »Plastikwörter« wie Entwicklung, Kommunikation, Grundbedürfnis, Konsum, Energie, Information, Arbeit, Partner, Entscheidung, Planung, Lösung, Identität, Strategie, Modernisierung, Modell, Lebensstandard, Wachstum, Prozess, Zentrum, Projekt, Zukunft, Verwertung, Substanz, Kontakt, Management, Trend usw. lässt sich der Gehalt und die Erfahrung einer spontanen demokratischen Revolution nicht beschreiben, es sei denn, sie wird auf ein technokratisches Projekt verkürzt.

Schwerer wiegt, dass sich in der alten Bundesrepublik seit den siebziger Jahren eine Sprache der political correctness ausgebildet hat, die Ausdruck der genügend auf den westlichen Teilstaat bezogenen »Selbstanerkennung« war. In der überaus sozialen, ökonomisch und politisch stabilen Bundesrepublik hatte sich nach Jahrzehnten kontroverser Geschichtsdebatten ein breiter geschichtspolitischer Konsens ausgebildet, der sich auf die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, dem Völkermord und den Krieg bezog. Auschwitz wurde gleichsam zur »Gründungslegende ex negativo der Bundesrepublik«, über deren Gültigkeit die vierte Gewalt strengstens wacht.

Während die Westdeutschen eine Sprache gegenüber dem NS-Regime fanden, zerfiel die Sprache der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur im Osten. Allein schon der öffentliche, über viele Jahre ausgetragene Streit um die Bezeichnungen »Sowjetzone«, »Ostzone« und »DDR« mit oder ohne Anführungsstriche zeigt dies. Auch die um sich greifende Abkürzung »BRD« stellte ein aus dem Osten übernommenes Äquivalent zu DDR dar.

Die Zurückweisung des Totalitarismustheorems sonderte die DDR aus der deutschen Diktaturgeschichte aus. Jahrelang wurde darüber gestritten, welcher Natur die Demokratie in der DDR sei und von einigen behauptet, im Westen gäbe es schließlich auch nicht mehr Freiheit als im Osten, nur eben in anderen Bereichen. Über die DDR und den Kommunismus gab es keine Orientierung und keinen Konsens. Sie war zu einer legitimen Alternative zum westlichen Verfassungsstaat geworden.

Zu dieser Sprachverwirrung trug zudem die so genannte 68er Bewegung bei. Ihre Losungen richteten sich gegen die bigotte und vom NS-Schmutz gewaschene Aufbaugeneration. Auch deren Protagonisten konstruierten schließlich ein gewalttätiges Sprachsystem. Dieses unterschied sich von der kommunistischen Sprache kaum. Während aber im Osten die Sprache der Verknächtung der Gesellschaft diente, haben die 68er unter der Last auferlegter Freiheit und abverlangter Verantwortung lediglich die deutsche Sehnsucht nach Selbstknechtung unter der Tarnung der Emanzipation auszudrücken vermocht. Wenn 68er ihre »Revolution« mit der von 1989 vergleichen, bleibt ihnen nur ein Erlebnisneid, der die Polemik gegen BILD als weltgeschichtliche Großtat aufbauscht. Ihre Vertreter bestreiten bis heute, dass es in der DDR überhaupt eine Revolution gegeben habe.

Schwer wiegt außerdem, dass die politische Klasse des Westens und alle gesellschaftlichen Multiplikatoren nur mittelbare politische Freiheits- bzw. Befreiungs-

erfahrungen haben. Sie sind in ein politisches System hineingewachsen, für das niemand auf die Straße gehen musste, niemand ist auch nur einen Tag für die Freiheit ins Gefängnis geworfen worden, niemand hat das Glück der Selbstbefreiung erfahren. Die Menschen konnten stets politisch sagen, was sie wollten, und können nicht verstehen, dass allein schon das Sprechen-dürfen wie eine zweite Geburt erlebt wird.

Kampf um die Geschichte

Ein unerlässlicher Teil der Sprachrevolte 1989 war das nun einsetzende Erzählen des Vergangenen. Jetzt wurde öffentlich erinnert, die Geschichtsstoffe neu sortiert und darüber debattiert. Zurückliegende Ereignisse bekamen neue Bedeutungszuweisungen, Weltsichten und Handlungsmuster veränderten sich. Das Rückgewinnen der Geschichte hatte die politisch eindeutige Funktion, die ideologischen Geschichtsbilder zur Herrschaftslegitimation aufzuklären und eine der Wahrheit und Demokratie verpflichtete Geschichtssicht zu kreieren. Schon die Opposition der achtziger Jahre hatte damit begonnen.

So gab die »Initiative Frieden und Menschenrechte« am 23. Oktober 1986 mit 118 polnischen, tschechischen und ungarischen Bürgerrechtlern eine Erklärung zum 30. Jahrestag der ungarischen Revolution von 1956 heraus, in der sie sich auf Grund der Erfahrung von 1956 für eine Überwindung der Teilung Europas und eine Integration des Kontinents auf demokratischer Grundlage aussprachen.

Auch die in der UdSSR verbreiteten Texte zum Stalinismus wurden im DDR-Samisdat häufig gedruckt und kommentiert. Dabei ging es nicht allein um die notwendige Verbreitung der bislang zumeist geheim gehaltenen Verbrechen und der Namen der kommunistischen Verbrecher. Vielmehr stand diese Vergangenheitsaufarbeitung gleichsam unter dem Motto *»Wir sind dabei, uns selbst zu erkennen.«* Für die Oppositionellen als kritische Minderheit stellte sich die Frage nach den Mechanismen der totalitären Herrschaft, die es möglich machten, dass größere Teile der Bevölkerung in das Gewaltssystem integriert werden konnten und/oder dazu schwiegen. Für die Intensität der Vergangenheitsaufarbeitung spricht auch die Anfang 1989 von Bürgerrechtlern in Berlin und Leipzig gegründete »Initiative zur Aufarbeitung des Stalinismus in der DDR«. Gleichzeitig wollten Oppositionelle ihren eigenen Platz in der Geschichte des SED-Regimes und der DDR-Gesellschaft anmelden. 1988 erschien die erste Geschichte der Friedensbewegung im Samisdat unter dem Titel »Spuren«.

Wie sehr die Öffentlichkeit an den Geschichtsdebatten interessiert war, zeigte sich, als die sowjetische Debatte über die stalinistischen Verbrechen durch sowjetische Medien in die DDR hineingetragen wurde. Das veranlasste die SED am 19. November 1988, das sowjetische Magazin »Sputnik« aus dem Postzeitungsvertrieb herauszunehmen und außerdem fünf sowjetische Filme zurückzuziehen. Am 28. November kam es in Leipzig zu öffentlichen Protesten und in den folgenden Wochen gab es weit über 100.000 Eingaben und tausende Austritte aus Massenorganisationen und selbst aus der SED.

Unmittelbar im Vorfeld der Revolution erschien im September 1989, also kurz vor dem propagandistisch aufgeblasenen 40. Jahrestages der DDR, unter dem ironischen Titel »Urkunde. 40 Jahre DDR« ein Samisdatheft, das sich in besonderer Weise der erfahrenen DDR-Geschichte annahm. Eines der Themen war der Aufstand vom 17. Juni 1953. Auch hier stand die Neuentdeckung der Geschichte unter dem Vorzeichen der sich ankündigenden politischen Auseinandersetzungen. Bärbel Bohley schrieb: *»Und dieser Kampf darf nicht so ausgehen wie am 17. Juni 1953.«*

Der Verlauf der Revolution könnte geradezu an Ereignissen geschildert werden, die die Neubewertung der Geschichte zum Thema hatten. Auch die Gründung einer sozialdemokratischen Partei (SDP) hatte eine geschichtspolitische Bedeutung, zerstörte sie doch den von der SED gepflegten Mythos von der angeblich geeinten Arbeiterklasse.

Durch die sofortige Dokumentation von Ereignissen wurde die aktuelle Zeitgeschichte zum revolutionären Instrument. Unmittelbar nach den Gewaltexzessen der Sicherheitsorgane bei den Demonstrationen am 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin hatte eine Arbeitsgruppe mit Marianne Birthler und Werner Fischer etwa 70 Zeugenberichte von Misshandelten gesammelt und in Heften vervielfältigt. Die Dokumentation wurde auf einer Pressekonferenz am 23. Oktober in einer Berliner Gemeinde der Öffentlichkeit übergeben. Vergeblich hatten staatsloyale Kirchenleute versucht, die Veröffentlichung zu verhindern, um die Demontage des neuen SED-Chefs Egon Krenz zu verhindern.

Am 28. Oktober 1989 las Walter Janka im Deutschen Theater unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit aus seinem Buch »Schwierigkeiten mit der Wahrheit«, in dem er seine tragische Geschichte und die der verfolgten »Revisionisten« geschildert hatte. Er selbst hatte sein Schweigen nach fast dreißig Jahren gebrochen.

Jetzt wurde auch die wortlose Kollaboration der kommunistischen Intellektuellen und Künstler angesichts der Verbrechen Ulbrichts zum Thema.

Die Geschichtsdebatten mussten auch von den sich vorsichtig öffnenden Medien aufgenommen werden, sie wurden in Betrieben, öffentlichen Einrichtungen und Schulen geführt. So schrieb ein Schüler am 23. November 1989 an Bärbel Bohley unter anderem: *»Am 10.11.89 (einen Tag nach dem Fall der Mauer in Berlin, d. Verf.) hat sich die Klasse 12/2 der EOS F. F. Runge geschlossen geweigert, eine Geschichtsarbeit, Thema: Antifaschistischer Schutzwall ... zu schreiben. Meine Klassenkameraden, wie auch ich würden gern von einem kompetenten Historiker erfahren, was wirklich am 17.6.53 geschah. ... und bitte Sie herzlich, uns zu unterstützen, die Wahrheit zu erfahren.«*

Auf dem Höhepunkt der Revolution, kurz vor dem Ende des MfS, kulminierte die politisierte Geschichtsdebatte in der Gründung eines »Unabhängigen Historiker-Verbandes«. Jüngere Historiker, Armin Mitter und Stefan Wolle, hatten am 10. Januar 1990 zur Bildung einer Arbeitsgruppe unabhängiger Historiker aufgerufen. Im Aufruf hieß es: *»Auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften herrscht eine erschreckende Situation. Jahrzehntelang erstickte ein ungenießbarer Brei aus Lügen und Halbwahrheiten jede freie geistige Regung. Scholastische Albernheiten und abgestandene Gemeinplätze wurden als einzige wissenschaftliche Weltanschauung ausgegeben ...«* In der DDR hätte vierzig Jahre unter der SED eine »kalte Bücherverbrennung« stattgefunden. »Wie eine tödliche Krankheit« hätte sich über die Geisteswissenschaften »fachliche Inkompetenz« gelegt. »Das traurigste Los aber traf die Geschichtswissenschaft.« Eines der ersten Ergebnisse der Arbeit jener Historiker, die den revolutionären Bürgerbewegungen nahe standen oder ihnen angehörten, war eine Dokumentation über die Aktionen des MfS gegen die oppositionellen Bürgerbewegungen und neuen Parteien im Herbst 1989. Der Band wurde in abertausenden Exemplaren im Januar 1990 vom Lastwagen an die anstehende Menge verkauft.

Die Geschichtsverfälschungsmaschine der SED war ins Stocken geraten. Die Propaganda versuchte zu retten, was zu retten war, vor allem mit Hilfe ihres oft sehr wirksamen Antifaschismusmythos. Unaufhörlich wurde das Verlangen nach der deutschen Einheit mit Rechtsradikalismus gleichgesetzt. Ein letzter großer Versuch der SED-PDS die »antifaschistische« Front zusammenzuschmieden und dabei gleich noch die Stasi zu retten, fand nach nationalistischen und antisowjetischen Beschmierungen des Treptower Ehrenmals für die gefallenen sowjetischen

Soldaten am 28. Dezember 1989 statt. Die wirklichen Täter blieben im Dunkeln. Die SED-PDS trommelte am 3. Januar eine große Demonstration zusammen, um die behauptete faschistische Gefahr zu bannen.

Entpolitisierung der Revolution?

Was ist von dieser engen Verknüpfung von Geschichtsaufarbeitung und einer Politik im Dienst der Freiheit im wiedervereinten Deutschland nach 1990 geblieben? Hier zeigt sich ein ambivalentes Bild. Zunächst muss konstatiert werden, dass die Revolution und die Lösung der nationalen Frage auch die historischen und politischen Wissenschaften überrumpelt hatte. Die DDR-Forschung der alten Bundesrepublik wurde geradezu aus den Angeln gehoben. Der Neuanfang brachte unter anderem eine Renaissance des zwar weiterhin umstrittenen Totalitarismustheorems und erforderte eine Überprüfung bisheriger Standards. Zunächst gab es einen Bedarf, Widerstand und Opposition wahrzunehmen und zu erklären sowie den bislang nicht für möglich gehaltenen Umsturz theoretisch zu erfassen, um das unverbundene Nebeneinander von tatsächlichen Abläufen des Großereignisses und des zu begreifenden Neuen abzumildern.

Die teilweise anspruchsvollen Theoriemodelle zur Erklärung der Revolution gingen aber fast vollständig an einem Faktum vorbei: Dem Verlust der Macht der SED in einem friedlichen Prozess, obwohl diese Partei bis in die entscheidenden Wochen hinein über einen funktionierenden Parteiapparat mit weit mehr als zwei Millionen Mitgliedern verfügte, alle Instrumente der Herrschaftssicherung und alle Repressionsmittel kontrollierte. Diese Frage wird nicht wirklich beantwortet, wenn auf innen- und außenpolitisch begünstigende Faktoren verwiesen wird. Zweifellos liefern die Kumulation der Krisen, der verlorene Rückhalt im Ostblock, der Verschleiß von Ideologie und Legitimation, interne Zerfallsprozesse, der Verlust der Steuerungsmöglichkeiten, das Fehlschlagen strategischer Operationen zum Machterhalt, die kaum lösbaren Zielkonflikte der SED-Führung, das Leerlaufen von konspirativen Manipulationen, etwa die ausbleibende Wirkung von IM in führenden Positionen einiger Bürgerbewegungen, Daten und Stationen des Machtverfalls. Es handelt sich aber bei diesen Phänomenen um nachträglich diagnostizierte Phänomene, die jeweils eher als Symptome denn als Ursachen des sich vollziehenden Machtverlustes gelten müssen.

Die Inspirationen für diese Konstruktionen erweisen sich oft genug als Projektionen, die das Ergebnis des Umbruchs in die Vergangenheit zurückverlegen. Wenn auch Historiker, Politiker und Journalisten den Lauf der Dinge kaum noch

auf das Wirken des »Weltgeistes« oder auf irgendeinen vorstrukturierten »Strom der Geschichte« zurückführten, setzten doch viele ersatzweise auf die Genialität politischer Subjekte. Die notorische Überschätzung politischen Handelns einzelner Personen lässt sich an der Bedeutung ablesen, die dem letzten KPdSU-Chef Michail Gorbatschow zugebilligt wird. Dieser erscheint dann gleichsam als der *deus ex machina*, der den Wandel ermöglicht hat. Dass er selbst Produkt der Krise war, die er notdürftig und hilflos verwaltete, wird dabei übersehen.

Trotzdem gab es seit Anfang der neunziger Jahre einen regelrechten Boom bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Der wichtigste Strang wurde im Wesentlichen durch Bürgerrechtler, die teilweise auch im Bundestag vertreten waren, angeregt und getragen. Hier wäre zunächst der/die Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen zu nennen. Die politische Funktion ist eindeutig. Sie ist wichtigen Ziele der Revolution verpflichtet, gewährleistet die Akteneinsicht von Betroffenen und Verfolgten ebenso, wie sie den Elitentausch durch die Bereitstellung von Akten zu Überprüfungen ermöglicht. Außerdem trägt sie zur Aufklärung der Herrschaftssicherung der Diktatur bei. Auf Landesebene wird die BStU durch die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen flankiert.

Der Bundestag richtete zwei Enquetekommissionen ein. Auf Anregung der Kommission beschloss der Deutsche Bundestag 1998 die Gründung der »Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur«. Die Stiftung ist ein Bindeglied zu dem Geflecht der gesellschaftlichen Initiativen, Vereine und Verbände, die den zweiten Strang der Geschichtsaufarbeitung darstellen.

Hannah Arendt hat einmal beklagt, dass die vielen Revolutionen keine Stätten der Freiheit fanden. Doch sie zeigt einen Ausweg: *»All dies und wahrscheinlich sehr viel mehr ging verloren, als der Geist der Revolution – dieser neue Geist, der zugleich der Geist des Neubeginnens ist – die ihm angemessene Institution nicht fand. Dieses Scheitern ist durch nichts mehr gut zu machen, es sei denn, man versucht immer aufs Neue, durch Erinnern und Dem-Geschehen-Nachdenken zu verhindern, daß dieser Verlust endgültig werde.«* Es steht außer Frage, dass die hier genannten Institutionen durchaus angemessene Medien dieses »Geistes der Revolution« sind.

Doch diese politische Funktion ist bei weitem nicht unumstritten. Aus der Politik und der Gesellschaft werden immer wieder Angriffe auf diese Formen der Aufarbeitung vorgetragen. Dass dies massiv aus dem postkommunistischen Lager oder aus jenen Kreisen kommt, die in das Herrschaftssystem verstrickt waren, war nicht anders zu erwarten. Darüber hinaus gab und gibt es allerdings die mas-

sivsten Einsprüche aus der akademischen Wissenschaft, die den dritten Strang der Aufarbeitung darstellt.

Die durch den überraschenden Zusammenbruch der DDR ausgelöste Revolutionierung der westdeutschen akademischen DDR-Forschung fiel mit der aus wissenschaftlichen und politischen Gründen notwendigen Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft zusammen. Westdeutsche Wissenschaftler ersetzen größtenteils die ostdeutschen oder bestimmten personell die neu zu schaffenden Strukturen. Im Prozess der Abwicklung der SED-abhängigen Geschichtswissenschaften bildeten sich nun eigenartige Konstellationen und Koalitionen.

Die wenigen unabhängigen aus dem bürgerrechtlichen Lager stammenden Historiker hatten in der Regel kaum eine Chance in das sich neu bildende Establishment integriert zu werden. Offenbar gab es auch einen akademischen Kommentar, der die geistigen und ideologischen Unterschiede zwischen Westdeutschen und den belasteten Ostdeutschen überspielte und dies mit der Lernfähigkeit der SED-Wissenschaftskader begründete. Das sollte auch ein Beitrag der Geschichtswissenschaft zur »inneren Wiedervereinigung« sein. Gemeinsam war beiden etablierten Gruppen ohnehin, dass – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – ihre vormaligen Sichtweisen auf die DDR entwertet waren. Darüber gab es in den neunziger Jahren harte Auseinandersetzungen.

Zu dem milden Blick auf die DDR-Wissenschaft und deren Vertreter mag auch beigetragen haben, dass die Westdeutschen im Grunde keine Erfahrungen mit einem Elitenwechsel in der historischen Zunft hatten. NS-Belastete Historiker konnten nach dem Krieg in den Geschichtswissenschaften häufig weiter arbeiten.

Schließlich ist in Rechnung zu stellen, dass sich in den Mustern der Bewältigung eines radikalen Systemumbruchs auch bei Historikern die Kontinuitäten der politischen Kultur in Deutschland spiegeln. Die für Deutschland so seltenen Volkserhebungen bzw. Revolutionen haben nicht nur das Ziel eines stabilen demokratischen Nationalstaates verfehlt, sondern konnten auch keine dauerhafte politische Kultur stiften, die eine solche Ordnung hätte tragen können. In den Geschichtswissenschaften wurden die politischen Gehalte der deutschen Revolutionen von 1848, 1918 und auch 1953 weithin verdrängt.

Schon nach 1848 erwies sich die Mehrheit der deutschen Intellektuellen als Bollwerk gegen die im Ergebnis der Revolution erarbeitete demokratische Verfassung. Die Konservativen diskreditierten die Revolution mit Gräueltaten.

über polnische und französische Marodeure und setzten ganz auf die »Sendung der Hohenzollern«. Ein beträchtlicher Teil der Liberalen verriet ebenfalls aus Sorge vor anarchischen Zuständen die ursprünglich von ihnen erstrittenen liberalen Er rungenschaften. Die Linken waren in wesentlichen Teilen lediglich an einem zentralistischen Sozialstaat interessiert. Als dienstbare Geister bei der mentalen Verdrängung der »ungewollten Revolution« erwiesen sich gerade auch die großen Gestalten der deutschen Geschichtswissenschaft wie Leopold von Ranke und Heinrich von Treitschke, die geradezu Revolutionsphobien entwickelten. Der Preis für die zurückgewiesene und verdrängte, die »gescheiterte« demokratische Revolution und mit ihr die »Verdrängung der liberal-demokratischen Tradition von 1848« war die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, der Erste Weltkrieg.

Als die Legitimationsreserven des Hohenzollernreiches aufgebraucht waren, kam es 1918 zu einer neuerlichen Revolution. Aber auch diesmal war es eine »gebremste Revolution« ohne »gesellschaftliche Veränderungen« aus Angst vor einer wirklichen Revolution. Die Beamtenschaft, das Militär, Teile der intellektuellen Eliten und der Bevölkerung distanzieren sich vom Geist der Revolution und identifizieren die demokratische Republik lediglich mit dem Vertrag von Versailles. Der Preis dieser Verdrängung war unendlich hoch.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verordneten die Westalliierten in ihren Zonen eine demokratische Verfassung. In der sowjetischen Zone etablierten die Besatzer eine kommunistische Diktatur. Als sich in der DDR die Bevölkerung 1953 erhob, wurde dies anfangs im Westen als demokratischer und antikommunistischer Aufstand gewürdigt. Doch seit den sechziger Jahren setzte sich mehr und mehr das Bild von einem regional begrenzten sozialen Protest durch. Der 17. Juni passte nicht mehr in die deutschlandpolitischen Konzepte. Auch diese Freiheitstradition wurde in Publizistik und Geschichtsschreibung weitgehend verdrängt.

Politik und Wissenschaft ignorierten nahezu vollständig die ostmitteleuropäischen und ostdeutschen Denker, die die Teilung als zu überwindendes Übel betrachteten. In dieser kritischen Literatur stand vieles über die Zukunftschancen und die Lage des Kommunismus sowie über Konzepte seiner Überwindung. Schon 1982 konstatierte Karl Schlögel im Blick auf die intellektuellen und theoretischen Arbeiten der sowjetischen Dissidenten: *»Samisdat-Zeugnisse werden in der westlichen Geschichtsschreibung und Theoriebildung zur Sowjetunion bisher zu wenig berücksichtigt; damit wird praktisch die spezifische Erkenntnisleistung der systeminternen Kritik ignoriert.«*

Das alles waren keine guten Voraussetzungen, um die demokratische Revolution, ihre Vorgeschichte in den oppositionellen und widerständigen Bewegungen sowie die Unterdrückungsmaschinerie der SED als Thema in der akademischen Wissenschaft zu etablieren.

Zwar brachten die unabweisbaren Ereignisse 1989/1990 wichtige Veränderungen. Fast durchweg angeregt durch die Politik wurden neue Institute, Stiftungen, Erinnerungsstätten und universitäre Einrichtungen gegründet, die sich auch solchen Themen widmeten. In der akademischen Wissenschaft blieben aber bis heute die MfS-Forschung oder die Oppositionsforschung Randthemen, obwohl es freilich wichtige Ausnahmen gibt. An den Hochschulen gingen DDR-Themen nach einem kurzen Boom Anfang der neunziger Jahre zurück. Dort wo sich um solche Themen gekümmert wird, dominieren sozialgeschichtliche Ansätze und immer neue Versuche, den Diktaturcharakter der DDR zu bestreiten oder abzuschwächen. Neben den Theoriedebatten um die Anwendbarkeit des Totalitarismustheorems wird nach immer neuen gesellschaftlichen Nischen gefahndet, die belegen sollen, dass die DDR auch irgendwelche herrschaftsfreien gesellschaftlichen Räume hatte.

Auch in der politischen Bildung und den Schulen setzt sich eine bestimmte Blindheit für die unschönen Seiten der kommunistischen Diktatur fort. Versagt haben die Historiker, die die Lehrer und politischen Bildner ausgebildet haben, und versagt haben die für die Erinnerungskultur verantwortlichen Geschichtspolitiker. Das gilt für die Jahre vor 1989 und ist bis heute nicht besser geworden. Die Lehrpläne für die Schulen sprechen für sich – auch wenn es neuerdings auch einige gute Ansätze gibt.

Trotz einiger nicht zu bestreitender positiver Entwicklungen liegt zwischen dem Feld der wissenschaftlichen und publizistischen Aufarbeitung ein auffälliger Graben. Auf der einen Seite wird die Geschichtsaufarbeitung als politisches Instrument der geistigen und politischen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur und dem ideologischen, mentalen und politischen Erbe der Diktatur verstanden. In gewisser Weise setzt sich damit das politische Ringen um die Macht in der Revolution und für die Demokratie fort und rechtfertigt sich mit der Verantwortung für die Freiheit. Es handelt sich hier auch überwiegend um ostdeutsche Autoren, die nicht zum postkommunistischen Milieu gehören.

Auf der anderen Seite des Grabens findet sich ein beträchtlicher Teil der Wissenschaftler, für die diese politische Funktion der Aufarbeitung suspekt ist, da die geschichtspolitische Verwertung für sie einen Hauch von Geschichtspropaganda

hat. Die »postnationalen« westdeutschen Intellektuellen ignorieren 1989/1990, denn sie »scheuen sich einfach vor dem Odium, damit altmodische Nationalgeschichte zu betreiben, wenn doch gerade alle Welt von der transnationalen Perspektive redet«.

Wenn es auch berechtigt ist, Gegenstände der Zeitgeschichte zu historisieren und sie aus dem politischen Tageskampf herauszuhalten, muss doch daran erinnert werden, dass die westdeutsche akademische Geschichtswissenschaft nie entpolitisiert, sondern stets ein hart umkämpftes Feld von politischen Orientierungen war. Durchgesetzt hat sich glücklicherweise, dass die Forschungen zum NS-Staat politische Implikationen aufweisen, die der Aufklärung und Bewertung dieser politischen Verbrechen dienen. Dies gilt aber noch nicht für die Aufklärung des Kommunismus und den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dieser Spielart des Totalitarismus und der freiheitlichen Demokratie. Ein vergleichbarer Konsens in der DDR-Forschung, wie in der Bewertung der NS-Diktatur, ist nicht in Sicht.

Revisionistische Justiz

Ein besonderer Bereich, an dem gezeigt werden kann, dass die Revolution 1989 nicht angenommen wurde, ist das Rechtswesen. Der schon bis zum Überduss zitierte Satz von Bärbel Bohley, dass »wir Gerechtigkeit wollten und den Rechtsstaat bekamen«, drückt hier lediglich ein Lebensgefühl aus. Im Grunde ist die Verweigerung, positiv auf die Revolution zu reagieren, weit dramatischer. Die DDR-Opposition von 1989 und nahezu der gesamte Widerstand seit den Jahren der SBZ rang um Recht, um die Wiederherstellung des Rechts. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gehörten zu den erklärten politischen Zielen. Dass im Kampf gegen die SED auch ethische Werte, wie etwa Gerechtigkeit, eine Rolle spielten, ist unbestritten. Aber Rechtsstaatlichkeit war für Opposition und Widerstand kein Fremdwort, sondern durchgängig ein Focus der anzustrebenden Ziele.

Erst mit der Revolution und der Vereinigung konnte eine Strafverfolgung politischen Unrechts beginnen. Der Rechtsstaat stand damit 1990 vor einer schweren Herausforderung. Die juristische Aufarbeitung stand von Anfang an unter der kritischen Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Auf der einen Seite wurde sie als angebliche »Siegerjustiz« disqualifiziert. Es waren nicht nur postkommunistische Stimmen zu hören, die sich schnell die Sprache der Gegner der NS-Aufarbeitung zu Eigen machten. Auch aus der alten Bundesrepublik waren aus allen Lagern solche Töne vernehmbar. Auf der anderen Seite haben die Opfer der SED gegen die häufig milden Urteile oder gegen den noch mehr geübten Strafverzicht protestiert, da für sie die erwartete Genugtuung ausblieb. Angesichts des Unrechtes, das

der SED-Staat den Menschen angetan hat, ist die Bilanz der Strafverfolgung dürf-
tig. Nur wenige Täter wurden verurteilt und noch weniger kamen tatsächlich in
Haft.

Warum ist das so? Die Strafverfolgung politischen Unrechts sollte und musste
nach dem rechtsstaatlichen auch im Grundgesetz festgehaltenen Grundsatz »Nulla
poena sine lege« erfolgen. Für die Rechtsgeschichte der Bundesrepublik ist von Be-
deutung, dass das daraus abgeleitete Rückwirkungsverbot bei politischen Straftaten
noch bekräftigt wurde. 1952 ratifizierte der Bundestag die Europäische Menschen-
rechtskonvention, die in Artikel 7, Absatz 2 die Verfolgung politischer Verbrechen
bei schweren Menschenrechtsverletzungen entgegen dem Rückwirkungsverbot
vorsah. Nach diesem Muster konnten die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse
geführt werden. Die junge Bundesrepublik wollte aber die Verfolgung der NS-Ver-
brechen minimieren und operierte darum mit dem positiven Recht. Ebendies kam
auch im Umgang mit dem DDR-Unrecht zum Tragen.

So war im Einigungsvertrag schon festgelegt worden, dass sowohl bundesdeut-
sches Strafrecht, wie auch DDR-Strafrecht herangezogen werden müsse. Für die
Strafzumessung wurde die jeweils mildere Variante vorgesehen, so dass nur Exzess-
taten einzelner Funktionäre verfolgt werden konnten. Damit mussten von den Ge-
richten die Gesetze, Normen oder Befehlslagen der DDR, auch wenn sie »recht-
staatlich als Unrecht« zu bewerten waren, »wenn es um die Verantwortung der Täter
geht, so behandelt werden, als wäre es Recht.« Auch in der Gesetzesinterpretation
mussten die Justizbehörden den Kriterien der DDR Rechnung tragen.

In der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes wurde aber eine wichtige Aus-
nahme gemacht. Das DDR-Recht galt als »unbeachtlich«, wenn der Widerspruch
des Rechtes zur Gerechtigkeit unerträglich ist. In diesem Fall mussten DDR-Ge-
setze als »unrichtiges Recht« behandelt werden. Dieses Prinzip ging auf die na-
turrechtliche, schon bei den Kirchenvätern, oder etwa bei Thomas von Aquin, an-
gelegte so genannte Radbruchsche Formel aus dem Jahre 1946 zurück. Die An-
wendung dieser Formel erlaubte die Strafverfolgung von DDR-Unrecht. Dies war
freilich hart umstritten. Urteile des BGH und des Bundesverfassungsgerichtes
haben die Anwendung der Formel entgegen vielfachen Einsprüchen bestätigt.

Die durch die Radbruchsche Formel eröffneten Spielräume wurden aber zu-
gleich vom BGH wieder auf das Äußerste eingeengt. Faktisch wurde nur das vor-
sätzliche Töten an der Grenze und bei bestimmten Todesurteilen als Straftat auf der

Grundlage von »unrichtigem Recht« behandelt. Das führte dazu, dass das Einsperren von knapp einer viertel Millionen Menschen aus politischen Gründen nicht verfolgt werden konnte. Auch der große Bereich der »Zersetzung«, also der auf die Persönlichkeit und die sozialen Beziehungen zielenden zerstörerischen Maßnahmen des MfS, konnte überhaupt nicht verfolgt werden, da das strafrechtlich nicht zu fassen war. Aus rechtsstaatlicher Sicht waren das Aktionen eines nach militärischen Standards geführten Organs.

Beteiligte Staatsanwälte haben diese Situation sehr kritisch gesehen. So schildert Christoph Schaefgen die absurde Situation: *»Es ist also zu beachten, dass der Entwicklung der DDR und ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung durch die Rechtspflege der DDR Vorrang vor dem Individualrechtsgüterschutz eingeräumt wird, so dass beispielsweise die Justizpraxis, durch die das Recht der Meinungsfreiheit auf die Äußerung der von der SED gewünschten Meinungen reduziert und das Menschenrecht auf Ausreise praktisch auf Null zurückgeführt wird, sich einer strafrechtlichen Ahndung entzieht.«*

Und Bernhard Jahntz urteilt, *»dass wegen der Beachtung des Rückwirkungsverbotes die – auch durch menschenrechtswidrige Urteile geprägte – nationale Rechtssicherheit der DDR-Rechtsordnung für schützenswerter erachtet wird als die elementarsten Menschenrechte der unter solcher Diktatur lebenden DDR-Bürger«*. Das *»ist und bleibt ... abartig.«*

Es kam noch hinzu, dass in der praktischen Rechtsprechung dem angeklagten DDR-Personal zu Gute gehalten wurde, dass die Verhältnisse so waren, wie sie waren. So stellte die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Rechtsbeugung ein, das gegen eine DDR-Richterin angestrengt worden war, die bei einem Justizmord an zwei nachgewiesenen und vom Gericht auch bestätigten Unschuldigen durch die Ablehnung eines Revisionsverfahrens mitgewirkt hatte. Unter anderem brachte der Staatsanwalt zur Entlastung vor: *»Die Todesstrafe war danach entsprechend des im Tatzeitraum herrschenden Rechtsverständnisses der DDR zu verhängen, wenn besonders schwerwiegende Angriffe gegen die sozialistische Ordnung verübt worden waren. Für die Beurteilung maßgeblich waren die zur Zeit der Verurteilung in der DDR herrschenden Wertvorstellungen. ... Die Verurteilung der Betroffenen Muras und Wilhelm erfolgte in einem Zeitraum, der maßgeblich gekennzeichnet war als Periode des ‚Kalten Krieges‘. Insofern herrschte eine äußerst angespannte politische Lage.«*

Rechtsverständnis, Wertvorstellungen und die politische Lage in der DDR waren aber keine natur- oder gottgegebenen Verhältnisse, sondern wurden durch jene geschaffen, die an einer solchen Justiz mitarbeiteten. Damals gab es auch Justizpersonal, das wegen dieser Unrechtspraxis in den Westen floh oder Widerstand leistete und das Risiko der Verfolgung einging. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat anders als deutsche Stellen auch festgestellt, dass die SED-Funktionäre für die Verhältnisse dieser Zeit selbst verantwortlich waren. Er wies eine Beschwerde der wegen der Schüsse an der Grenze verurteilten SED-Führer ab und erklärte: *»Die in Rede stehende Staatspraxis war weitgehend das Werk der Beschwerdeführer selbst ...«*

Das Problem der Justiz, mit den kommunistischen Verbrechen in der DDR umzugehen, beruht aber nicht nur auf der rechtsgeschichtlichen Entwicklung in der jungen Bundesrepublik nach dem Kriege, die es nahe legte, die Möglichkeiten der Radbruchschen Formel nicht auszuschöpfen. Hinzu kam, dass die Auslegungskriterien der bundesdeutschen Justiz sich nicht von dem Systemwandel bzw. der demokratischen Revolution in der DDR beeindrucken ließen. Die alte Bundesrepublik und ihr Grundgesetz sind nicht wie andere westliche Republiken aus einer demokratischen Revolution hervorgegangen, sondern konstituierten sich in rechtlicher Kontinuität zum Dritten Reich. Dadurch war das Rechtswesen nicht gezwungen, die politischen Akte der Selbstermächtigung der Gesellschaft und die politischen Akte der Individuen, sich das Recht zu nehmen, Rechte zu haben, zu integrieren. Das wirkte sich auch nach 1990 aus.

Das Justizwesen hat nicht verinnerlicht, dass die friedliche Revolution die Wiedervereinigung ermöglichte und die neue Bundesrepublik sich auf Grund dieses politischen Vorgangs konstituieren konnte. Der von der ostdeutschen Bevölkerung und der Bürgerbewegung bewirkte Umsturz diente auch der Wiederaufrichtung des Rechts. In der Logik eines durchgehaltenen Rechtspositivismus, der der DDR und den durch die SED geschaffenen Verhältnissen bindende und nach 1990 weiterwirkende Rechtsqualität zuspricht, waren aber die Akte der Revolution illegal und rechtswidrig. Tatsächlich wurden ja auch die politische Logik und das politische Recht der Herrschenden um der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschenrechte willen missachtet und gebrochen. Die Revolution und die Revolutionäre betrachteten das politische Recht der DDR dagegen als »unrichtiges Recht«.

Dieser rechtliche Kern der Revolution wurde aber nicht berücksichtigt. Seit Jahren betreibt die bundesdeutsche Justiz eine Art Rechts-Revisionismus, der zahlreiche politische Akte der Revolution als rechtsstaatswidrig oder als verfassungsg-

fremd deklariert. Dazu gehören die Urteile, die die Rentenkaappung der System-nahen für rechtswidrig erklärten. Und dazu gehört die schleichende rechtliche Revision der in der Revolution erzwungenen und durch das Stasiunterlagengesetz (StUG) geregelten Aktenöffnung mit der damit verbundenen öffentlichen Benennung von inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS. Hier operiert das Justizwesen mit Datenschutz- und Persönlichkeitsrechten, die dem Personal der Diktatur zuzubilligen seien. Der prominente Rechtsanwalt und Rechtswissenschaftler Michael Kleine-Cosak drückte sein Unbehagen am StUG öffentlich in einem Beitrag mit dem Titel: »Der Rechtsstaat im Stasi-Strudel« aus. Unterstützung bekommt diese Kritik aus allen politischen Lagern.

Offenbar ist die fehlende Erfahrung mit der Abwesenheit des Rechtes in der Diktatur ein kaum nachholbares Defizit für eine der Wirklichkeit angepasste Rechtsprechung. Im Rechtswesen zeigt sich die Nichtannahme der Revolution von 1989/1990 ebenso, wie in der fehlenden Sprache der Freiheit und in den Mängeln einer der Freiheit verpflichteten Geschichtsaufarbeitung und Geschichtspolitik. Im Osten kommt hinzu, dass die gewonnene Freiheit noch nicht verkraftet wurde.

Die politische Kultur der Bundesrepublik wird noch manche absurde Blüte treiben, wenn in ihr nicht das zu wirken beginnt, was diesen Staat durch die Revolution ermöglicht hat. Um die wirkungsmächtige und nachhaltige Erinnerung an 1989 müsste sich im Eigentlichen die Zivilgesellschaft kümmern. Aber auch die Politik bleibt nach einer langen Periode des Status quo von Freiheit und Diktatur, oder gar einer »wilden Ehe mit den Diktaturen«, herausgefordert, »mehr Freiheit zu wagen«.

DEUTSCHLAND

GERHARD RUDEN:

Vielen Dank Ehrhart Neubert für die profunde Analyse »Zusammenhang Sprache und Macht«. Unser Thema wurde ins Gegenteil umgekehrt. »Geteiltes Deutschland, gemeinsame Geschichte«: »Geeintes Deutschland, geteilte Geschichte«. Unheimlich viele Aspekte, die wir diskutieren müssen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit schlage ich folgenden Kompromiss für die Diskussion vor:

Das erste Thema morgen beschäftigt sich mit der juristischen Aufarbeitung der Diktatur. Dazu passen auch die eben vorgetragenen juristischen Aspekte. Also sollten wir die Diskussion über den Vortrag von Herrn Neubert in den morgigen Themenblock 1 verschieben,

Ich bedanke mich bei allen, die heute hier mit ihren Grußworten dazu beigetragen haben, den Kongress mit ihren Erfahrungen und Ansichten zu bereichern. Ich danke allen auch für die Aufmerksamkeit über die doch recht lange Eröffnung des Kongresses. Ich wünsche Ihnen für heute einen geruhsamen Abend und eine geruhsame Nacht, um Sie morgen früh wieder erholt begrüßen zu können.

JURISTISCHE ASPEKTE DER AUFARBEITUNG Dr. Hans-Jürgen Grasemann



Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass ich die Gelegenheit habe, wenn auch nur in zehn bis zwölf Minuten, die juristische Aufarbeitung des SED-Unrechts zu werten. Zunächst zwei nüchterne Zahlen. Es hat insgesamt 62.000 Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaften der ost-deutschen Länder einschließlich Berlin gegeben. Sie betrafen die breite Palette des SED-Unrechts. Allein 43.000 Verfahren richteten sich gegen Richter und Staatsanwälte der DDR wegen des Vorwurfs der Rechtsbeugung und, soweit es sich um Todesurteile handelte, um Rechtsbeugung in Tateinheit mit Totschlag. Wie sie alle wissen, sind die meisten dieser Verfahren aus den unterschiedlichen Gründen eingestellt worden. Freilich hat es auch spektakuläre Verurteilungen gegeben. Ich erinnere an die sechs Jahre, sechs Monate Freiheitsstrafe für Egon Krenz und die fünf Jahre Freiheitsstrafe für den Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates Heinz Streletz, die wie etliche andere Verantwortliche des »Schießbefehls« und der SM 70 als mittelbare Täter wegen Totschlags an der Grenze bestraft wurden. Im Zusammenhang mit der Tötung von Flüchtlingen an der Grenze könnten noch viele Fälle genannt werden. 265 Tote und über 700 Schwerverletzte haben auf der Opferseite die Gerichte beschäftigt.

Wenn wir uns mit dem Thema »Rechtsbeugung« beschäftigen, sieht die Bilanz düffriger aus. Das hat seine Gründe. In der alten Bundesrepublik, das will ich einräumen, waren wir vor dem Ende der DDR durchaus blauäugig und naiv und haben wie Bärbel Bohley geglaubt, dass die gesamten durch SED und MfS geschaffenen Unrechtstatbestände evident seien, dass sie eigentlich nur noch juristisch bewältigt werden müssen und am Ende gerechte Urteile herauskommen. Das ist, wie wir inzwischen wissen, ein Irrtum. Der Bundesgerichtshof hat beim Tatbestand der Rechtsbeugung sehr enge Grenzen gezogen und häufig Urteile von

Instanzgerichten, die Richter und Staatsanwälte wegen Rechtsbeugung verurteilt hatten, aufgehoben. Andererseits wird das Justizunrecht durch die Rehabilitierungsentscheidungen deutlich.

Strafrechtlich gesehen, müssen wir davon ausgehen, dass das DDR-Recht zu Grunde zu legen ist. Das ist unser Grundproblem. Es ergibt sich aus dem Einigungsvertrag, in den die Fundamentalnormen des Grundgesetzes und des Strafgesetzbuches eingeflossen sind: Dass eine Tat nur bestraft werden kann, wenn sie am Tatorte unter Strafe steht. Die Problematik liegt vor allem darin, dass die DDR über ein eigenes Strafgesetzbuch und eine eigene Strafprozessordnung verfügt hat und neben der Tatzeit auch der Tatort über die Strafbarkeit von DDR-Taten entscheidet. Was in der Bundesrepublik galt, hatte in der DDR keine Gültigkeit. Das ist das einfache Faktum. Der Jurist nennt das kurz und bündig Rückwirkungsverbot von Strafgesetzen. So steht es in Artikel 103 Absatz 2 Grundgesetz, eine Säule unseres Rechtsstaates.

Dies hat zu einer rechtlichen Unmöglichkeit der Strafverfolgung in zahlreichen Fällen geführt, was das eigentliche Justizunrecht angeht. Alleinige Grundlage war der Rechtsbeugungsparagraph der DDR, der direkten Vorsatz erforderte. Die heutige Justiz muß diesen direkten Vorsatz im Einzelfall nachweisen und sich mit der Einlassung der Beschuldigten auseinandersetzen, die sich damit herausreden, dass es für sie kein Unrecht war, sondern Recht und Gesetz, an das sie gebunden gewesen seien. Hinzu kommt meistens der Hinweis, dass wegen des Beratungsgeheimnisses offen sei, ob gerade der Angeklagte gegen die Verurteilung oder das verhängte Strafmaß gestimmt hat. Zur rechtlichen Hürde gesellt sich nicht selten die Beweisnot, die nicht dadurch überwunden werden kann, dass allgemein bekannt ist, dass in politischen Strafverfahren nicht zuletzt wegen der absolut zuverlässigen Richter der Abt. Ia ausnahmslos Einstimmigkeit gewährleistet war. Der Beweis muß im Einzelfall, der zu entscheiden ist, geführt werden. Zutreffende wissenschaftliche Abhandlungen über die Abhängigkeit der Justizjuristen von Partei und MfS ersetzen den Einzelbeweis nicht.

Die Folge war, dass der Bundesgerichtshof sich auf drei Punkte beschränkt hat, wann Unrecht Rechtsbeugung ist:

- a) wenn das Gesetz angewendet wurde, obwohl es nicht passte, aber passend gemacht wurde durch eine extensive Auslegung, die durch die Stasi vorgegeben war,

- b) wenn der Straftatbestand zwar anwendbar war, aber trotz einer Nichtigkeit ein völlig unverhältnismäßig hohes Strafmaß verhängt wurde. Wer z. B. für Bücher, die er nicht haben durfte, sieben Jahre Freiheitsentzug erhielt, ist ohne Zweifel Opfer einer politisch gewollten Rechtsbeugung.
- c) wenn etwa eine Parteikommission oder andere Gremien unter Vorsitz von Walter Ulbricht oder Erich Honecker das Ergebnis von Hauptverhandlungen durch »Drehbücher« oder »Regieanweisungen« vorweggenommen haben und für die Gerichte kein Spielraum bestand.

Mit Erich Kästner muss man fragen: »*Wo bleibt das Positive?*« Das Positive, denke ich, liegt darin, dass in vielen Straf- und Reha-Verfahren festgestellt worden ist, dass der Staat DDR Unrechtshandlungen begangen hat: die Tötungen an der Grenze, das Justizunrecht mit vielen Hunderttausend Verfahren und entsprechend vielen Opfern in den Haftanstalten mit den Ihnen allen bekannten Folgen.

Ein anderes Thema sind die Überwachungsmaßnahmen der Staatssicherheit, die Briefkontrolle, die Entnahme von Geldbeträgen aus Westsendungen, die in die DDR gegangen sind, die Telefonüberwachung und Verwanzung. Sie sind nicht strafbar, weil es an Straftatbeständen im DDR-Strafgesetzbuch gemangelt hat. Hier wird besonders klar, welche Auswirkung der Grundsatz »Keine Strafe ohne Gesetz« hat. Nicht jedem kann dies vermittelt werden. Ehemalige Stasimitarbeiter können daher heute, und das ist mehr als misslich, und das tun sie inzwischen offen und frivol, hoch erhobenen Hauptes behaupten, sie hätten nur ihre Pflicht erfüllt, Recht und Gesetz angewendet und Kriminelle und Terroristen verfolgt. Umso wichtiger ist die Aufklärung über das Unrechtssystem durch jene, die es erlitten und durchlitten haben. Sie müssen unablässig Zeugnis ablegen, damit die Wahrheit nicht verblaßt.

Anders verhält es sich mit den Mißhandlungen in den Haftanstalten. Denn Körperverletzung war auch in der DDR eine Straftat. Gegen Bedienstete des Strafvollzuges hat es eine Reihe von Strafverfahren gegeben. Ich erinnere stellvertretend für alle diese Verfahren nur an den Mann, der über Jahre hinweg in der StVE Cottbus ein Schreckensregiment ausgeübt hat: Obermeister Schulze, genannt RT »Roter Terror«, der zu zwei Jahren, acht Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde.

Kein Problem gibt es auch bei den Wahlfälschungen. Warum das? Weil im DDR-StGB ein Wahlfälschungsparagraph enthalten war. Dieser Wahlfälschungs-

paragraph wurde in der DDR natürlich nicht angewendet. Wer die Wahlen fälscht, bestraft sich nicht selbst. Die bekanntesten Verfahren betrafen Modrow und Berghofer, die zu Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr mit Bewährung verurteilt wurden. Bewährung dehalb, weil die Gerichte von einer günstigen Sozialprognose und künftiger Straflosigkeit ausgingen. Das Landgericht Dresden hat mit diesen Strafverfahren die Wahlmanipulationen offengelegt und mit der justizförmigen Beweisführung einen Beitrag zur Vergangenheitsklärung auch anderer Wissenschaftsdisziplinen geleistet.

Aus dem Blickfeld ist geraten, dass die meisten Haftbefehle im Zusammenhang mit der Aufarbeitung nicht durch die Justiz der Bundesrepublik erlassen wurden, sondern in der noch bestehenden DDR. Allein in 52 Wirtschaftsverfahren wegen Untreue ergingen Haftbefehle. Aufgrund der nachfolgenden Verurteilungen ist die Frage erlaubt, welche Bilanz es gäbe, wenn die demokratische DDR-Justiz länger als bis zum 2. Oktober 1990 hätte tätig sein können.

Weil die Masse der der Rechtsbeugung beschuldigten DDR-Richter und Staatsanwälte wegen der vom Bundesgerichtshof gezogenen engen Grenzen nicht zur Rechenschaft gezogen werden konnten, sprechen Kritiker von einem »Schonraum der SED-Justiz«. Die Auffassung des Bundesgerichtshofes sei keine vertretbare Gesetzesauslegung mehr. Sie laufe auf eine unzulässige Gesetzesumdeutung und auf ein ungesetzliches Privileg für DDR-Richter hinaus. Zitat: »*Die Waage des Rechts in Deutschland ist falsch justiert.*« Besonders problematisch aber ist, dass der Bundesgerichtshof trotz seiner zahlreichen Revisionsentscheidungen keine Klarheit darüber geschaffen hat, wann SED-Unrecht »erträglich« und wann es »unerträglich« ist. So war es beispielsweise für das Landgericht Berlin überraschend, dass der BGH einen Freispruch aufgehoben hat, dessen Begründung der Rechtsprechung des BGH entsprach.

An den zugrunde liegenden Sachverhalt kann ich mich gut erinnern. 1979, als sich lange Schlangen vor den Intershops bildeten, weil die Einführung der Forum-Schecks angekündigt war, stand eine solche Schlange vor dem Intershop am Bahnhof-Friedrichstrasse. Ein ARD-Team ging auf diese »sozialistische Warteschlange« zu und fragte eine 43 Jahre alte Sekretärin, was sie von den Maßnahmen der DDR-Regierung halte. Ich habe das damals um 22.30 Uhr in den ARD-Tagesthemen gesehen. Das weiß ich noch wie heute. Ich habe mich damals schon gefragt, was dieser Frau geschehen wird. Heute weiß ich es. Die Frau ist, nachdem sie in die ARD-Kamera gesagt hat: »*Geld ist Geld auf der ganzen Welt, auch für mich und es ist mir nicht einsichtig, warum meine Regierung mir das nicht mehr erlaubt, mit*

diesem Geld, was man haben kann, hier irgendwo einzukaufen, dass ist eine Entmündigung in meinen Augen.« Fünf Wochen später von der Staatssicherheit festgenommen worden. Sie kam in U-Haft und wurde wegen öffentlicher Herabwürdigung der DDR zu einem Jahr ohne Bewährung verurteilt.

Der BGH hat dies als klassischen Fall der Rechtsbeugung bezeichnet und den Freispruch des Landgerichts aufgehoben. Zu Recht, denn es war Rechtsbeugung, weil die Frau lediglich eine Meinung geäußert hat, die unter keinem Gesichtspunkt eine Straftat darstellte, auch nicht unter Zugrundelegung der DDR-Normen.

Ich muß zum Schluss kommen. Die Anwendung der Normen des Rechtsstaats hat insbesondere bei der Erfassung des Justizunrechts der DDR dazu geführt, dass das genaue Gegenteil einer Siegerjustiz eingetreten ist und die Besiegten – besiegt nicht durch den Westen, sondern durch das entmündigte und unterdrückte Volk – nunmehr von den Bewertungsmaßstäben des »siegreichen Systems« profitieren, die sie ihren Opfern nie haben zuteil werden lassen.

Wenn diese Täter, ich wiederhole mich, erhobenen Hauptes auf ihre Opfer herabsehen, ausgestattet mit üppigen Renten, trägt dies nicht zum Schutz des Vertrauens in die Unverbrüchlichkeit der Ordnung des Rechts und zur Wiedergewinnung des verloren gegangenen Vertrauens in Staat und Justiz bei. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld.

Antwort auf Diskussionsbeiträge

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so leicht fällt mir das nicht, auf die Fülle dessen, was hier vorgetragen wurde, so einzugehen, dass Sie am Ende zufrieden sind. Vorrausschicken muss ich, ich bin kein Justizsprecher und auch kein Regierungssprecher. Ich kann Ihnen nur die Probleme darlegen. Nicht mehr und nicht weniger. Ich will Ihnen aber jetzt antworten, denn es sind einige Dinge gesagt worden, die es wert sind, darüber nachzudenken. Zum ersten Beitrag will ich mich nicht äußern, weil er eine Meinungsäußerung darstellt. Er hat in mir jedoch die Erinnerung an einen Witz ausgelöst. Er lautet: »Es treffen sich zwei Menschen, da sagt der eine: *»Sag mal, was ist der Unterschied zwischen Artikel 5 Grundgesetz – Meinungsäußerungsfreiheit – und Artikel 27 DDR-Verfassung, der auch die Meinungsäußerungsfreiheit enthält?«* Die Antwort: *»Will ich dir sagen. In der Bundesrepublik hat man seine Freiheit auch noch nach der Äußerung.«* Dies zum ersten Beitrag. Zum Zweiten: Alexander Bauersfeld. Wir kennen uns nun schon viele Jahre und haben uns gerade vor wenigen Wochen in Hannover anläss-

lich der Matinee »Das Leben der Anderen« getroffen und uns ausgetauscht. Der Film ist für mich ein positiver Beleg dafür, wie wichtig dieses Medium ist. Er hat inzwischen, habe ich heute gelesen, schon 800.000 Menschen in Deutschland erreicht.

Der Schaum vorm Mund von Stasi-Mitarbeitern, zuletzt ausgerechnet in Hohenschönhausen, ist doch der beste Beweis dafür, dass dieser Film sie ins Mark trifft und dass die Breitenwirkung dieses Mediums viel größer ist als manches wissenschaftliche Standardwerk über die Staatssicherheit. Wer mit der Stasi-Problematik nicht befasst ist, weil er nicht Opfer geworden ist, den muß man auffordern, sich den Film anzusehen. Man fange aber nicht an, denen auf den Leim zu gehen, die als ehemalige Stasi-Mitarbeiter herumkritteln, dass die Größe und die Farbe der Kragenspiegel unrichtig sei, dass die Schulterstücke falsch seien und vieles andere mehr. Es geht um die Grundaussage, die dieser Film enthält. Er wirkt ähnlich wie 1978 die Geschichte und das Schicksal einer jüdischen Familie im Mehrteiler »Holocaust«. Die Hollywood-Produktion werden viele sicherlich noch in Erinnerung haben. Denn die deutsche Nation saß ergriffen vor dem Fernseher und hat geheult, weil es um Einzelschicksale ging, die jeden zum Mitleiden brachte.

Seit meiner Tätigkeit in der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter weiß ich, dass es Sinn macht, über Einzelschicksale zu berichten. Nicht Zahlen sind entscheidend. Auch nicht die 62.000 Ermittlungsverfahren, die ich genannt habe. Es geht um konkrete Menschen, die zu Opfern einer Diktatur geworden sind, in deren Räderwerk sie ohne Schuld hineingeraten sind und heute auf die Täter treffen, die keine Einsicht oder Reue zeigen. Wir haben daher die Aufgabe, das Wissen über die SED-Diktatur weiter zu tragen, vor allem an die junge Generation, für die das alles Geschichte ist. Wenn eine 16-jährige aus Mecklenburg-Vorpommern in einer Fernsehsendung auf die Frage: »Wer hat die DDR regiert?«, sagt »Die Nazis!«, merken wir, wie wichtig die Vermittlung der DDR-Vergangenheit ist, was geschehen ist. Nicht gesichert scheint mir freilich zu sein, dass die für die Schulbildung zuständigen Minister dies auch so sehen.

Herr Bauersfeld, zum MfS als verbrecherische Organisation. Das ist eine alte Forderung, die schon 1990 erhoben wurde. Die Zeit ist darüber hinweggegangen. Man kann das beklagen, sollte aber heute einsehen, dass ein offizielles Verdikt politisch nicht mehr durchsetzbar ist, weil nicht mehr dringlich und aktuell. Das ist einfach ein Faktum, so wünschenswert es vielen erscheinen mag. Andererseits ist niemand gehindert, auch die Medien nicht, eine solche Wertung des MfS vorzunehmen. Nach den unzähligen und sehr guten Sendungen in den ersten Jahren

nach 1989 hat sich die Beschäftigung mit dem MfS zwar verringert, aber auch jetzt noch gibt es hervorragende Rundfunk- und Fernsehsendungen, von Veranstaltungen und Literatur ganz abgesehen. Zum zweiten Beitrag: Es scheint mir politisch nicht durchsetzbar, die Abgeordneten dazu zu bewegen, über eine Gesetzesinitiative nachzudenken, dass die Strafbarkeit der Leugnung der Verbrechen des SED-Regimes Gesetz wird, ähnlich wie die qualifizierte Ausschwitz-Lüge. Gleichwohl ist es niemandem verwehrt, dafür zu werben. Man muss nur erkennen, dass man in einer Demokratie eine Mehrheit braucht. Man muss also Überzeugungsarbeit leisten. Das ist das Bohren der bekannten dicken Bretter. Was im Zusammenhang mit den Mauermorden angesprochen worden ist, darüber müssen wir an anderer Stelle noch reden. Zu ISOR: Steuergelder bekommt der Verein nicht. Ein eingetragener Verein bekommt keine Steuergelder, sondern ihm werden allenfalls steuerliche Vergünstigungen gewährt, wenn Gemeinnützigkeit vorliegt. Andererseits, auch das ist ein Teil unserer Verfassungswirklichkeit, ist ein Interessenverein, wie immer er sich organisiert und welche Zielsetzungen er hat, solange er nicht verfassungswidrig ist, zulässig wie jeder andere Verein auch.

Das ist ein wichtiges Kennzeichen unserer Demokratie, dass wir Vereinsgründungsfreiheit haben. Eine andere Frage ist, ob nicht andere Vereine sich das Recht nehmen dürfen, das Auftreten und die Ziele einschließlich der Zusammensetzung von ISOR scharf zu kritisieren. Herr Heinzig, nulla poena sine lege, in der Tat ist das ein unabdingbarer Grundpfeiler eines Rechtsstaates. Auf das Naturrecht muß man nicht zurückgreifen, das Strafrecht der DDR und Gesamtdeutschlands reichte in allen Fällen aus, Grenzer und ihre Vorgesetzten einschließlich der Kommandeurebene wegen der Tötung von Flüchtlingen zu verurteilen, in der Regel wegen Totschlages. Es hat nur eine einzige Verurteilung wegen Mordes gegeben, weil Heimtücke vorlag: der Fall Walter Kittel und Eberhard Krause 1965.

Opfer haben Namen, eben auch Walter Kittel. Er und Eberhard Krause wollen in der Nacht über die Mauer bei Kleinmachnow nach West-Berlin. Sie werden von zwei Grenzern gesehen. Es wird geschossen, sie werden nicht getroffen, werfen sich aber in einen Kfz-Sperrgraben, dreißig Meter entfernt. Dann rufen die Grenzer »*Liegen bleiben, nicht weglaufen!*« und schießen in die Richtung der beiden. Diese Schüsse treffen Eberhard Krause, der wirklich zusammengeschossen wird und für den Rest seines Lebens ein körperliches Wrack ist. Neben ihm liegt unverletzt Walter Kittel. Beide sind zwanzig Jahre alt. Der Vorgesetzte, gerufen von den beiden Grenzern, fordert die beiden Flüchtlinge auf: »*Aufstehen! Herkommen!*« Und was macht Walter Kittel? Er steht auf, weil er ja nicht verletzt ist. Und

als er steht, schießt der Vorgesetzte mit seiner Maschinenwaffe und trifft mit vierzehn Schuss den unbewaffneten Walter Kittel tödlich.

Der Bundesgerichtshof hat das auf Totschlag lautende Urteil des Landgerichts Berlin aufgehoben und die Tat als Mord gewertet. Denn Walter Kittel habe nicht geahnt, dass er erschossen wird, sondern annehmen können, dass er festgenommen wird und vier bis sechs Jahre wegen Republikfluchtversuch erhält. Zehn Jahre Freiheitsstrafe wegen Mordes hat der BGH ausgesprochen und damit die Mindeststrafe dem DDR-StGB entnommen. Die Tat war auch nach dem DDR-Strafrecht eine Straftat und durch die Schußwaffengebrauchsbestimmungen nicht gerechtfertigt. Dass die Straflosigkeit in der DDR politischer Wille und Willkür war, zeigt auch der Fall des 28jährigen Dresdners, gegen den aus acht Maschinenwaffen am 09.04.1969 an der Mauer in Berlin-Mitte 148 Schuß abgegeben worden sind. In den DDR-Unterlagen ist das alles nachzulesen. Für die Strafverfahren brauchen wir also nicht das Naturrecht, weil auch nach DDR-Maßstäben und den eigenen Gesetzen einschließlich der Schusswaffengebrauchsbestimmungen es strafbare Tötungen an der Grenze waren. Es wurde nur deshalb nicht bestraft, weil die Tötung von Flüchtlingen politisch gewünscht wurde. Die Täter wurden vielmehr belobigt und befördert, haben ihre Blechmarken gekriegt. Der Bundesgerichtshof hat dazu deutliche Worte gefunden und u. a. auf die so genannte Radbruchsche-Formel verwiesen. Wegen der Strafbarkeit nach DDR-Recht, richtig angewendet und ausgelegt, ohne politische Willkür, steht der Satz »nulla poena sine lege« den Verurteilungen nicht entgegen.

Zu Herrn Zahn werde ich nichts sagen. Herr Zahn gehört zu den Zeitzeugen, die ich sehr schätze. Wir beide haben uns zuletzt in Berlin getroffen und die Problematik erörtert. Zu Herrn Hussock! Ganz kurz. Mit dem Rückwirkungsverbot ist das in der Tat so eine Sache. Es gilt nur für belastende Gesetze, also vor allem für Strafgesetze, nicht für andere Sachverhalte.

Zu Herrn Schröder will ich nichts sagen.

Ich will jedoch ein kleines Beispiel erzählen. Lutz Rathenow, den sie alle kennen, hat in einem Sammelband der Akademie für politische Bildung Tutzing über die Stasi-Akten folgende kleine Begebenheit geschildert. Er trifft seinen ehemaligen Stasi-Vernehmer zufällig auf der Straße und kommt mit ihm ins Gespräch. Sagt der Stasi-Vernehmer: »*Na Herr Rathenow, wie geht es Ihnen denn so? Ich sehe, Sie schreiben ja viel und sind auch häufig im Fernsehen und machen Lesungen und so weiter.*« Rathenow fragt zurück: »*Was machen Sie so?*« Antwort: »*Ich bin jetzt*

bei einer Versicherungsgesellschaft. Also wenn ich mal wieder was für Ihre Sicherheit tun kann ...» Er grinst und geht weiter. So ist Lutz Rathenow. Zum Thema SPD-Widerständler, Frau Sauer. Ich kenne den SPD-Häftlings-Arbeitskreis seit vielen Jahren sehr gut. Im letzten Herbst war ich mal wieder auf einer seiner Tagungen. Ich kenne sie alle, auch die, die nicht mehr unter den Kameraden weilen. Ich weiß deshalb auch einzuschätzen, wie bitter es gerade für Sozialdemokraten ist, in der NS-Zeit in einem KZ gewesen und danach in Speziallagern oder eben auch später in Bautzen gewesen zu sein und die beklagen, dass die eigene Partei sie im Grunde mehr oder weniger fallengelassen hat.

Zur Frage, wie man junge Leute anspricht und überzeugt. Da fällt mir sofort Herr Zahn ein, der eine fast beleidigende Sachlichkeit an den Tag legt und als Zeitzeuge in Schulen und Bildungseinrichtungen »gut ankommt«. Es ist etwas ganz anderes, die Auswirkungen erlittener Haft mit all den Entwürdigungen und Demütigungen von einem Menschen zu erfahren, der weiß, wovon er spricht, als nüchterne Analysen von Wissenschaftlern zu lesen, so wichtig solche Werke auch sind. Ich selbst habe an derartigen Begegnungen wiederholt teilgenommen und kann die Wirkung gut beurteilen.

Herr Dobrinski hat so viel gesagt, dass ich aus Zeitgründen nur eins herausgreife. Richtig ist, es geht auch um die Aufarbeitung von Schicksalen und Todesfällen, die im Zusammenhang mit der Beschaffung von Antiquitäten oder von Betrieben stehen. Zuvörderst ist dies die Aufgabe der Justiz. Unstreitig ist, dass allein aus wirtschaftlichen Gründen in der DDR viel Unrecht geschehen ist, um durch rechtswidrige Manipulationen Antiquitäten für die Devisenbeschaffung einzuziehen.

Natürlich wissen wir alle, dass hier der Name Schalck-Golodkowski fallen muss. Auf welche infame Weise die DDR sich an Bürgern bereichert hat, die über Antiquitäten verfügten, will ich an einem Einzelfall deutlich machen. Der Mann hat mich nach der Wende in Salzgitter und in der Generalstaatsanwaltschaft in Braunschweig mehrfach besucht und seine Lebensgeschichte erzählt. Er war damals verbittert, weil er zunächst mit seinem Entschädigungsanspruch gescheitert war. Schließlich hat er tatsächlich eine recht erhebliche Entschädigungssumme von der zuständigen Behörde in Sachsen-Anhalt erhalten. Aber niemand hat ihm die acht Jahre, die er in der Psychiatrie zwangsweise zubringen musste, weil man an seine sehr wertvollen Antiquitäten aus altem Familienbesitz herankommen wollte, zurückgeben oder ausgleichen können. Dabei war der inzwischen Verstorbene so »normal« wie wir alle hier im Saal. Sein Schicksal berührt mich noch heute.

Mehr möchte ich im Augenblick zu den einzelnen Wortbeiträgen nicht mehr sagen, um die Zeit der anderen Teilnehmer nicht noch mehr einzuschränken. Abschließend nur eine Anmerkung. Sperrfeuer gegen die Justiz, mit deren Methoden und Ergebnissen man nicht zufrieden ist, ist nicht ungewöhnlich, schon gar nicht ungehörig. Damit muss die Justiz umgehen können, was sie auch kann: Aber manches wird ihr wirklich zu unrecht angelastet, weil ihre Bindung an das Gesetz übersehen wird. Politische und gesetzgeberische Entscheidungen fallen im Parlament. Andererseits verstehe ich, dass, wenn man einen Vertreter der Justiz wie mich vor sich hat, dann ist die Versuchung groß, ihn mit Freude mal so richtig aufs Korn zu nehmen. Denken Sie an den wunderbaren Satz von Dieter Hildebrandt: *»Es reicht nicht, in Deutschland, Recht zu haben, man muss auch immer mit der Justiz rechnen!«* Dieser Pointe müssen Differenzierungen folgen. Ich hoffe, mir ist in der knappen Zeit, die mir zur Verfügung stand, eine differenzierte Betrachtung gelungen.

Die juristische Aufarbeitung ist weitestgehend abgeschlossen: die Verfahren gegen die Grenzer, die Flüchtlinge erschossen haben, die Verfahren gegen diejenigen, die in den Haftanstalten Körperverletzungsdelikte begangen haben, die Wahlfälschungsverfahren und vieles mehr. Die Reha-Verfahren zählen inzwischen 190.000. Neben der juristischen Aufarbeitung ist jetzt von weitaus größerer Bedeutung die historische Forschung, die Offenlegung der Mechanismen der Diktatur und die Umsetzung in politische Bildungsarbeit.

Die politisch motivierte Strafrecht und ihre menschenverachtende Praxis, die ein wesentlicher Teil des auf Aufrechterhaltung des totalitären Systems gerichteten Regimes waren, bestätigen die Aussage von Roman Herzog auf einer Sitzung der Enquete-Kommission *»Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit«* zur Charakteristik der DDR: *»Sie war ein Unrechtsstaat. Den Versuch ihrer früheren politischen Elite, heute die DDR-Realität zum international Üblichen umzuinterpretieren, dürfen wir nicht zulassen.«* Man muß nicht als Objekt und Opfer in das Räderwerk dieser nicht demokratisch legitimierten Machtstrukturen geraten sein, um im Sinne einer politischen Bewertung die DDR als *»Unrechtsstaat«* anzusehen. Recht ist Wille zur Gerechtigkeit, hat der große Rechtsgelehrte und ehemalige Reichsjustizminister in der Weimarer Republik, Gustav Radbruch 1945 nach dem Ende seiner Verfolgung formuliert. An diesem Willen hat es dem Staat der SED gemangelt.

DEUTSCHLAND

JURISTISCHE ASPEKTE DER AUFARBEITUNG

Horst Schüler, *Vorsitzender der UOKG*

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, meine Damen und Herren, ich bin kein Jurist. Ich kann also zu den juristischen Aspekten der Aufarbeitung lediglich aus der Sicht der Opfer und der Widerständler gegen das DDR-Regime sprechen. Diese unterscheidet sich sicherlich in manchen Fragen von den Stellungnahmen, die Juristen zu dieser Frage abgeben. Vera Lengsfeld, uns allen ja bekannt, hat dies erst vor wenigen Tagen bei einer Talkshow mit Sandra Maischberger erlebt. Als sie von den kriminellen Organisationen der DDR sprach, wurde sie sofort von Herrn Diestel, ebenfalls ja allen bekannt, unterbrochen. Er sagte, dass nie in einem Prozess die Staatssicherheitsorgane und andere Terrorapparate der kommunistischen Herrscher als kriminell eingestuft worden sind. Er verstieg sich sogar zu der Meinung, dass man Verbrecher nur dann Verbrecher nennen darf, wenn sie rechtskräftig und rechtsgültig verurteilt worden sind.

Soweit also der Jurist Diestel. Nach seiner Logik dürfte man also auch Hitler nicht Verbrecher nennen, denn er ist ja wegen seiner Verbrechen auch nicht rechtskräftig und rechtsgültig verurteilt worden.

Zum eigentlichen Thema.

Vor einem guten Monat, am 3. April 2006, fand im Bundestag eine öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales statt, zu der ich als Sachverständiger geladen war. Es ging dabei um ein inzwischen bereits beschlossenes Gesetz, nach dem neben anderen früheren Trägern des DDR-Herrschersystems auch den Angehörigen des Staatssicherheitsapparates für während des Dienstes erlittene Unfälle oder andere Schäden entschädigt werden. Dies schließt eine hohe Nachzahlung von 2002 an ein.

Warum man mich als Vorsitzenden der UOKG als Sachverständigen geladen hatte ist wohl klar. Es ging um eine politische Stellungnahme zu diesem Gesetz, das einzubringen die Regierung und die sie tragenden Parteien durch Urteile sowohl des Bundesverfassungsgerichts als auch des Bundessozialgerichts gezwungen waren.

In meiner Stellungnahme habe ich unter anderem gesagt: *»Namens einer überwiegenden Mehrheit der Opfer des Kommunismus – seien sie nun ehemalige politische Häftlinge gewesen oder unterlagen sie anderen Repressionen des kommunistischen Herrschaftssystems – informiere ich Sie hiermit von deren Empörung über eine erneute Besserstellung von Menschen, die in enger Beziehung zum Ministerium für Staatssicherheit standen, während viele Opfer des Kommunismus in bitterer Not leben und wir seit langem um eine so genannte Opferrente kämpfen und physische und psychische Haftfolgeschäden von Versorgungsämtern oft nicht anerkannt werden. Während viele Frauen, die als blutjunge Mädchen nach bittersten Entwürdigungen ohne jedes Urteil zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt wurden, dafür zu meist keine Entschädigung erhalten haben, wird dieses Gesetz dazu beitragen, ihre früheren Peiniger finanziell weiter zu stärken. Wir sind zutiefst bestürzt über Gerichte, die in ihren Urteilen eine uns völlig unverständliche Sanftmut gegen Angehörige eines Unterdrückungsapparates zeigen, die Andersdenkende in unendliches Leid stürzten, viele sogar in den Tod trieben, nur weil sie sich nach den zwölf Jahren der verbrecherischen Nazi-Diktatur gegen eine neue Diktatur gewandt haben.«*

Ich stelle diese Stellungnahme an den Anfang meines Beitrages hier als ein Beispiel dafür, dass eben die juristische Aufarbeitung nach Meinung wohl aller Opfer des Kommunismus nur unvollständig gelungen ist, vielleicht muss man sogar von einem Scheitern sprechen.

Herr Dr. Neubert hat gestern sehr richtig gesagt, das Justizsystem habe nach und nach die Ergebnisse der friedlichen Revolution von 1989 aufgeweicht. Statt den Terrorapparat der DDR so zu behandeln, wie ein Gericht Terror gegen politisch anders Denkende und anders Handelnde zu ahnden hat, wurde er vom ersten Tag der Wiedervereinigung an mit einer Milde behandelt, deren Folgen wir heute zu tragen haben. Konrad Weiß, wohl einer der bekanntesten Bürgerrechtler, hat vor Jahren bereits in Dresden gesagt: *»Wir sind viel zu nachsichtig mit ihnen. Wir waren großmütig und barmherzig zu den verdorbenen Greisen, die unser Land in das Verderben getrieben haben, zu den Stasiknechten und Handlangern der SED, zu den Nutznießern des Mangels.«* Und Weiß weiter: *»Ich will mich an meine Angst*

erinnern, damit ich nicht nachsichtig werde mit denen, die sich demokratische Sozialisten nannten und nennen. Ich will sie an ihren Taten erkennen, nicht an ihren Worten.»

Ja, Nachsicht und Großmut gegenüber Menschen, die in ihrem Handeln alles andere als Nachsicht und Großmut kannten.

Erinnert sei nur daran, dass der erste Mann des DDR-Terrorapparates, dass Erich Mielke nicht etwa wegen der unter seinem Kommando geübten Schandtaten zu Zeiten der DDR am 26. Oktober 1993 vom Berliner Landgericht verurteilt wurde, sondern wegen zweier vollendeter Morde im Jahr 1931 in Berlin am Bülow-Platz, denen die Polizeihauptleute Link und Anlauf zum Opfer gefallen waren. Mielke entzog sich damals der Gerichtsbarkeit durch schnelle Flucht nach Moskau. Alle anderen gegen ihn erhobenen Anklagen – Todesschüsse an der Mauer, Unterstützung von RAF-Terroristen und so weiter – wurden 1998 eingestellt. Er wurde 1993 zu sechs Jahren Haft verurteilt, kam 1995 nach knapp zwei Jahren schon wieder in Freiheit und konnte sich noch fünf Jahre lang demokratischer Unbehelligtheit erfreuen, bevor er als 92-jähriger im Jahr 2000 starb.

Ja, die Gerichte des vereinten Deutschlands übten sich in Milde. Nur eine Handvoll Verurteilungen stehen den unzähligen Menschenrechtsverletzungen in der DDR gegenüber. Und sie beinhalten sämtlich nur kurze Freiheitsstrafen, zumeist auf Bewährung noch oder als eine Art Gefängnis-Nacht-Asyl, wie man es dem letzten Staatsratsvorsitzenden angedeihen ließ.

Es ist ja richtig, dass die physische und psychische Gewalt, die die DDR gegen ihre Feinde richtete, in ihrer Brutalität nicht vergleichbar war mit der von der Sowjetunion ausgeübten. Dennoch war sie reich an Menschenrechtsverletzungen jeder Art.

Reich an Folter und Entwürdigung.

Reich auch an Morden.

Oder soll man etwa zu den Todesschüssen an den Grenzanlagen nicht Mord sagen? Die Angehörigen des MfS fühlten sich stets als Tschekisten, was für sie ein Ehrenname war. So wie die Tscheka, die sich zuletzt KGB nannte, sahen sie sich

als Schild und Schwert der Partei und kannten für ihre Gegner keine Gnade. In Deutschland ist das leider nie in solcher Klarheit erkannt und ausgesprochen wurden.

In anderen Ländern wohl.

Anfang dieses Jahres hat die parlamentarische Versammlung des Europarates in der EntschlieÙung 1481, die seltsamerweise in unseren Medien kaum veröffentlicht wurde, unter anderem festgestellt: Die totalitären kommunistischen Regime, die im letzten Jahrhundert in Mittel- und Osteuropa herrschten und in mehreren Staaten der Welt noch immer an der Macht sind, waren ausnahmslos durch schwere Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet. Die Verletzungen unterschieden sich je nach Kultur, Land und geschichtlicher Epoche. Sie umfassten Morde an und Hinrichtungen von einzelnen Personen und großen Menschengruppen, Tod in Konzentrationslagern, Verhungern, Deportationen, Folter, Sklavenarbeit und andere Formen physischen Massenterrors.

Und im Punkt 5 dieser EntschlieÙung heiÙt es: Auf den Sturz der totalitären kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa folgte nicht wie in anderen Fällen eine internationale Untersuchung der von ihnen begangenen Verbrechen. Darüber hinaus sind die Urheber dieser Verbrechen von der internationalen Gemeinschaft nicht, wie es nach den durch den Nationalsozialismus begangenen schrecklichen Verbrechen der Fall war, vor Gericht gestellt worden.

Wie schrecklich waren denn nun diese Verbrechen der Kommunisten? Bereits wenige Wochen vor der eben von mir genannten EntschlieÙung wurden in einem Report der parlamentarischen Versammlung folgende Opferzahlen in den kommunistisch beherrschten Staaten aufgelistet:

Geschätzte Opferzahlen, wohlgemerkt!

Sowjetunion – 20 Millionen, China – 65 Millionen, Vietnam – 1 Million, Nordkorea – 2 Millionen, Kambodscha – 2 Millionen, Osteuropa – 1 Million, Lateinamerika – 150.000, Afrika – 1,7 Millionen, Afghanistan – 1,5 Millionen; Gesamtzahl 94.350.000! Vierundneunzig Millionen dreihundertfünzigtausend! Diesen nackten Zahlen gilt es, noch eine Losung der Roten Khmer in Kambodscha anzufügen: Lieber erschieÙen wir zehn Freunde, als dass wir einen Feind am Leben lassen.

Wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren, mir also Recht geben, dann beantwortet sich auch die Frage, warum, bezogen auf die juristischen Aspekte, die Aufarbeitung für uns so unbefriedigend ist, warum viele von uns sie als gescheitert ansehen.

Bleibt die Suche nach den Gründen.

Da ist erstens die auf uns lastende drückende Schuld der Naziverbrechen. Sie beansprucht unser Bewusstsein so stark, dass daneben kaum noch Raum ist, einer anderen verbrecherischen Ideologie die Aufmerksamkeit zu schenken, die ihr gebührt.

Da ist zweitens die Anfälligkeit so genannter Intellektueller für sozialistische und kommunistische Ideologien ein weiterer Grund. Sie übten und üben noch immer eine seltsame Anziehungskraft gerade auf Künstler, Schriftsteller, Maler, Musiker und so weiter aus, auf die kreativen Geister eben. Es ist wie Opium für Intellektuelle, wie Reimund Aron es in seinem 1954 erschienenen Buch »Sucht nach Weltanschauung« nannte. Das muss seine Gründe haben. Uns Menschen innewohnt die ewige Sehnsucht nach der heilen Welt, nach dem Paradies schon auf Erden. Diese Sehnsucht ist ja auch Inhalt aller Religionen. Und der Kommunismus wäre eben nicht der Kommunismus, würde er sich nicht ihrer Verführungskraft bedienen. Also verspricht er, Anwalt der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu sein und alle Schattenseiten der bürgerlichen Welt beseitigen zu wollen. Diese Schattenseiten aber zu leugnen, dass kann selbst den überzeugten Verfechtern einer demokratischen Ordnung nicht einfallen. Die Unvollkommenheit unserer Welt, die Unvollkommenheit unserer Gesellschaft also, sie macht es den Demagogen so leicht, gerade unter Intellektuellen immer wieder Anhänger zu finden.

Schließlich ist drittens ein weiterer Grund, dass auch in den Führungsgremien der demokratischen deutschen Parteien eine seltsame Ahnungslosigkeit von den Zuständen in der früheren DDR herrschte und, ich vermute, immer noch herrscht. Helmut Kohl wird mit Recht als Kanzler der Einheit gefeiert, doch suchte er nach dem Mauerfall nur den Kontakt zu Bürgerrechtlern, die zu einem Teil ja noch gegen die Einheit waren, die von einer reformierbaren DDR träumten. Gespräche mit Widerständlern der ersten Stunde, mit Frauen und Männern, die wegen ihrer antikommunistischen Haltung und ihrer Taten schon in den 40er und 50er Jahren von der SBZ / DDR dem sowjetischem Geheimdienst ausgeliefert wurden und in die Strafregionen des sowjetischen Gulag verschwanden oder in das gelbe Elend

von Bautzen oder nach Hoheneck, fanden nicht statt. Diesen Kontakt hat er nie gesucht. Er wurde nicht einmal gesucht von den Sozialdemokraten, die ja viele ihrer Genossinnen und Genossen damals in diesen kommunistischen Lagern und Haftanstalten verloren haben.

Vierter und letzter Grund, den ich hier noch nennen möchte, ist die von manchen Historikern vertretene These von der Sonderrolle der DDR innerhalb der kommunistischen Staaten. Ihr von diesen Wissenschaftlern so gesehener subtiler Terror gegen ihre Feinde führt sie zu einer nachsichtigen Beurteilung, manchmal sogar zu der ungeheuerlichen Behauptung, die DDR sei der im Ansatz ja bessere deutsche Staat gewesen. Manche meinen gar, das System der DDR sei auf dem Weg gewesen, sich zu liberalisieren. Ich erinnere mich mancher Berichte von namhaften Journalisten in ebenso namhaften Medien, die nach Einladungsreisen in die DDR gar nicht genug schwärmen konnten von den Lebensverhältnissen der Menschen dort, von den Fortschritten dieses Staatswesens. Unter Liberalität verstand man im Westen zum Teil sogar das schändliche Verkaufen von Häftlingen an die Bundesrepublik, um auf diese Art den maroden DDR-Haushalt aufzubessern. Soviel also zu den von mir so gesehenen juristischen Aspekten der Aufarbeitung sowie den dafür verantwortlichen Gründen.

Erhebt sich die Frage, welche Folgen das alles für uns heute hat. Diese Folgen sind selbst für den politisch Naiven nicht zu übersehen. Die alten Kader der DDR-Tschekisten fühlen sich inzwischen so sicher, dass sie ihr anfänglich vereinzelter Leugnen des von ihnen ausgeübten Terrors längst aufgegeben haben, um statt dessen, beinahe militärisch formiert, in Veranstaltungen aufzutreten.

Die Teilnahme von zweihundert hohen Stasioffizieren, angeführt von zwei ehemaligen Stellvertretern Mielkes, an der Bezirksverordnetenversammlung am 14. März in Lichtenberg ist nur einer von vielen Belegen dafür. Mehr noch, sie leugnen die eigenen Taten nicht nur, sie verhöhnern ihre ehemaligen Opfer als Lügner. Sie bezeichnen die Gedenkstätte Hohenschönhausen als Gruselkabinett, sie schreiben Kultusminister an, warnen vor Schulklassenbesuchen in dieser Gedenkstätte, weil die Schüler dort nicht die Wahrheit erfahren würden. Sie wollen auf den Gedenktafeln vor der Gedenkstätte die Bezeichnung »DDR-Diktatur« nicht. Sie haben sich in Vereinigungen zusammengeschlossen, die manchmal so trügerisch harmlose Namen wie »Arbeitslosenverband Deutschland« führen, aber auch »Initiativgruppe Kundschafter des Friedens«. Letztere wurde anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens im Jahr 2005 von der Zeitung »Junge Welt« als »exklu-

sivster Verein Deutschlands« gefeiert. Den DDR-Kundschaftern wurde bescheinigt, sie hätten ausschließlich aus humanistisch-politischer Überzeugung gehandelt, derweil Spione des Bundesnachrichtendienstes in der Regel entweder erpresst oder mit Geld geködert würden.

Dass gerade in den letzten Tagen der Generalsekretär des Internationalen Sachsenhausen-Komitees, der Herr Hans Rentmeister, als hauptamtlicher Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes entlarvt wurde, setzt dem allen die Krone auf. Es ist derselbe Herr Rentmeister, der Brandenburgs Innenminister Schönbohm so kritisiert hatte, weil dieser bei der Gedenkfeier für die Befreiung des KZ Sachsenhausen 1945 auch an die unschuldigen Frauen und Männer erinnerte, die danach bis 1950 dort einsaßen.

Ebenfalls erst vor wenigen Tagen hat uns Opfern der uns beispielhaft verbundene Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen und Historiker Dr. Hubertus Knabe auf die geplante Neuorganisation des DDR-Gedenkens aufmerksam gemacht. Eine noch von der rot-grünen Regierung eingesetzte Expertenkommission will am kommenden Montag ihre Vorschläge vor der Presse vorstellen. Doch nach allem, was aus der Kommission bisher bekannt geworden ist, wecken sie nicht nur bei Herrn Dr. Knabe höchste Befürchtungen, sondern auch bei uns.

Es ließen sich also Legionen von Folgen aufzählen, die alle letztlich auf der milden juristischen Verhaltensweise bei der Aufarbeitung beruhen. Nennen wir nur noch eine: Ich hatte zu Anfang über die Entschließung der parlamentarischen Versammlung des Europarates berichtet, in der dem Kommunismus ausnahmslos Menschenrechtsverletzungen jeder Art bescheinigt wurden. Der Parteivorstand der PDS wertete dies in einer Erklärung als einen Versuch, Kommunismus und Faschismus auf eine Stufe zu stellen sowie als Versuch, eine anti-kommunistische Kampagne in Europa zu initiieren. Und dann werden in dieser Erklärung der PDS die Fakten einfach umgedreht. Statt Terror in der DDR seien in der Bundesrepublik über 300.000 Bürgerinnen und Bürger der damaligen Bundesrepublik mit Ermittlungsverfahren überzogen worden, 230.000 seien angeklagt und davon 3.000 verurteilt worden. Berufsverbote hätten zur Vernichtung tausender beruflicher Existenzen geführt und eine Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges stehe bis heute aus.

Manchmal sagt man unter uns: »Freiheit siegt!«

Wir Opfer und ehemaligen Widerständler gegen die kommunistische Ideologie, haben wir denn überhaupt eine Chance, gegen diesen verheerenden Zeitgeist anzugehen?

Haben wir eine Chance, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Gefahr für unseren demokratischen Staat nicht nur von der rechtsextremen Seite her kommt, sondern auch von der linksextremen? Dass sie von dort eventuell sogar noch größer ist?

Wir Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft meinen, in dieser Frage von der Justiz und auch von vielen Politikern allein gelassen worden zu sein. Wie anders lässt es sich erklären, dass zu Recht, wohlgemerkt zu Recht, Symbole der Nazi-Partei verboten sind, das Leugnen ihrer Verbrechen von den Gerichten verfolgt wird, derweil die kommunistischen Zeichen und Fahnen frei und offen gezeigt werden dürfen, man sie auf jedem Trödelmarkt kaufen kann. Dass die Verbrechen der Kommunisten geleugnet werden dürfen, das haben wir in den letzten Tagen immer wieder erlebt.

Wir müssen also versuchen, uns selbst zu helfen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, dass wir uns untereinander nicht befehlen. Es ist für mich als dem Vorsitzenden der UOKG unverständlich, wie wir immer wieder, selbst aus den eigenen Reihen heraus, wie ich meine völlig zu Unrecht kritisiert werden, dass diese Kritik sogar in die Reihen von Bundestagspolitikern hineingetragen wird. Ich kann das nicht verstehen und ich sage das hier in aller Deutlichkeit. Ich werde das auch in Zukunft nicht länger widerspruchslos hinnehmen. Wir haben in unserer letzten Versammlung vor wenigen Wochen an alle appelliert, alte Streitigkeiten zu vergessen, sich der Zukunft zuzuwenden. Und wenn wir Streitfragen haben, diese intern untereinander zu klären, in aller Fairness, und so, dass wir uns gegenseitig in die Augen schauen können. Leider ist dem nicht entsprochen worden. Es sind sofort danach wieder neue Kritiken und Angriffe gegen uns gekommen.

Also: Die Gemeinsamkeit, meine ich, ist die wichtigste Voraussetzung die wir haben müssen, um unseren politischen Gegnern gerecht zu werden. Und wenn ich gemeinsam sage, dann meine ich alle, die wie auch immer den kommunistischen Repressionen in der DDR ausgesetzt waren. Ich weiß, dass es unter uns Bestrebungen gibt, die nur eine politische Haft als Beleg für wirkliche Gegnerschaft oder als Widerstand sehen. Psychologisch kann ich das vielleicht sogar noch verstehen. Und dennoch ist es nicht nur falsch, sondern es schwächt uns. Es würde ja

zum Beispiel auch alle ausschließen, die illegal wirklichen Widerstand geleistet haben, also etwa Flugblätter klebten, für die KgU arbeiteten oder für andere Gruppierungen, die Berichte in den westlichen Medien schrieben und einfach nur das Glück hatten, dabei nicht erwischt zu werden. Und es schlosse natürlich auch alle diejenigen aus, die etwa wegen ihrer antikommunistischen Haltung oder ihrer Herkunft nicht studieren durften, denen die Oberschule verschlossen blieb, die berufliche Nachteile hinnehmen mussten und so weiter. Zu uns, zu den Opfern des Kommunismus gehören alle, alle die sich gegen Diktatur und Terror wandten.

Das ist es, was uns verbindet. Wir haben alle gegen eine verbrecherische und menschenverachtende Herrschaft gekämpft. Lasst uns darauf stolz sein. Lasst uns durch Gemeinsamkeit und Geschlossenheit zu einem wirklich ernsthaften Gegner für diejenigen werden, die sich unserer demokratischen Freiheiten bedienen, nur um sie eines Tages liquidieren zu können.

Ich danke Ihnen.

Antwort auf Diskussionsbeiträge

Liebe Kameradinnen und Kameraden, Meine Damen und Herren, ich kann eigentlich auf diese in der Diskussion gestellten Beiträge und Fragen nur emotional antworten. Die juristischen Antworten, die sind bereits gegeben worden. Ob zur Zufriedenheit oder nicht, dass muss jeder selbst für sich beurteilen. Vielleicht kann man ja in der Pause noch auf diese oder jene Frage zurückkommen.

Von Frau Sauer ist sehr zu Recht auf die Opferpension hingewiesen worden und auf die Reaktionen aus der SPD. Ich stamme aus einem alten sozialdemokratischen Haus. Mein Vater ist als Sozialdemokrat 1942 im KZ Sachsenhausen umgekommen. Ich denke, er würde sich heute im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, was aus seiner Partei geworden ist. Mir tut es in der Seele weh, wenn ich sehe, was aus der Partei, die ich immer gewählt habe, was aus der Partei geworden ist und wie sie sich heute mit denen verbündet, die ihr selbst mit den größten Schaden zugefügt haben. Soweit also zur SPD.

Ein anderer Kamerad hat von der Werteordnung der Bundesrepublik Deutschland gesprochen, die nach seiner Meinung ein Opfer der Einheit geworden ist. Nun wollen wir mal ehrlich sein. Diese Werteordnung der Bundesrepublik ist schon früher oft torpediert worden. Sie ist torpediert worden von Herrn Lafontaine, der ja diesen klassischen Spruch gesagt hat, wonach man mit diesen Werten, die bei

uns von vielen hochgehalten werden, auch ein KZ führen könne. Und sie sind vor allen Dingen in Frage gestellt und gebrochen worden von den 68ern, wobei ich da auch wirklich unterscheiden will. Es gibt sicherlich bei den 68ern und bei den Grünen sehr viele Leute, die wirklich ehrlich an Dinge herangegangen sind, die Vorschläge für Veränderungen und Verbesserungen gemacht haben für Angelegenheiten, die in der Bundesrepublik verbesserungswürdig gewesen sind. Wie wir also mit dem Umweltschutz zum Beispiel umgegangen sind und auch heute noch umgehen, das ist schon schändlich! In der Beziehung haben sie also viel Gutes erreicht. Aber, sie haben ihre Unschuld verloren, als sich ihre politischen Führer als Ideologen demaskiert haben und auch noch von den DDR-Oberen unterstützt worden sind. Alle ihre Aktionen, die sie gestartet haben in der Bundesrepublik, die haben ja eine Menge Geld gekostet. Ein Taxifahrer aber, der später Außenminister wurde, hatte bestimmt nicht das Geld, dies zu finanzieren. Dies ist finanziert worden von der Deutschen Demokratischen Republik. Nur so konnten sie ihre Angriffe auf die Werteordnung der Bundesrepublik Deutschland überhaupt starten.

Ich würde gerne noch ein paar Worte verlieren über die juristische Behandlung der deportierten Frauen. Ich meine diese jungen Mädchen und Frauen, die in den letzten Wochen des Krieges und unmittelbar danach unter wirklich schlimmsten Entwürdigungen, die eine Frau überhaupt nur erleben kann, noch für Jahre in die Sowjetunion verschleppt wurden. Zur Zwangsarbeit! Sie haben in Bergwerken gearbeitet. Sie haben in Steinbrüchen gearbeitet. Sie haben Holz gefällt. Also schwerste Arbeit. Und nur, weil kein offizielles Urteil irgendeiner Gerichtsbarkeit diese Frauen zu dieser Zwangsarbeit gezwungen hat, nur deshalb sind sie bei uns, also in der früheren Bundesrepublik, von allen Rehabilitierungen und offiziellen Entschädigungen ausgeschlossen gewesen und können bis heute kaum daran teilhaben. Es ist schon eine Schande, dass man das überhaupt sagen muss.

Es ist eine Schande, dass wir als Opferorganisation für andere Opfer sammeln mussten. Wir haben immerhin 70.000 Euro zusammen bekommen und haben das Geld an eine ganze Reihe von Frauen, die in bitterer Not leben, verteilen können.

Es interessiert Sie vielleicht, dass wir auch jeden einzelnen Bundestagsabgeordneten gebeten haben, sich an dieser Sammlung zu beteiligen und nicht ein einziger Bundestagsabgeordneter hat auch nur einen Euro dafür gegeben.

Zum Schluss bleibt mir, noch einmal an unseren Willen zur Gemeinsamkeit zu appellieren, von dem bereits Herr Zahn und andere gesprochen haben. Wir werden, da gebe ich Herrn Dobrinski Recht, wir werden also eine juristische Auf-

arbeitung wahrscheinlich nicht mehr zu unserer Zufriedenheit erfahren. Das einzige, was uns bleibt, ist in unserer Geschlossenheit gemeinsam aufzutreten gegen den Gegner, den wir alle kennen, gegen den wir unser Leben eingesetzt haben. Viele von uns haben ihr Leben dabei verloren. Allein denen schon sind wir es schuldig, uns nicht zu zerstreiten, sondern gemeinsam, Schulter an Schulter zu stehen.

Ich danke Ihnen.

DEUTSCHLAND

PSYCHOSOZIALE ASPEKTE DER AUFARBEITUNG

DEUTSCHLAND

»DAS UNHEIMLICHE IN UNS« – PSYCHISCHE SPÄTFOLGEN BEI POLITISCH VERFOLGTEN IN DER DDR-DIKTATUR Stefan Trobisch-Lütge

Meine Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich sehr, dass ich hier bei Ihnen sein darf und Ihnen aus meiner Warte ein paar Aspekte vorstellen darf. Nach den »harten« Diskursen, die hier bisher abgehandelt wurden, sprich den juristischen und politischen Diskursen, kommen wir jetzt eher zu einem vermeintlich etwas weicheren Diskurs. Es geht um den psychosozialen Bereich. Das erkennen Sie auch schon daran, dass die beiden Referenten ihre Krawatten abgelegt haben, so sie überhaupt welche mit hatten.

OK! Es geht also um eher emotionale Themen. Und ich möchte an einem Gefühl entlang etwas entwickeln und hoffe, dass ich die Stimmung, die ich bisher von dem gestrigen Abend bis heute hier auf diesen Kongress einfangen durfte, da auch ein bisschen mit hineineinbringen kann. Den Vortrag, den ich für Sie halten möchte, habe ich betitelt mit »Das Unheimliche in uns« – Psychische Spätfolgen bei politisch Verfolgten in der DDR-Diktatur.

Über eineinhalb Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung sind die schweren Folgen seelischer Zerstörung in der ehemaligen DDR, produziert durch Zersetzung, Verfolgung und Haft, noch immer sichtbar und behaupten sich mit großer Hartnäckigkeit – trotz vieler Versuche der Linderung.

Wir wissen das in der Beratungsstelle »Gegenwind«, wir haben sehr viele Menschen kennen gelernt, die Schweres in der DDR erlebt haben, und wir müssen sagen und sagen es nicht gerne, dass man häufig von chronifizierten Krankheitsverläufen ausgehen muss. Ein Großteil der Betroffenen sieht sich heute immer noch einer besonders erschwerten Form der posttraumatischen Verarbeitung, der Folgen schwerer Traumatisierungen ausgesetzt.

Welche Gründe könnten dafür verantwortlich sein? Nebenbei gesagt, posttraumatische Verarbeitung heißt nicht, dass es hier nur um die berühmt-berüchtigte posttraumatische Belastungsstörung gehen müsse. Die Folgen der Verfolgung in der ehemaligen DDR sind mannigfaltig, es ist beileibe nicht nur die posttraumatische Belastungsstörung, mit der wir es zu tun haben, sondern es können auch Depressionen sein, Angsterkrankungen, Persönlichkeitsstörungen, dabei vor allem die Persönlichkeitsänderung nach Extrembelastungen.

Auf der subjektiven Ebene der Betroffenen zeigt sich häufig ein hohes Misstrauenspotenzial verbunden mit sozialem Rückzug. Die Schilderungen der Betroffenen verdichten sich, so ist unser Eindruck, in einem Gefühl, noch immer benachteiligt, verraten und verfolgt zu werden. Und dies mit durchaus realen Wurzeln.

Bezogen auf die gesellschaftliche Bewertung der seelischen Folgeschäden der Ex-DDR, haben wir es mit einer Art psychologischem – ich würde es mal IKEA-Phänomen nennen – zu tun. Ich beziehe mich dabei vor allem auf die leicht verständlichen und dafür berühmt gewordenen Anleitungen zum Möbelzusammenbau. Traumatisierte der DDR-Diktatur sehen sich mit dem Anspruch einer doch angeblich einfachen Überwindung ihrer traumatischen Erfahrung konfrontiert – ähnlich einer simplen Anleitung zum Zusammenbau eines Möbelstückes. Wie im Selbstbau müsse es doch möglich sein, mit dem Vergangenen fertig zu werden. Ratschläge wie, *»denk doch einfach nicht mehr dran«, »versuch es zu vergessen ...«* sprechen in ihrer Schlichtheit für eine gewisse Ratlosigkeit.

Warum leidet ihr noch immer an den Erlebnissen, die doch schon so lange her sind und die doch so schlimm gar nicht gewesen sein können? Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auch auf vermeintlich schwerere Traumatisierungen. Sie wissen, wir sind gerade im Zeitalter des Traumas. Die Psychologie kennt verschiedene Modebewegungen. Wir befinden uns gerade in der Modezeit des »Traumas«.

Es wird sehr viel über Traumata gesprochen. Das hat Vorteile, hat aber auch Nachteile. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges werden erwähnt. Vietnam! Die menschenverachtenden Vorgänge im Irak. Die Folgen schwerer Naturkatastrophen oder Geiselnahmen. All das sind ebenfalls schwere Traumatisierungen, die Menschen zugefügt wurden oder noch zugefügt werden. Teils werden Traumatisierungen durch Naturkatastrophen, teils durch zielgerichtete Traumatisierungen von Menschen an Menschen, sogenannte »man-made-Disaster« hervorgerufen.

Hierbei geht es um eine wichtige Unterscheidung. Ich möchte den Begriff des Traumas, obwohl das eigentlich sehr wichtig ist, hier nicht weiter ausführen, möchte nur so viel sagen, wir müssen in gewisser Weise dafür dankbar sein, dass traumatische Prozesse bis heute in dem Maße erforscht worden sind. Erst seit den 80er Jahren gibt es überhaupt die Beschäftigung mit so genannten traumatischen Folgeerkrankungen. Vorher war das gar nicht im entsprechenden Katalog der psychischen Erkrankungen vorgesehen. Das heißt, Sie hätten vorher auch gar keinen Anspruch auf eine Versorgungsleistung gehabt, weil die entsprechende Diagnose gefehlt hätte.

Immer wieder wird aber in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, ob Menschen die nach Verfolgungs- und Gewalterfahrungen gezeichnet, wirklich seelisch oder körperlich krank sind – oder ob sie sich ihr Leiden vielleicht auch nur einbilden, motiviert durch mögliche Rentenzahlungen und Versorgungsleistungen. Der Haftpflichtgedanke – wie sie vielleicht wissen – ist ja mit dem Beginn der Industrialisierung in England entstanden, genauer gesagt, könnte man sagen, mit der Erfindung oder dem Einsatz der Eisenbahn. Denn mit der Industrialisierung und mit dem Einsetzen von öffentlichen Verkehrsmitteln und entsprechenden Industriearbeiten nahmen auch Unfälle zu. Kaum war die erste Bahn gefahren, gab es auch schon den ersten Unfall und es gab dann recht bald Versuche zu klären, was passiert, wenn Menschen nach so einem Unfall sich irgendwie anders verhielten, heute würden wir sagen, traumatisiert waren.

Gemeint ist, dass viele nach solchen Erfahrungen zittern, übererregt sind, sich schnell aufregen, aufbrausend sind und so weiter. Und es gab verschiedene und es gibt verschiedene Herleitungsmöglichkeiten. Ich sage es ganz kurz. Es gibt die so genannte Erklärung der »durchgeschüttelten Wirbelsäule«. Die Somatogenese. Also, dass man sagte, psychische traumatische Schäden rühren aus einer somatischen, körperlich bezogenen Erschütterung der Wirbelsäule hervor. Das war der eine Erklärungsversuch. Der zweite, von Oppenheim stammend, besagte: Nein es ist so, wenn die Leute hinterher so einen komischen Schockzustand haben, ist es eher so, dass es mit dem Gehirn etwas zu tun haben muss. Das hat den Begriff des railway-brains geprägt. Es muss doch irgendwie etwas Seelisches sein, also psychogenetisch. Und dann, ich will es nicht verschweigen, gab es, seit es den Haftpflichtgedanken gibt, immer die dritte Denktradition, dass es sich um Simulanten handelt. Das hat sich auch in der ersten Reichsversicherungsordnung nach dem Ersten Weltkrieg niedergeschlagen, wo nämlich drin stand, dass, sobald jemand

etwas von einem Trauma oder Unfall, also nach einem Kriegsschaden hat, etwa in Form einer Abfindung, dass es dann zwangsläufig ist, dass dies der Grund für seine persistierende Symptomatik ist.

Ja, also Sie merken schon, wie da das Pferd aufgezäumt wurde. Aber kommen wir zurück zur Verarbeitung des Traumas. Es gibt neben individuellen, subjektiven auch so genannte objektive Faktoren. Die individuellen und subjektiven Faktoren möchte ich heute mal vernachlässigen. Kurz gesagt ist natürlich ein subjektiver Risikofaktor, gerade was Haft Erfahrungen in der ehemaligen DDR angeht, das unerwartete Eintreten des Ereignisses, sowie der geringe Grad der eigenen Kontrolle über das Geschehen. Natürlich auch etwas, was man als Ausbleiben von fremder Hilfe bezeichnen kann. Individuelle Risikofaktoren sind jugendliches oder hohes Alter zum Zeitpunkt der Inhaftierung und so weiter.

Die objektiven Risikofaktoren, ganz kurz zusammengefasst, liegen in der Art, Intensität und Dauer des traumatischen Ereignisses, wobei man sagen muss, dass auch kurze Inhaftierungen mit entsprechenden Übergriffen, mit psychischen Zersetzungsmaßnahmen, körperlichen Übergriffen und so weiter zu schweren psychischen Folgen geführt haben.

Aber man muss gerade bei diesen objektiven Risikofaktoren auch sagen, dass zum Beispiel das ständig wieder erinnert werden an das Geschehen ein Risikofaktor ist. Das so genannte »getriggert« werden. Die Problematik des Zusammenlebens mit den ehemaligen Tätern nach der Wiedervereinigung ist ein großes Problem in der Aufarbeitung der psychischen Folgen dieser Zeit ist.

An dieser Stelle, gerade wenn es um die posttraumatische Situation geht, soll auf einen sehr problematischen Sachverhalt kurz eingegangen werden. Wir hatten über den Haftpflichtgedanken gesprochen. Aus der Logik der Geber von Versorgungsleistungen ist eine Gesundung gleichzeitig mit dem Ende von Ausgleichszahlungen verbunden. Über dieses Dilemma hinaus, eigentlich nicht gesund werden zu dürfen, um nicht den Anspruch auf eine Entschädigungszahlung für erlittenes Unrecht zu verlieren, spüren viele der noch immer verängstigt und beunruhigt wirkenden Menschen fast seismographisch auch gesellschaftliche Formen von Nichtachtung und Entwertung. Das bekommen wir in unserer Beratungsstelle sehr, sehr deutlich mit.

Angst macht, dass alle zu glauben scheinen, dass sich DDR-Vergangenheit leicht bewältigen lassen müsste. So schlimm könne es zudem in der DDR wohl nicht gewesen sein. Immerhin sehnten sich doch viele nach der alten Zeit. Noch schlimmer ist – niemanden scheint es zu stören, dass kräftig – Stichwort »Ostalgie« – verharmlost wird. Es werden sogar Stimmen laut, nicht nur von ein paar Kleingärtnern aus Hohenschönhausen und Lichtenberg, die sagen, die Geschichte sei ganz anders verlaufen als wir bisher eigentlich angenommen haben. Beobachtet wird ein schleichender Prozess des Vergessens, eine Art »Umwidmung« dessen, was man glaubte sicher zu wissen. Es stellt sich die Frage. Wer hat die Macht zu sagen, was war, war und ist? Was macht das nun psychisch mit verfolgten und traumatisierten Menschen? Dieses Klima! Von den Betroffenen wird ein, häufig schwer fassbarer, Eindruck beschrieben, der mit der Vokabel unheimlich belegt wird.

Das »Nichtfassbare« oder auch »Unheimliche« wird vordergründig an gesellschaftlichen Prozessen, an Gefühlen der Benachteiligung oder erlebter offener Ablehnung von Teilen der Gesellschaft im Umgang mit den Opfern der DDR-Diktatur festgemacht.

Wie die Psychoanalyse, genauer gesagt ihr Erfinder Freud, der gerade 150 Jahre alt geworden ist, beschreibt, geht der Begriff des Unheimlichen jedoch weit über diese Vordergründigkeit hinaus. Und zeigt indirekt doch, wie verbunden innere psychische Prozesse und äußere Vorgänge sind und wie sie ineinander greifen können. Oftmals mit fatalen Folgen für den Einzelnen. Diese Beobachtungen lassen sich in hohem Maße in der psychischen Situation politisch Verfolgter aus der ehemaligen DDR wieder finden. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang – auch wenn ich nur noch acht Minuten Zeit habe – auf Freuds Spuren, ein wenig in die Epoche der Romantik abzuschweifen, in die Welt des »Unheimlichen«, um eine mögliche Erklärung für unser heutiges Gefühl des Unheimlichseins zu finden. Freud selbst war bei seiner Schrift über das Unheimliche von der Novelle E. T. A. Hoffmanns »Der Sandmann«, dem ersten Werk aus dem Zyklus der Nachtstücke ausgegangen:

Dort setzt sich der Student Nathanael mit den Ängsten aus seiner Kindheit und den Gefahren der Gegenwart auseinander. Die Figur Coppelius aus einem Kindheits-Albtraum, der Sandmann, der die Augen der Schlafenden raubt und der Nathanael seit dem gewaltsamen Tod seines Vaters begleitet, taucht in der Gestalt des Linsenschleifers Coppola wieder auf. Dieser verführt ihn, anders zu sehen mit der Hilfe von Spalanzanis mechanischem Menschen Olimpia. Nathanaels psychische

Verdüsterung besteht darin anzunehmen, dass der sich frei wähnende Mensch nur »dunklen Mächten zum grausamen Spiel dient«. Sein Leiden endet schließlich mit einem Sprung von einem Turm.

Hoffmann war einer der bedeutendsten Autoren der Romantik und ist auch heute noch für seine Kunstmärchen bekannt. Oft zeigt er in seinen Geschichten »Menschen im Einflussbereich dunkler Mächte«. Wie es bei Romantikern üblich war, versuchte auch Hoffmann eine Welt zu erschaffen, in der Dinge möglich sind, die normalerweise unvorstellbar wären. Es ist bis zum Ende des Buches unklar, ob Nathanael unter Wahnvorstellungen leidet, oder ob Coppelius und/oder Coppola ihn mit raffinierten Tricks zu einem Selbstmord treiben.

In seinem 1919 veröffentlichten Aufsatz über das Unheimliche versucht Freud sich dem Gegenstand über eine sprachliche Analyse zu nähern. Er bemerkt, dass das »Unheimliche« nicht immer in einem scharf umgrenzten Sinne gebraucht wird, jedoch immer mit etwas Angsterregendem zusammenfällt. Das Ergebnis seiner sprachlichen Untersuchung ist, dass das »Unheimliche« jene Art des Schreckhaften sei, welches auf das Altbekannte, Längstvertraute zurückgeht. Unheimlich sei vorgeblich der Gegensatz zu heimlich, heimisch, vertraut. Vieles Neuartige sei leicht schreckhaft und unheimlich, durchaus aber nicht alles. Oberflächlich betrachtet wäre das Unheimliche dasjenige, in dem man sich nicht auskenne. *»Unheimlich ist alles, was ein Geheimnis, im Verborgenen bleiben sollte, und hervorgetreten ist.«*

Ausgehend von Hoffmanns Erzählung »Der Sandmann«, deutet Freud das »Unheimliche« als infantil Verdrängtes. Dieses Unheimliche ist nichts Neues oder Fremdes. Sondern etwas aus dem Seelenlebens von Alters her vertrautes, dass eben nur durch den Prozess der Verdrängung entfremdet wurde.

Jetzt verschone ich sie im Weiteren mit psychoanalytischen Klugheiten. Jetzt geht es mal eher in die Richtung, was hat das eben Gesagte mit unserem Thema zu tun.

Danach haftet das Unheimliche direkt der Person des Sandmannes, vor allem an der Vorstellung, der Augen beraubt zu werden, an. Übertragen gesprochen geht es darum, wie die eigenen Wahrnehmungsgewohnheiten außer Kraft gesetzt werden, fremden Mächten ausgeliefert zu sein, ein Teil in einem undurchschaubaren Spiel zu sein. Nathanael verliert die Fähigkeiten unterscheiden zu können und findet schließlich nur noch den Ausweg in der Selbsttötung.

Auch für die heimliche, versteckt in ihren Konturen, nicht in Gänze wahrzunehmende Organisation der Stasi war der fremde beobachtende Blick mit dem Ziel der Verformung des eigenen Sehens und Denkens charakteristisch. Die Stasi legte es ja zum einen in ihren Zersetzungsmaßnahmen darauf an, mit perfide geplanter Halbheimlichkeit dafür zu sorgen, dass sich der Glaube an die Verlässlichkeit in die eigenen Wahrnehmungsgewohnheiten auflöste. Berühmt geworden sind Zersetzungsmaßnahmen wie heimliche Einbrüche mit gezielter Zerstörung des Gewohnten. Zum Beispiel das Stehlen nur bunter Handtücher und das über einen längeren Zeitraum. Genügten Verwirrung und Bedrohung, Andeutungen und Erpressung nicht, wurden schärfere Formen von erzwungener Intimität gewählt – mit entsprechenden Unterwerfungsszenarien in den berüchtigten Haftanstalten. Dort wo Menschen ganz der Kontrolle der Staatssicherheit ausgeliefert waren, wurde versucht, den ausgelieferten Menschen das ihnen Eigene, das Persönliche zu nehmen. Es ging um ein Eindringen in die Persönlichkeit, um die Auflösung des Gefühls von Sicherheit und eine Minimierung von Kontrolle und Autarkie.

Freud bezeichnete diese Phänomene des Verlustes der eigenen Kontrolle als Angst zu erblinden. Man könnte auch sagen, dass so die Urangst des Menschen vor Zerstörung und Entmachtung tangiert wird. Noch viele Jahre nach ihrer Auflösung haftet der Staatssicherheit bis heute etwas prägendes, tentakelhaft Umschlingendes an. Hinter riesigen Bergen von Aktenmaterial, das jedoch in seiner Quantität den beunruhigenden Charakter dieser Organisation nicht erklären kann, meint man immer wieder vereinzelt, den zuckenden Arm eines riesigen Kalmars sehen zu können, der trotz Zerschlagung in einzelnen Teilen überlebt zu haben scheint.

Dies führt zu einem weiteren Motivs des »Unheimlichen«. Neben der Entmachtung durch den Verlust der eigenen Wahrnehmung ist ein zweites wichtiges Motiv des »Unheimlichen« im Bild des Doppelgängers oder des Schattens, genauer in den Figuren des Coppola/Coppelius zu sehen. Dieses zweite Motiv führt die Tücke und das Hintergründige eines verborgenen Spiels vor Augen. Es besteht die Gefahr der Auflösung im anderen.

Freud führt hierzu seine Ich-Theorie ins Feld. Er gibt als Beispiel das Dichterwort von »Zwei Seelen in einer Brust«. Der Doppelgänger, also der verdrängte Anteil des Ichs, wird damit zum Schreckbild. Der verdrängte Anteil des eigenen Ichs, ist der Aufbau des übermächtigen Anderen.

Alle Anteile von Kontrolle, Stärke, Überlegenheit aber auch von Destruktion, Negativem werden in den anderen verlegt. Eine Dämonisierung des Gegners und eine übermäßige Stilisierung und Perpetuierung der eigenen Opferrolle können die Folge sein. Die Gestalt des Doppelgängers mit der Gefahr der Projektion eigener verdrängter Anteile führt direkt zur Nähe von Angst, die Kontrolle zu verlieren und/oder krank zu werden. Menschen sind uns unheimlich, wenn wir ihnen böse Absichten zutrauen, also besondere Kräfte vermuten, die uns schaden könnten. Das Unheimliche des Wahnsinns hat denselben Ursprung. Der Laie sieht hier Äußerungen von Kräften vor sich, die er in jenen Menschen nicht vermutet hat, deren Regung er aber in entlegenen Winkeln seiner eigenen Persönlichkeit dunkel zu spüren vermag.

Durch den kleinen Exkurs in den Bereich des Unheimlichen ist, glaube ich, etwas deutlicher geworden, wie verständlich noch heute das Gefühl vieler in der DDR Verfolgten ist ... der eigenen Wahrnehmung nicht trauen zu können und damit auch seiner Handlungsfähigkeit beraubt zu sein. Damit sind die einst Verfolgten einer großen Gefahr ausgesetzt: Nämlich noch viele Jahre nach der akuten Gefahr übermächtige Ängste zu entwickeln und ihnen zu erliegen, weil man die eigene Stärke und das Unheimliche in sich in die Gestalt des Verfolgenden verlegt und erst damit der scheinbar übermächtige Doppelgänger entstehen kann. In Bezug auf die eigene Wahrnehmung hätte man die Perspektive eines Anderen, die Linsen des Coppola, übernommen, sieht sich mit den Augen des scheinbar verfolgenden Außen.

Was ist mein Resümee nach 18 Minuten und 20 Sekunden? Die gesellschaftlichen Bewertungsdiskurse sind im Auge zu behalten. Dabei geht es um ein weiteres Bemühen, um einen angemessenen Umgang mit der jüngsten deutschen Geschichte.

Ich finde dieser Kongress ist ein wirklich gutes Beispiel dafür, wie das gehen kann. Wie sich gezeigt hat, ist dieses Vorgehen extrem wichtig. Ebenfalls extrem wichtig für ein weiteres Verheilen der seelischen Wunden, die die letzte deutsche Diktatur hervorgebracht hat.

Für den Einzelnen, den wir als Psychologen und Psychotherapeuten im Auge haben, gilt es, die eigene Wahrnehmung immer wieder zu überprüfen, sich um ein differenzierteres Bild zu bemühen. Sowohl Rückzug aus notwendig zu führenden Auseinandersetzungen, als auch ein Zurückweichen vor der versuchten Deutungs-

übernahme durch Andere, wie gerade in Hohenschönhausen versucht wurde, sind zu vermeiden. Ebenso zu vermeiden ist aber auch ein unmäßiges Übertreiben, ein Dämonisieren gegnerischer Kräfte.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Antwort auf Diskussionsbeiträge

Ja. Ich möchte gerne auf verschiedene Äußerungen, die gemacht worden sind, eingehen. Ich fange mal mit Herrn Zahn an. Die Zeitökonomie ist tatsächlich ein Problem. Ich möchte dazu mal so ein bisschen das psychologische Feld beschreiben, in dem ich mich bewege. Es ist ja so, wir arbeiten in dieser Beratungsstelle in Berlin. Ich habe da eine halbe Stelle. Ich habe noch eine Kollegin, die hat eine dreiviertel Stelle. Eine Sozialarbeiterin. Und es ist natürlich so, da hat Herr Zahn recht: Wir können nicht jeden Einzelnen, der zu uns kommt tiefenpsychologisch oder sonst wie behandeln. Das geht nicht. Aber was sich mittlerweile getan hat, das ist ja Folgendes: Unsere Beratungsstelle dient in erster Linie denjenigen Menschen, die einen normalen – in Anführungszeichen – Therapieplatz aus bestimmten Gründen nicht haben wollen. Also die keine klassische Psychotherapie machen wollen. Weil sie sich zum Beispiel gar nicht als psychisch krank in dem Sinne empfinden, sondern eher das Gefühl haben, ich möchte einfach mal jemandem die Sachen erzählen. Und ich möchte mal von kompetenter Seite hören, was dazu gesagt wird. Beispiel eins!

Beispiel zwei: Leute, die so schwer krank sind, dass sie von einem normal niedergelassenen Psychotherapeuten, sei es jetzt ein Verhaltenstherapeut, sei es Psychoanalytiker gar nicht genommen würden. Also ganz schwere Fälle. Die sind auch bei uns.

Und natürlich der große Bereich – ich hatte es angesprochen – von Menschen, die chronische Störungen aufweisen. Die sozusagen die Kapazitäten von normaler therapeutischer Versorgung auch bereits überschritten haben. Auch diese Gruppe binden wir an die Beratungsstelle. Und das ist dann durchaus möglich. Wir sind froh, zumindest diese geringen Kapazitäten zu haben, ja aber sie sind wirklich zu gering, um jeden einzelnen psychotherapeutisch zu behandeln. Es genügt aber einzelnen Menschen auch, und darauf habe ich ja auch immer wieder hingewiesen, einfach mal das Gefühl zu haben, berichten zu können und auch wirklich die richtigen Fragen zu hören. Also wirklich auch, Interesse und auch fachlichen Hinter-

grund zu spüren ... das reicht teilweise schon aus. Ich hatte von Linderung gesprochen und natürlich auch wenn der Vortrag so ein bisschen blumig war, habe ich das auch erwähnt, um noch mal zu den harten Fakten zu kommen.

Es ist natürlich wirklich so, dass das Klima in unserem Land eine entscheidende Rolle zur Genesung des Einzelnen beiträgt. Das heißt eine Psychologie im verborgenen Kämmerchen betreiben zu wollen und sich einzubilden, dass man sozusagen durch geniale Winkelzüge den einen und den anderen von seinem Trauma befreit, ist ein schöner Traum. Das mag auch für den einen oder anderen Prozess gelten, aber entscheidend ist – und deshalb ist es auch wichtig, dass sich die Psychologie aus diesem Kämmerchen herausbewegt und sich zum Beispiel auch in den gesellschaftlichen Raum begibt – immer wieder darauf zu verweisen, dass in der Öffentlichkeit eine Würdigung der Opfer erfolgt. Und dass darauf geachtet wird, dass ein entsprechendes Andenken, den Menschen die so viel durch gemacht haben ja zugeführt wird. Das ist glaube ich, viel, viel wichtiger als das eine oder andere psychotherapeutische Gespräch. Das dazu erst mal.

Ansonsten würde ich die Beiträge von Herrn Stichler und Frau Neubert auch noch mal streifen wollen und auch was Herr Planer-Friedrich gesagt hat, zum Thema der Ehrenpensionen. Ich hatte das in meinem Vortrag auch angedeutet. Ich selber halte es eigentlich für eine Katastrophe, die Geschichte mit den Begutachtungen. Es ist natürlich von der psychotherapeutischen Seite aus gesehen, wirklich eine Katastrophe, dass man Leute, die wirklich Schlimmes erlebt haben, immer wieder und immer wieder nachuntersucht. Es sind ja nicht nur einzelne Untersuchungen, sondern es wird nachgeprüft. Es gibt immer wieder das Ansinnen zu gucken, ist derjenige denn noch krank? Dies ist natürlich aus der Logik des Versorgungsamtes verständlich, ist aber dem Genesungsprozess des Einzelnen überhaupt nicht dienlich. Also dass man im Grunde immer wieder Symptome produzieren soll, oder zumindest sie sozusagen einem Gutachter schildern muss, ist ein wirklich unwürdiger Umgang mit diesen Betroffenen. Und schiebt das Ganze eben auch so in diesen medizinisch-psychologischen Bereich hinein, wo ich meine, dass es nicht unbedingt hingehört. Es ist wirklich Sache des Staates zu sagen, dass die Leute, die sich gegen ein Unrechtsregime eingesetzt haben, eine Ehrenpension bekommen müssen. Wobei man natürlich darauf achten muss, dass diese Ehrenpension dann möglichst auch wirklich alle Betroffenen einschließt. Das wollte ich gerne dazu sagen.

Ja ich möchte noch mal, den Namen habe ich mir jetzt vorher nicht gemerkt, dem Herren mit dem karierten Hemd antworten. Die Frage der Begutachtung ist tatsächlich ein großes Problem. Das ist ja auch vorhin schon in dem Beitrag von Herrn Schröder aufgetaucht. Also wenn ein Gutachter nicht erkennt, dass, was Sie sagten, wochenlanger Schlafentzug und die entsprechenden Verhörsituationen irgendwas mit der psychischen Problematik, die später entstanden ist, zu tun haben könnte und das gar nicht einbezieht, ist das natürlich ein grober Kunstfehler. Das ist gar keine Frage. Insgesamt, so ist mein Eindruck, gibt es mittlerweile mehr Engel, um in ihrem Jargon zu bleiben. Also es gibt, glaube ich, mehr Gutachter, die gut geschult sind, die mit der DDR-Problematik etwas anzufangen wissen. Wir haben uns auch als Beratungsstelle bemüht, viele Fortbildungen bei Versorgungsämtern zu machen, um ganz deutlich zu machen, in welcher hochdramatischen Situation viele ehemals Verfolgte aus der DDR heute noch leben. Das zu dem, was Sie da aus der ominösen Schrift aus Schleswig vorgetragen haben. Da kann ich nur sagen, dass das der aktuellen Fachmeinung in keiner Weise entspricht.

Es ist durchaus so, dass nach einer längeren Latenzzeit auch Symptome auftreten können, sogar nach vielen Jahren. Wir bemühen uns derzeit unter anderem auch darum, dass die Erfahrungen bzw. die Erlebnisberichte der Betroffenen aus der ehemaligen DDR Aufnahme finden in einer neuen Beschreibung der komplexen posttraumatischen Belastungsstörungen. Das heißt, dass also quasi das spezielle Stasiverfolgtensyndrom, wie es früher mal genannt wurde auch in die Fachwelt eingesickert ist, und bei einer Erweiterung des Diagnoseschlüssels auch diese spezifischen Erfahrungen von Menschen, die in der ehemaligen DDR in Haft saßen und sonst unter Zersetzungsmaßnahmen zu leiden hatten, mit einfließen werden. Also das heißt, an der ganzen Sache wird weiter gearbeitet. Und Ihre Erfahrungen, die Sie an vielerlei Stellen präsentiert haben, fließen mit ein.

DEUTSCHLAND

PSYCHOSOZIALE ASPEKTE DER AUFARBEITUNG

Vortrag Jens Planer-Friedrich

Verehrte Damen und Herren, nach dieser Einführung, die ja den psychologischen Aspekt unseres Themas betont hat, will ich jetzt etwas in die Praxis gehen. Ich möchte beispielhaft zeigen, wie sich die Situation der Betroffenen vierzehn bzw. zwölf Jahre nach der Einführung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze darstellt. Ich werde einige Opfergruppen benennen, eine besonders herausgreifen, beispielhaft an zwei Fällen auch zeigen, wie es um die Situation der Betroffenen steht. Das wird alles eher schlaglichtartig geschehen. Sicherlich auch mit einem sehr subjektiven Touch. Alles ist erwachsen aus meiner Beratungstätigkeit im Bürgerbüro.

Seit über zehn Jahren beraten die Mitarbeiter des Bürgerbüros Verfolgte der SED-Diktatur und begleiten sie häufig durch verschiedene Instanzen auf dem Weg zu ihrer Rehabilitierung. Die Spätfolgen, unter denen diese Menschen leiden, sollen durch die Gesetze zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung gelindert werden. Die Brüche jedoch – zum Beispiel in den Berufsbiographien – können nicht geheilt werden. Deshalb ist es gut, wenn Opferverbände oder Beratungsinitiativen begleitend und beratend den Betroffenen zur Seite stehen, die komplizierten Verfahren zu bewältigen bis es zur Anerkennung des erlittenen Unrechts kommt.

Grundsätzlich leiden viele ehemals politisch Verfolgte unter einer gesellschaftlichen Ignoranz. Das ist heute schon mehrfach betont worden. Sie müssen sehen, dass es ihren früheren Peinigern heute in vieler Hinsicht besser geht als ihnen. Ehemalige Funktionäre bekommen hohe Renten und Behördenmitarbeiter, die früher beispielsweise Ausreisewillige in den Ämtern schikanierten, sitzen heute häufig auf sicheren Posten in Arbeits- und Sozialämtern in den neuen Bundesländern. Die Stasioffiziere, die immer dreister in die Öffentlichkeit treten und ihr früheres Tun verharmlosen, verklären oder gar glorifizieren, signalisieren ja nur die Spitze dieses Eisberges. Bei einer Relativierung des SED-Unrechtsregimes geht

auch die Wahrnehmung für die Verbrechen dieses Regimes an den Menschen und an deren fortdauernden Schäden verloren. Das derzeitige gesellschaftliche Klima in Deutschland ist deshalb den Anliegen der ehemals politisch Verfolgten nicht gerade förderlich.

Als vor zehn Jahren das Bürgerbüro gegründet wurde, bestand die Hoffnung, dass in einem engen Kontakt mit Politikern eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlage erreicht werden könne. Aus heutiger Sicht würde ich zugestehen, dass die Hoffnung weitgehend enttäuscht wurde. Bis auf kleinere Korrekturen, die die Erhöhung der Haftentschädigung auf einheitlich 600,- DM, eine Rentenangleichung für einen kleinen Teil der beruflich Verfolgten und die Verlängerung der Fristen für die Beantragung von Rehabilitierung zum Inhalt hatten, sind die Rehabilitierungsgesetze unverändert geblieben. Der große Wurf, ein drittes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, ist vor einigen Jahren, wie Sie hier alle wissen, in die politische Debatte eingebracht worden. Auch derzeit wird wieder ein entsprechender Entwurf diskutiert. Ob allerdings das, was in der Diskussion ist, eine befriedigende Lösung verspricht, will ich an späterer Stelle kurz diskutieren. Schon 1996 war den Gründern des Bürgerbüros deutlich, dass die restriktivere Rehabilitierungspraxis der Behörden ihre Ursachen auch in der Unausgereiftheit der Rehabilitierungsgesetze hat.

Täglich kommen Menschen in unser Büro, deren Rehabilitierungsverfahren stocken oder die ihr Eigentum nicht zurückerhalten. Die Verfahren sind kompliziert, schleppen sich über Jahre hin und sind für die Betroffenen häufig auch undurchsichtig. Die Anerkennungsquote, auch das wissen Sie, bei den gesundheitlichen Verfolgungsschäden ist nach wie vor gering. Die Skizze, die ich Ihnen hier nun eingangs gezeichnet habe, ist zugegebenermaßen finster. Doch mir scheint es nötig, einige verfolgte Gruppen noch etwas näher in den Blick zu rücken.

Politische Verfolgung geschah ja in der DDR auf ganz unterschiedliche Weise, und bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass bestimmten Verfolgungsschicksalen bislang nicht gebührend Rechnung getragen wurde. Ich möchte aus diesem Grund eine Gruppe nennen; auch, weil uns diese Gruppe im Moment sehr beschäftigt. Wir haben da ein Projekt in Arbeit, das von der Stiftung Aufarbeitung gefördert wird. Es geht um die Gruppe der verfolgten Schüler.

Nimmt man diese Gruppe in den Blick, kristallisieren sich zwei Problemkreise heraus. Zum einen die unangemessenen Entschädigungsmöglichkeiten bei erfolgter Rehabilitierung und die defizitäre Rehabilitierungspraxis andererseits. Bei

den verfolgten Schülern – das wissen sicherlich auch schon viele, ich will es hier trotzdem noch mal kurz erwähnen – handelt es sich um diejenigen, die in der DDR aus politischen Gründen nicht zum Abitur zugelassen wurden oder von Oberschulen relegiert wurden. Nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz, nach § 3 dieses Gesetzes, können Betroffene zwar rehabilitiert werden aber die Rehabilitierung hat im Gegensatz zu anderen Rehabilitierungen praktisch keine rentenrechtlichen Konsequenzen. Allein eine Befreiung von BAföG-Darlehensrückzahlung kommt unter bestimmten Umständen in Betracht. Nämlich, wenn die Verfolgungszeit mindestens drei Jahre gedauert hat. Dies hilft den Jüngeren, die nach 1990 noch ein Studium beginnen konnten. Den Älteren, die heute im Rentenalter sind, auf Grund verbauter Ausbildungschancen heute von geringen Renten leben, hilft das nicht.

Frau J. war im Jahre 1953 wegen ihres Engagements in der Jungen Gemeinde und ihrer Herkunft aus einer Großbauernfamilie von der Oberschule relegiert worden. In den Westen wollte sie nicht gehen. Sie war die einzige Tochter ihrer Eltern und diese hatten die Hilfe der Tochter nötig. Die Schikanen der DDR-Behörden und die Enteignung ihres landwirtschaftlichen Betriebes hatten sie krank gemacht. Frau J. arbeitete zunächst als Apothekengehilfin. Weil sie auch dort von staatlichem Druck nicht frei war, absolvierte sie später eine Ausbildung zur C-Kantorin, zur Organistin, und arbeitete bis zu ihrer Rente als schlecht bezahlte Kirchenmusikerin. 1996 stellte sie einen Antrag nach dem beruflichen Rehabilitierungsgesetz zur Anerkennung als verfolgte Schülerin. Der Antrag wurde, nachdem er zunächst abgelehnt war, positiv beschieden. Die Rehabilitierungsbehörde attestierte Frau J. eine Verfolgungszeit von über 35 Jahren. Was sie jedoch in der Rehabilitierungsbescheinigung lesen musste, schien auf ihr Schicksal und ihre Lage überhaupt nicht zu passen. Die Behörde schrieb nämlich, und zwar kann man sagen, völlig gesetzeskonform, ich zitiere: *»Eine rechtsstaatswidrige Verwehrung einer Ausbildung an einer zu Hochschulreife führenden Bildungseinrichtung ist Gegenstand des § 3 des beruflichen Rehabilitierungsgesetzes. Diese betroffenen verfolgten Schüler erhalten keinen Ausgleich, rentenrechtlicher Nachteile und keine Ausgleichsleistungen nach § 8 des beruflichen Rehabilitierungsgesetzes, sondern haben Anspruch auf bevorzugte Fortbildung und Umschulung.«* In einem Brief an das Bürgerbüro schrieb Frau J.: *»Als verfolgter Schüler bin ich nun anerkannt. Ich bin jetzt 61 Jahre alt und Rentnerin. Die Anerkennung ist ein Hohn.«* (Auch dieses Wort haben wir heute schon häufig gehört.) *»Soll ich in diesem Alter noch studieren oder eine Umschulung machen?«*

Häufig scheitert eine Rehabilitation bereits daran, dass es den Betroffenen schwer ist, einen Nachweis über die Ablehnung zum Abitur zu erbringen. Wir haben bei unseren Recherchen über Pfarrerskinder in der DDR erfahren, dass vielfach kein Antrag zur Aufnahme in die Abiturklasse von den Eltern der Betroffenen gestellt wurde, weil sie von Lehren und Schuldirektoren darauf hingewiesen wurden, dass ein Antrag sowieso keine Aussicht auf Erfolg hätte. Damit ist nun heute ein Antrag der Betroffenen auf Rehabilitation ebenfalls ohne Erfolgsaussicht, weil ein Nachweis über einen abgelehnten Antrag erbracht werden muss, aus dem außerdem hervorgehen soll, dass die Ablehnung aus politischen Gründen geschah.

Die Nachweismöglichkeiten sind zudem eingeschränkt, weil nach unseren Erfahrungen entsprechende Schulakten nur höchst lückenhaft überliefert sind und auch die Stasiakten hier kaum ergiebig sind, weil zu den damals minderjährigen Betroffenen nur selten Akten geführt wurden.

Ein weiteres Beispiel: Frau T. war Tochter eines Pfarrers und wirkte in den frühen 80er Jahren in einer kirchlichen Umweltgruppe mit. Sie war weder Mitglied der Pionierorganisation noch der FDJ gewesen und hatte auch an der atheistischen Jugendweihe nicht teilgenommen. Auf Grund ihres »mangelnden gesellschaftlichen Engagement« war ihr Antrag auf Zulassung zur EOS, also zur Erweiterten Oberschule, gar nicht erst entgegengenommen worden. Als Ausweg blieb ihr, an einer kirchlichen Ausbildungsstätte eine Ausbildung zur Krankenschwester aufzunehmen und Mitte der 90er Jahre stellte sie einen Antrag zur Anerkennung als verfolgte Schülerin. Ihr Antrag wurde abschlägig beschieden. Auch der Widerspruch und die Klage vor dem Verwaltungsgericht blieben erfolglos. Erschreckenderweise argumentierte die Rehabilitierungsbehörde wie damals die DDR-Schulbehörde. Ihr Schicksal sei als »Allgemeinschicksal« zu werten und somit einer Rehabilitation nicht zugänglich. Denn als Zugangsvoraussetzung zum Abitur sei in der DDR »nicht nur ein gewisses schulisches Leistungsniveau, sondern auch eine entsprechende gesellschaftliche Mitarbeit Voraussetzung« gewesen. Da also keine individuellen politischen Repressionen erkennbar seien, müsse der Antrag abgelehnt werden. Nebenbei bemerkt sei noch, dass Frau T. in ihrem Rehabilitierungsantrag erklärt hatte, dass ihre bewusste Ablehnung einer Mitgliedschaft in der FDJ als widerständiges Verhalten zu interpretieren sei. Als Gegenbeispiel führte sie an, dass ein Klassenkamerad, ebenfalls Pfarrerskind, der FDJ beigetreten war und die Zulassung zum Abitur erhalten hatte. Für die Rehabilitierungsbehörde zeigte dieses Beispiel jedoch nur, dass es auch für Pfarrerskinder bei entsprechenden Voraussetzungen Möglichkeiten gab, das Abitur zu machen.

Zwei Fälle, beide etwas anders gelagert. Im ersten wird zwar eine Rehabilitation als verfolgte Schülerin zugestanden. Ein Anspruch auf Ausgleichszahlungen, die die Lage der Rentnerin verbessern könnte, besteht jedoch nicht. Im zweiten Fall wird die Rehabilitation verweigert. Wäre sie erfolgreich gewesen, hätte Frau T. die nach der Wiedervereinigung noch studiert hat, eine Sorge weniger. Sie hätte das ihr gewährte BAföG nicht zurückzahlen müssen.

Meine Damen und Herren, es scheint, als seien hier die Absichten der Rehabilitierungsgesetze in ihr Gegenteil verkehrt. Und es ist im Übrigen kein Einzelfall, dass den Antragstellern mit den gleichen Argumenten, die in der DDR zur Diskriminierung geführt haben, heute die Rehabilitation verweigert wird. Welche Wirkung dies bei den Menschen hat, kann sich jeder vorstellen. Anzunehmen ist allerdings nicht, dass die Mütter und Väter der Rehabilitierungsgesetze solche Wirkungen beabsichtigt haben. Deshalb wären heute die Verantwortlichen gut beraten, sich die selben Gesetze noch einmal gründlich anzusehen und zu überarbeiten.

Es wäre noch auf verschiedene andere verfolgte Gruppen einzugehen, deren Ansprüche bislang ungenügend berücksichtigt sind. Und die darüber zu resignieren drohen. Hinzuweisen wäre auf die Menschen, die versuchen, ihre verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden in zermürenden Begutachtungsprozeduren und zum Teil erniedrigenden Verfahren vor dem Sozialgericht durchsetzen wollen. Auf die – Herr Schüler hat dankenswerterweise schon darauf aufmerksam gemacht – durch die Sowjets verschleppten Frauen, die fast aufgegeben haben, auf eine Würdigung und eine Entschädigung zu hoffen. Ebenfalls hinzuweisen wäre auf die Jugendlichen, die aus fadenscheinigen Gründen in Jugendwerkhöfen eingewiesen wurden und dort physische und psychische Torturen über sich ergehen lassen mussten und heute dafür nur in sehr seltenen Fällen rehabilitiert werden.

Festzuhalten bleibt, dass nach langjähriger Rehabilitierungspraxis und intensiver Beratungsarbeit vieler Opferverbände sich bei vielen ehemals politisch Verfolgten Frustration breit gemacht hat, die in Resignation zu münden droht. Dies nicht nur, weil man wegen des Ausbleibens der gesellschaftlichen Würdigung und des jahrelangen vergeblichen Wartens auf eine Ehrenpension unzufrieden ist, sondern zunehmend eben auch, weil die bestehende Rehabilitierungs- und Entschädigungspraxis einige Verfolgtengruppen benachteiligt.

Seit langem wird beklagt, dass die Gesellschaft zwischen Opfern erster und zweiter Klasse unterscheidet, nämlich zwischen den Opfern der NS- und denen der SED-Diktatur. Nach meiner Wahrnehmung gibt es aber auch unter den Ver-

folgten der SBZ/DDR Gruppen, die mit Entschädigungs- und Wiedergutmachungsregelungen relativ – ich betone relativ! – gut bedacht sind, während andere Gruppen nach wie vor leer ausgehen.

Gerade der im Moment in der Diskussion stehende Entwurf für eine Ehrenpension würde die Kluft zwischen den verfolgten Gruppen meiner Meinung nach vergrößern. Insofern er nur ehemalige politische Häftlinge, die über ein Jahr in Haft waren, im Blick hat. Als Zeichen der Würdigung für Opposition und Widerstand gegen das kommunistische Regime wäre eine solche Pension sicherlich wichtig. Würde eine Ehrenpension als solches Zeichen verstanden, dann dürfte es aber gerade nicht an bestimmt Verfolgungsarten wie politische Haft festgemacht werden, sondern müsste möglichst viele Verfolgtengruppen mit einbeziehen. Letztlich käme es bei einem solchen Symbol auch nicht auf die Höhe der Geldsumme an, die jeder einzelne bekäme. In Anbetracht der prekären sozialen Lage vieler ehemals politisch Verfolgter aber sollte das Instrumentarium, das das zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz bietet, weiter ausgebaut werden. Die Ansätze dieses Gesetzes sind ja nicht rundweg schlecht. Deshalb haben die Berliner Verbände der kommunistischen Gewaltherrschaft bereits im November letzten Jahres einige Vorschläge gemacht, in welche Richtung eine Novellierung dieses Gesetzes gehen könnte. Ich will kurz die vier Punkte aufzählen. Dann komme ich auch schon zum Ende.

1. Die Erweiterung des Personenkreises der Antragsberechtigten für die Ausgleichsleistungen nach § 8 des beruflichen Rehabilitierungsgesetzes um die Zivildeportierten und die verfolgten Schüler.
2. Aufhebung der Voraussetzung einer mindestens dreijährigen Verfolgungszeit, bzw. eine Reduzierung dieser Zeit.
3. Aufhebung der unterschiedlichen Beträge zwischen Arbeitnehmern und Rentnern für diese Ausgleichsleistungen.
4. Die Anhebung der Ausgleichsleistungen.

Eine Überarbeitung des zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes in der Intention der genannten Punkte wäre aus meiner Sicht nötig, um endlich auch derer zu gedenken, die Opfer der kommunistischen Diktatur wurden, denen aber Wiedergutmachung bislang versagt blieb. Ich danke Ihnen.

Antwort auf Diskussionsbeiträge

Ja, zu Herrn Zahn vielleicht noch. Ich denke, Sie wissen es auch. So wie wir hier auf dem Podium sitzen: Ich mit Herrn Trobisch, Herr Trobisch mit mir. Wir sind da auch in guter Zusammenarbeit. Also, wenn es Menschen gibt, die dringende Behandlung brauchen, dann schicken wir sie gerne zu »Gegenwind«. Allerdings merken wir tatsächlich auch, dass die Kapazitäten dort begrenzt sind. Es wäre sehr wünschenswert, wenn mehr personelle Ressourcen dort zur Verfügung stünden. Das dazu. Ja kurz vielleicht auch noch mal zu dem Punkt, zu dem Herr Trobisch schon Stellung genommen hat. Zu Herrn Stichler: Ehrenpension. Ich denke, ich bin doch nicht ganz der Meinung von Hildegund Neubert. Wie ich es mir denke, habe ich geschildert. Ich finde nur auch wirklich, wir müssten sagen, wenn wir Ehrenpensionen wollen und meinen »Was für eine denn?« Es gibt soweit ich informiert bin, vier verschiedene Versionen, die in der Diskussion waren. Manche sind schon ad acta gelegt. Es gibt momentan eine Version, die beraten wird. Und die Probleme, die ich dabei sehe, die habe ich genannt.

Zu Herrn Kirschstein kurz: Entschädigungen, NS-Unrecht, SED-Unrecht. Es gab bei der Veranstaltung in der Stiftung Aufarbeitung am Mittwoch, einen sehr guten Vortrag, wo verglichen wurde. Wie ist das mit der Entschädigung des NS-Unrechts geschehen? Wie ist das bis heute mit dem SED-Unrecht passiert? Und da wurde deutlich, dass ganz unterschiedlich heran gegangen wird. Während es tatsächlich ein pauschale Entschädigung von NS-Unrecht gegeben hat. So eine, im Grunde genommen, einmalige. Es ist im Übrigen nicht ganz so, dass man da gar keine Nachweise bringen musste. Der Kampf um zu dieser Entschädigung zu kommen, hat für viele bis weit in die 60er Jahre hinein gedauert. Entschädigung von SED-Unrecht ist ein ganz anderer Ansatz gewesen, nämlich eher von dem Gedanken, der Versorgung her. Und dieses beides zu vergleichen ist schwierig. Problematisch finde ich immer, dass man das Eine gegen das Andere ausspielt. Also ich denke, wer Opfer geworden ist, in der einen, wie in der anderen Diktatur sollte entsprechend entschädigt werden.

Ja, und ich spreche jetzt Herrn Dobrinski direkt an. Also ich denke, es liegt auf der Hand, dass für diese Frauen etwas gemacht werden muss. Ob man sie nun in das berufliche Rehabilitierungsgesetz integrieren kann, mit Ausgleichsleistungen bedenken – wie auch immer. Da muss etwas geschehen. Da sind alle sich einig. Das, was Sie dann nochmals angesprochen haben, von wegen wir müssen da einig sein und dürfen da gar nicht drüber diskutieren: Ich denke, Diskussion ist notwendig. Und die Zeiten entwickeln sich auch. Und vor allen Dingen, denke ich wenn

man etwas sagt, sollte man Argumente dafür haben. Und für meine Sicht der Dinge habe ich Argumente geliefert. Andere haben andere Argumente. Und ich denke, so wie wir hier zusammenkommen ist es einfach auch notwendig, unterschiedliche Sichtweisen zu diskutieren. Das sollte nicht ausgeblendet werden. Das klingt jetzt vielleicht ein bisschen hart aber ich erinnere mich – obwohl noch nicht so alt bin – daran, wie zu früheren Zeiten Unterschiede glatt gebügelt wurden. Das sollte uns nicht unbedingt passieren.

DEUTSCHLAND

ERINNERUNGSPOLITISCHE ASPEKTE DER AUFARBEITUNG

DEUTSCHLAND

ERINNERUNGSPOLITISCHE ASPEKTE DER AUFARBEITUNG
Klaus Knabe, *Museum »Gegen das Vergessen« e. V., Pforzheim*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass ich die Gelegenheit habe, vor diesem Podium zu sprechen über unser kleines DDR-Museum in Pforzheim, denn an Ihren bisherigen Kongressen habe ich fast immer teilgenommen. Ich freue mich sehr über die Unterstützung, die ich seit Jahren aus Ihren Kreisen erfahre, von den Landesbeauftragten, der Bundesbeauftragten, der Stiftung, von Vereinigungen und Einzelpersonen. Meine Erfahrung ist, wenn ich über unser Museum spreche und unser Anliegen erkläre, werden mir Ihre Türen geöffnet. Darüber freue ich mich. Mit mir haben sich noch zwei weitere Mitglieder unseres Vereins »Gegen das Vergessen« auf den weiten Weg aus »dem tiefsten Westen« gemacht: das ist einmal Frau Gisela Lotz von der VOS in Karlsruhe, die sich unserem Verein als Zeitzeugin zur Verfügung stellt und das ist zum andern meine liebe Frau, die mich in der Arbeit für das Museum sehr unterstützt. Ich danke Ihnen also sehr herzlich für die Einladung, denn es ist mir sehr wichtig, Sie über unsere Arbeit zu informieren.

Warum ich diese Arbeit mache, werde ich oft gefragt. Das hängt mit meiner Biographie zusammen. Ich muss dazu sagen, ich bin seit fünfundvierzig Jahren im freien Teil Deutschlands. Ich hatte das unheimliche Glück, mit meiner Frau am 11. Juli 1961 für zwanzig Pfennig mit der S-Bahn »abzuhauen«. Es ist die einfachste Möglichkeit gewesen, aber es war ein riesengroßer Glücksumstand und von diesem Glück zehre ich bis zum heutigen Tag. Ich habe die Verbindung zu meiner Heimat nie aufgegeben. Wir durften seit 1965 wieder zu Besuch fahren so wie Millionen andere. Und ich meine, ich bin durch den Vergleich bei den Reisen automatisch für den Wert der Freiheit sensibilisiert worden. Das habe ich damals gar nicht so gemerkt, aber im Nachhinein ist das die Motivation, mit diesem Museum etwas zur inneren Einheit Deutschlands beizutragen.

Das DDR-Museum war so überhaupt nicht geplant. Die Basis unseres Museums ist eine Privatsammlung. Ich habe 1990 im Frühjahr aus privatem Interesse angefangen, Dokumente und Exponate aus der DDR zu sammeln und bis zum heutigen Tage hat sich das zu einer Leidenschaft entwickelt. Viele Freunde und Mitstreiter haben mich unterstützt. Es sind im Ganzen ungefähr 6.000 Zeitdokumente aus allen Lebensbereichen zusammengekommen. Davon sind inzwischen 4.000 ausgestellt.

Ich habe Plakate, Prospekte, zwei Biographietafeln und anderes Informationsmaterial mitgebracht. Wenn Sie möchten, können Sie nachher gern einen Blick darauf werfen.

Anfangs war die Sammlung bei uns zu Hause auf dem Dachboden zu besichtigen. 1998 hat uns die Stadt Pforzheim den Kindergarten der ehemaligen französischen Kaserne zur Verfügung gestellt. Das war vor allem das Verdienst unseres Oberbürgermeisters. Sie müssen wissen, Pforzheim war nach dem Zweiten Weltkrieg französisch besetzt. Und die Franzosen sind 1996 abgezogen. Durch die Hilfe der Stadt Pforzheim haben wir ein lebendiges Geschichtsbuch aufgebaut. Es ist genau das, was immer angemahnt wird, nämlich im Westen diese Problematik zu behandeln und ich meine, das ist das mindeste, was wir tun können, denn damit sprechen wir für die Region ziemlich unbekannte Themen an. In unserer Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg gibt es zwar viele Aktivitäten, die sich aber mindestens zu neunzig Prozent um das Dritte Reich drehen.

Unser Thema ist ziemlich exotisch. Es scheint auch nicht in die beschauliche Pforzheimer Museumslandschaft zu passen. Wir haben Uhren- und Schmucktraditionen. Wir haben wunderschöne Museen, an denen man sich erbauen kann, wo man sich freuen kann, wie am heutigen Mittag in dem wunderschönen Museum in Königslutter. In unserem kleinen DDR-Museum ist es natürlich etwas anders. Es soll zum Nachdenken anregen.

Wir stellen Zeitzeugnisse aus. Wir wollen damit erklären und nicht verklären. Wir wollen informieren durch unsere Zeitzeugen und durch Dokumentationen. Unser Museum ist kein Ort der Erinnerung sondern ein »Lernort«, denn die Erfahrungen, die die Baden-Württemberger mit einer Diktatur gemacht haben, liegen über sechzig Jahre zurück. Seit die Hitlerdiktatur 1945 zu Ende ging, seitdem ist das passé.

Und worüber wir uns am meisten freuen, ist, dass unser Angebot auch angenommen wird. Das motiviert uns weiter zu machen.

Im Jahr 2000 haben wir unseren Verein »Gegen das Vergessen« e. V. gegründet. Wir sind einhundertzehn Mitglieder. Der Verein setzt sich zusammen aus 70 % Wessis und 30 % Ossis. Das hat aber nur eine geographische Bedeutung.

Wie Sie wissen, komme ich aus Baden. Ich weiß nicht, ob Sie alle schon mal da waren. Da gibt es einen schönen Autoaufkleber, der heißt: »Es gibt Badische und Unsymbadische«.

Zum einen sind Menschen in unserem Verein, die wie ich einen Teil ihres Lebens in der DDR verbracht haben, die dort eigenes Erleben hatten, zum anderen sind es Menschen, die die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur als gesamtdeutsche Problematik erkannt haben. Fünf unserer Mitglieder aus Mitteldeutschland haben Erfahrungen mit der Stasi machen müssen. Wir alle haben uns bemüht, Geschichte zum Anfassen zu präsentieren. Da sind die Ausstellungsstücke ganz besonders wichtig. Was wären wir aber in unserer Einrichtung ohne die Zeitzeugen, sie sind unser größter Schatz.

Frau Lotz und Herr Meissner haben selbst in Haft gesessen. Was es bedeutet, politischer Häftling gewesen zu sein, das muss man bei uns erklären. Die Leute haben keine Vorstellung, aus welchen Gründen man in der DDR verurteilt werden konnte. Wenn die beiden aus ihrem Leben erzählen ist das für jeden Zuhörer sehr beeindruckend.

Wir haben jeden Sonntag geöffnet von 11.00 bis 15.00 Uhr. Darüber hinaus findet sich für Gruppen und Vereine immer eine Möglichkeit zum Besuch, zu jeder Zeit. Von unseren Mitgliedern sind fünfundzwanzig aktiv im Sonntagsdienst. Unsere Arbeit funktioniert nur durch persönliches Engagement, das heißt, dass man immer dabei ist. Wir alle arbeiten zu 100 % ehrenamtlich. Es hat also noch niemals jemand eine Mark bekommen oder verlangt.

Zunächst betrug die Ausstellungsfläche 100 qm, aber 2003 haben wir erweitert auf drei Etagen mit jeweils 100 qm. Dazu kommt noch ein Schulungsraum. Wir haben während dieser Zeit 266 Gruppen und Vereine und 282 Schulklassen zu Besuch gehabt, insgesamt ungefähr 21.000 Personen.

Wir haben den Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Schulen gelegt. Die Schulklassen kommen nach Absprache. Wir haben seit ca. einem Jahr Unterstützung vom Kultusministerium bekommen. Acht Lehrer leisten einen Teil ihrer Unterrichtsstunden bei uns im Museum, d. h., sie betreuen gemeinsam mit unseren Zeitzeugen die Schulklassen. Der Besuch der Schulklassen dauerte am Anfang eineinhalb Stunden, inzwischen informieren sich die Schüler zweieinhalb Stunden lang und mehr. Die Zusammenarbeit mit den Schulen wollen wir noch weiter professionalisieren, denn bisher muss noch viel improvisiert werden.

Dadurch haben wir die Möglichkeit, Erkenntnisse zu vermitteln. Die Menschen leben in Freiheit, Gott sei Dank. Sie kennen nichts anderes und sehen mal, wenn sie durch unser Museum gehen, das andere System – eine Diktatur – und wie es funktioniert hat im anderen Teil Deutschlands. Und unser Grundanliegen ist, unsere Besucher zum Nachdenken anzuregen, sie für den Wert der Freiheit zu sensibilisieren. Das, meine ich, das steht nach wie vor an erster Stelle.

Es ist natürlich nicht so einfach, einen Zeitraum von fünfundvierzig Jahren zu behandeln und dabei siebzehn Millionen Menschen gerecht zu werden. Das ist eine sehr große Herausforderung. Ich sage das immer wieder.

Unsere Sammlung ist laienhaft, sie ist unvollständig und wir hoffen, dass sich nicht irgendwo ein kleiner Fehler eingeschlichen hat, aber, wie gesagt, wir bemühen uns, nach bestem Wissen und Gewissen. Es kann nicht ganz falsch sein, was wir machen, denn sonst hätten wir nicht solch eine große Resonanz. Wie gesagt, für die meisten unserer Besucher ist es die erste Begegnung mit der SED-Diktatur.

Unser Museum ist natürlich keine Gedenkstätte und kann es auch nicht sein, aber wir wollen keinesfalls als Nostalgie- oder Ostalgiesammlung verstanden werden. Nostalgie, Ostalgie, das spricht man so leicht hin, manche Leute wissen gar nicht was das heißt. Nostalgie ist französischen Ursprungs und bedeutet Heimweh und Sehnsucht. Da frage ich mich: Wer hat hier wonach Sehnsucht und Heimweh. Wir haben uns bemüht, die Exponate so zu präsentieren, dass etwas »rüberkommt«, etwas über das Leben in der DDR. Dafür haben wir unser gewaltiges Angebot an Dokumenten und Exponaten thematisch auf acht verschiedene Räume aufgeteilt. Wir verstehen unser Museum als einen Lernort.

Manche Exponate erregen bei uns ziemlich großes Aufsehen: Zum Beispiel das Hausbuch – unvorstellbar im Westen – oder das Brigadebuch – total unbekannt – die Flut der Medaillen, die bei jeder Gelegenheit verliehen wurden. Ich selber besitze ungefähr 1.500 verschiedene. Es soll übrigens über 30.000 gegeben haben.

Wir zeigen auch einen Spannungsregler, mit dem man die Spannung im Fernseher nachregeln konnte. Sie können sich wahrscheinlich noch daran erinnern. Das ist für unsere Besucher völlig unvorstellbar. Ein besonders schönes Exponat ist der Trabi-Kaufvertrag! Da bekommen die Leute eine Vorstellung, was es heißt, in einer sozialistischen Planwirtschaft zu leben. Es ist sehr interessant, mit den Besuchern darüber zu diskutieren. Ich denke gerade daran, welcher Aufwand an Arbeitszeit in der Bundesrepublik für den Erwerb sogenannter Luxusartikel erforderlich war ...

Wir haben einen Geschichtsraum eingerichtet – von der Stunde Null, also 1945, bis 1990. Dieser Raum wird von einem »Geschichtswurm« durchlaufen, einem gelben »Geschichtsbandwurm«, worauf Ereignisse aufgezeichnet sind, die in der Bundesrepublik, in Europa, ja weltweit stattgefunden haben und die DDR-Politik mit beeinflusst haben. Wir haben unterteilt in die Periode von 1945 bis 1961 und in die Periode von 1961 bis 1989 und wollen erklären, warum Deutschland sich so auseinander entwickelt hat, warum so viele Menschen weggelaufen sind und warum es zur friedlichen Revolution kam.

Ich habe hier eine Kopie einer Karte des besetzten Deutschland von 1945. Kaum einer weiß, dass diese Linie hier die Besetzungslinie der Westalliierten war. Diese Gebiete wurden nicht von den Sowjets »befreit«, sondern von den Westmächten besetzt.

Was heißt es, in einem Einparteienstaat, der alles regelt zu leben. Was sind bürgerliche Freiheiten? So selbstverständlich bei uns wie die Luft zum Atmen und wie sah es in der DDR aus, wo die Freiheiten zwar auf dem Papier standen aber nicht gelebt werden konnten? Was sind Massenorganisationen im Gegensatz zu dem uns bekannten Vereinssystem. Das sind alles grundsätzliche Sachen.

Beispielsweise, das Schulsystem zu erklären, ist ganz wichtig. Natürlich wenn man weiß, welche Fragen dauernd kommen, kann man sich vorbereiten. Ich habe hier mal was mitgebracht, was im Jugend- und Schulraum zur Anwendung kommt.

Auf Anregung einer Lehrerin, die mit einer 10. Klasse zu uns kommt, haben wir das Bildungssystem der DDR graphisch dargestellt. Das ist für die Schüler anschaulicher als ein Vortrag darüber. Wir verwenden Karten mit den Aufdrucken Kinderkrippe, Kindergarten, Klasse 1 bis 10 der Polytechnischen Oberschule, dann Klasse 11 und 12 der Erweiterten Oberschule zur Demonstration des einheitlichen Schulsystems. Da gab es keine Wahlmöglichkeiten und schon gar keine Privatschulen. Es hatte natürlich auch einen großen Vorteil. Es gab nur eine Sorte Lehrbücher. Alles irgendwo auch ein Vorteil.

Aber nur wegen des Schulsystems bauen wir unser Museum natürlich nicht auf. Wir wollen erklären, was politisch motiviert war bei der Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit. Da haben wir als erstes die Jungpioniere, dann die Thälmann-Pioniere, die Freie Deutsche Jugend, die FDJ. Zu all diesen Organisationen zeigen wir in mehreren Vitrinen Ausstellungsstücke.

Ein ganz großes Thema: Die sozialistische Jugendweihe. Da kommt dann oft die Frage: »Was haben Sie denn? Die Jugendweihe gibt es ja heute noch.« Wenn sich aber beispielsweise Konfirmandengruppen mit dem Vorbereitungsheft »Die Jugendstunden« auseinandersetzen oder ein Schüler das Gelöbnis zu Jugendweihe vorträgt, merke ich: Da kommt eine ganze Menge rüber. Dann merken die Jugendlichen, wie wichtig es für den Staat war, die Kinder und Jugendlichen zu erziehen im Sinne der Diktatur, die Jugend quasi auf ihre Seite zu ziehen. Ganz wichtig dabei das Thema Kinderkrippe und Kindergarten, denn man wusste, je früher man mit dieser Erziehung beginnt, desto Erfolg versprechender. Selbstverständlich gehört zum Anschauungsmaterial auch ein Krippenkinderwagen, dieser Sechssitzer, den Sie noch kennen werden. Wir haben da so manches Streitgespräch bezüglich Kinderkrippen usw. vor allem mit Besuchern aus den neuen Bundesländern. Vielleicht werden sie auch damit konfrontiert. Kinderkrippe, Kindergarten und Kinderhort waren doch ganz toll. Ich höre mir dann oft an: »Fällt Ihnen denn nichts Positives ein, dass ist alles so negativ. Ich habe eine tolle Jugend gehabt.« »Die Grenze ist auch heute noch dicht. Überall steht der Bundesgrenzschutz, was haben Sie denn?« »Die Mauer – das war doch ein antifaschistischer Schutzwall. Eine Mauer, die gibt's doch auch in den USA, Richtung Mexiko oder in Israel.« »Und die Jugendweihe gibt es auch immer noch.« »Der BND – das ist doch das gleiche wie Stasi!« Dann kommt man mit den Ostläden als DDR-Präsentation. Ja, da muss ich zunächst erst einmal zuhören. Zuhören! Zuhören!

Wir wollen ja auch niemandem die gute Biographie, die er hatte, zerstören. Wir sind auch nicht in der Lage, und es ist auch nicht unsere Aufgabe, 17 Millionen Schicksale darzustellen. Wenn ich die Leute durch das Museum führe, komme ich ein bisschen weiter mit den Erklärungen des politischen Systems. Da muss man sich wirklich Zeit nehmen. Selbst wenn die Grenze dicht ist, wie man so sagt: Es stellt sich doch die Frage, wollen die Leute raus oder wollen die Leute rein. Grundsätzlich ist es doch so: Jede Mauer, ob der Hadrianswall, der Limes oder die Chinesische Mauer, ist gebaut worden, um sich gegen außen zu schützen. Die Berliner Mauer aber wurde gebaut, um die Menschen daran zu hindern »wegzulaufen«.

Und wenn ich gefragt werde: »Fällt Ihnen denn nichts Positives ein?« ... »Doch«, sage ich, »zwei Sachen fallen mir gerade so ein«. »Na, sagen Sie es mal!« »Zum Beispiel die Zeile in der Nationalhymne, ‚Lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland‘. Das ist positiv, sehr positiv. Weitsichtig! Das haben wir ja heute und wenn ich mir überlege, was die Menschen auf der Straße geschafft haben 1989, diese friedliche Revolution, also das ist doch super positiv.« Mitunter kann ich dann fragen, wie sie zu dieser Geschichte stehen, z. B. ob sie denn eigentlich mal dieses System gewählt hätten, ob sie sich für dieses System, das sie noch heute so verteidigen, frei entschieden hätten. Auch wenn es schwierig ist, ich freue mich jedes Mal auf diese Diskussionen, z. B. BND und Stasi! Ich habe eine Übersicht mitgebracht, die ich von der BStU bekommen habe, übrigens sehr zu empfehlen. Da werden die Unterschiede ganz konkret gezeigt.

Dann gab es noch die Frage zum antifaschistischen Schutzwall. Da gibt es diese Karte, die kennen sie auch, die Selbstschussanlage oder Splittermine »SM 70«, »freundwärts« gerichtet, was bedeutet, in Richtung der eigenen Bevölkerung. Von der Karte habe ich auch Kopien mitgebracht. Dann sieht man schon, auf welcher Seite die »Faschisten« waren, meine ich.

Bei uns war – das muss ich erzählen – eine Lehrerin, die ließ mir durch eine Schülerin ausrichten, wie schön es doch wäre, wenn wir nach der Führung durch das Museum zusammen ein paar saure Gurken essen würden, Spreewald-Gurken! Da wurde wieder dieses Problem mit der selektiven Erinnerung deutlich. Ich erinnere mich, dass Herr Gauck ähnliches erzählt hat. Er hat auf die Frage, ob es denn nichts Positives gegeben hätte, geantwortet: »Ja! Es hat alles so sein Gutes gehabt.« »Wenn Sie dann das Dritte Reich durchnehmen«, habe ich der Lehrerin ausrichten lassen, »fahren Sie mal in Pforzheim-Ost auf die Bundesautobahn und in Pforzheim-West wieder runter und dann können Sie auch sagen, also die Autobahn, die ist doch gut, dann ist doch irgendwie auch nicht alles schlecht gewesen«.

Jetzt will ich mal noch ganz kurz über die Zukunft sprechen. Ich glaube, wir werden nie fertig. Wir bearbeiten im Moment drei Projekte. Mit Unterstützung der Stiftung, der wir zu ganz großem Dank verpflichtet sind, sind gerade sechs Biographietafeln hergestellt worden. In einem Zeitzeugenprojekt sind zehn DVDs entstanden, die wir für unsere Arbeit nutzen können. Und wir bekommen eine Tafel von der Frau Voigt-Müller aus Travemünde über das Thema »Ostseefluchten«. Besonders stolz sind wir auf unsere neueste Errungenschaft, sechs originale Knasttüren. Wir haben sie aus den ehemaligen Untersuchungshaftanstalten in Bautzen I, Gera, Waldheim, Hoheneck, Hagenow und Rüdersdorf erhalten und in unserem Untergeschoss installiert. Und wir haben einen eigenen Raum, glücklicherweise noch, um die Zeit der Speziallager, die Zeit nach 1945, die Zeit von Benno Prieß und Kameraden darzustellen. Und Benno hat mir vor vierzehn Tagen eine Uniform von einem Soldaten des NKWD aus dem Jahr 1946 gebracht. Das ist Geschichte zum Anfassen. Es ist eine ganz tolle Sache und das kommt bei uns sehr gut an. Ich freue mich natürlich darüber sehr.

Was uns Sorgen macht, ist unsere langfristige Zukunft, da bestehen Fragezeichen. Wir haben für vieles noch keine professionelle Regelung. Alles ruht auf den Schultern unseres kleinen Vereins. Außerdem unterstützen uns ein paar Privatpersonen. Die Lösung kann nur in unserer Landeshauptstadt liegen. Das ist nun mal so. Stuttgart ist ja eine gesunde Stadt und Baden-Württemberg ein gesundes Land. Wie schon zu Beginn meiner Rede gesagt, bekommen wir glücklicherweise Unterstützung von der Stiftung, von den Landesbeauftragten, von der UOKG usw. Ich habe zwar noch ein bisschen was zu sagen, aber ich will meinen Redebeitrag beenden, indem ich Ihnen danke für den Geist, der uns verbindet und mit dem Wort »Freiheit ist mehr als nur ein Wort«.

DEUTSCHLAND

ERINNERUNGSPOLITISCHE ASPEKTE DER AUFARBEITUNG DER DEUTSCHEN TEILUNG UND DER SED-DIKTATUR – FÜNF BEMERKUNGEN Dr. Joachim Scherrieble

Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Gerne auch von meiner Seite aus eine Vorbemerkung an Dich, lieber Klaus Knabe. Wir kennen uns seit Jahren sehr gut. Ich denke, einige von uns wissen, dass Du – man darf ruhigen Gewissens sagen – mit Deinem Museum »Gegen das Vergessen« in Pforzheim gerade in einer schwierigen Phase bist. Wie manch kommerziell arbeitender Unternehmer bist Du an dem Punkt angelangt, eine ordentliche Nachfolgeregelung für Deine lebenslang ehrenamtlich erarbeitete und betreute Sammlung finden zu müssen, auch loszulassen und jemanden zu finden, dem Du Deine geliebten DDR-Objekte anvertrauen kannst. Du hast mir gesagt, dieses Jahr willst du das irgendwie über die Bühne bringen. Ich hoffe, dass die hier während der Tagung in Königs-lutter erfahrene Unterstützung Dir hierzu Kraft verleiht. Wir alle wünschen Dir dabei viel Erfolg!

Ja, ich habe mich sehr gefreut, meine sehr verehrten Damen und Herren, als ich angefragt wurde, hier einige Ausführungen zu erinnerungspolitischen Aspekten der Aufarbeitung beizutragen. Dabei werde ich nicht primär über Marienborn sprechen, sondern Ihnen zunächst einige Aspekte im Kontext bundesdeutscher Gedenk- und Erinnerungskultur skizzieren, die uns im Anschluss zu einer Diskussion anregen mögen. Ich habe mir vorgenommen, zu fünf Bemerkungen frei zu sprechen:

1. Bemerkung: Einige wenige pädagogische Aspekte
2. Bemerkung: Wessen wollen wir eigentlich gedenken?
3. Bemerkung: Eine Skizze des bisher Erreichten
4. Bemerkung: Aktuelle Probleme – und

5. Bemerkung – falls die Zeit noch reicht ganz aktuell – **würde ich gern einige kurze Anmerkungen machen zu den Empfehlungen der Expertenkommission (»Sabrow-Kommission«), die am kommenden Montag ihren Bericht der Presse vorstellen wird.**

1. Zu den pädagogischen Aspekten der Aufarbeitung der SED-Diktatur

Beginnen möchte ich mit einem Aspekt, den ich die »Pädagogik der Stolpersteine« nenne. Der Begriff »Stolperstein« ist hierbei im übrigen nicht im Sinne zu verstehen, dass die Menschen stolpern, hinfallen und sich verletzen oder wehtun sollen, sondern mit der Bedeutung, dass Bequemlichkeiten, Erwartungshaltungen zunächst aufgezeigt werden. Insbesondere die Erwartungshaltungen von Besuchern sollten – gerade in Gedenkstätten – nicht einfach bedient werden; dies würde Vorstellungen oder möglicherweise Vorurteile bestätigen oder gar zementieren. Nein, durch das »mentale Stolpern« können Besuchende eingeladen werden zum Nachdenken, zum Reflektieren, insbesondere zum Reflektieren eigenen Verhaltens oder Nicht-Verhaltens, zum Reden hierüber – und im Idealfall trotz zumeist schmerzhaftem Erinnern – dazu freudig und lustvoll neue Erkenntnisse zu gewinnen nach dem Motto »Wissen, Erkennen machen Ah!« Ich lasse mich seit Jahren leiten von einem Gedanken, den Immanuel Kant formulierte: *»Geschichte ist Denken über die Zukunft«*. Deshalb freut es mich, dass Ministerpräsident Wulff gestern Abend ausgedrückt hat, dies hier sei eigentlich ein futuristischer Kongress. Gerade bei den erinnerungspolitischen Aspekten unserer Arbeit geht es in der Tat darum nachzudenken, wie wir unsere Zukunft gestalten wollen.

Wir haben beispielsweise für Marienborn in den vergangenen Jahren zwei Begriffe entwickelt, die häufig als Stolpersteine wirken:

Der erste Begriff »Diktatur« war ursprünglich gedacht als Stolperstein für im Osten sozialisierte Menschen. Ich denke, es ist noch eine ganze Zeit von Nöten, diesen Begriff immer und immer wieder zu verwenden, der für sehr viele Menschen noch immer ein heftiger Stolperstein darstellt. Das müssen wir leider täglich erleben, erst vor kurzem wieder bei uns im Lande Sachsen-Anhalt. Dass Begriffe, wie »Diktatur« oder »Verbrechen« immer noch ausschließlich mit der NS-Diktatur in Verbindung gebracht werden und im Zusammenhang mit der SED-Diktatur von der »MfS/SED-Zeit« oder ähnlichen grammatikalischen, stilistischen und vor allem inhaltlichen Un-Wörtern gesprochen wird, wurde beispielsweise bei der Eröffnung der neuen Dauerausstellung im »Roten Ochsen« in Halle mehrfach kritisiert. Besucher der Gedenkstätte in Marienborn empfinden den von mir bewusst

verwendeten Begriff »Diktatur« im Kontext der Herrschaft des SED-Regimes häufig als Stolperstein. Besucher aus dem Osten fragen sich oft widerwillig *»Habe ich in einer Diktatur gelebt? In meiner Jugend war es doch schön, ich habe doch viele tolle Feste gefeiert, gemeinsame und verbindende Erlebnisse gehabt, mich wohl gefühlt ...!«* Gerade die zurückblickenden Bedürfnisse nach »einer ganz normalen, schönen Jugend«, nach Geborgenheit und nach Heimat erschweren es oft, ehrlich und (selbst-)kritisch diese Fragen auszuhalten. Doch nicht nur in der DDR sozialisierte Menschen stolpern über den Begriff der Diktatur (des Proletariats?). Ich erinnere mich, dass ich im Mai 1997 eine Veranstaltung in der Gedenkstätte in Marienborn angeboten habe, ein Seminar für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt und in Niedersachsen. Da bin ich von den westlichen Kollegen aus Niedersachsen fast gesteinigt worden, dass ich Begriffe wie »Diktatur«, »Opfer«, »Täter« benutzt habe, überhaupt dass ich von »Gedenkstätte« redete in diesem Kontext. Weil diese Begriffe besetzt waren und noch immer besetzt zu sein scheinen für die NS-Aufarbeitung.

Der zweite Begriff ist das Festhalten daran, dass es sich bei der Geschichte der Teilung Deutschlands um »unsere gemeinsame«, um jeweils »meine Geschichte« handelt. Das ist ein Stolperstein, der für westdeutsch Sozialisierte in der Regel gedacht ist. Sehr häufig, Klaus Knabe hat es ja vorsichtig angedeutet, ist es nicht nur so, dass die Menschen im Westen der Republik wenig Vorstellungen haben von den Ausprägungen der Teilung, des Grenzregimes und der Diktatur, sondern dass die Besucher häufig in die Einrichtungen gehen, um sich »die Geschichte der DDR anzuschauen und deren Thrill zu spüren«. Dass es sich hierbei aber um die eigene Geschichte, um unsere deutsche Geschichte handelt, wirkt oft im eben beschriebenen Sinne als Stolperstein, der gerade westdeutsch Sozialisierte sehr häufig zum Nachdenken anregt. Umso mehr freue ich mich, dass sie im Titel der Tagung »Geteiltes Deutschland – gemeinsame Geschichte«, diesen Stolperstein aufgegriffen haben.

Neben der Pädagogik der Stolpersteine möchte ich mich mit einem weiteren pädagogischen Aspekt beschäftigen, dem Wissen als einer wesentlichen Grundvoraussetzung von Erinnern und Gedenken. Mehrfach sind in den vergangenen Jahren von Aleida Assmann und anderen die Entwicklungsprozesse vom individuellen zum kollektiven Erinnern und von der kollektiven zur kulturellen Erinnerung beschrieben worden, ich habe diese in meinem Aufsatz »Der auratische Ort – Chancen und Möglichkeiten von Gedenkstätten« zusammengefasst, der in der Broschüre »Verortet (...)« u. a. vom Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen

und der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt herausgegeben, und über diese zu beziehen oder hier beim Kongress kostenlos zu erhalten ist.

Ich denke, erinnern setzt häufig dokumentieren und informieren voraus. Das betrifft nicht nur – Klaus Knabe hat es für Pforzheim angesprochen – die Menschen, die ganz »tief im Westen« vergleichsweise wenige Informationen haben. Es betrifft auch sehr, sehr viele Jugendliche. Gedenken, erinnern, setzen Wissen voraus. Das heißt, wir müssen informieren, dokumentieren, Wissen transportieren. Dabei liegen die Schwerpunkte unserer Lernziele nicht bei abprüfbarem Schulwissen, sondern wir bieten Bausteine an, die in ein Geschichtsbild ein- bzw. zu einem solchen zusammengefügt werden können.

Neben der Pädagogik der Stolpersteine sowie dem Wissen als Grundvoraussetzung von Erinnern und Gedenken möchte ich als dritte Anmerkung zum Bereich pädagogische Aspekte erwähnen, dass wir uns den spannenden, interessanten Inhalten in den letzten Jahren vermehrt mit anderen – spannenden, interessanten, insbesondere lebendigen – Methoden nähern. Was die meisten Einrichtungen häufig praktizieren, ist der (hoffentlich immer gut vor- und nachbereitete und professionelle begleitete) Einsatz von Zeitzeugen. Die meisten von Ihnen haben hier intensive Erfahrungen, weshalb ich hierauf nicht näher eingehen möchte. Wichtig scheint mir, auf kulturpädagogische Methoden und Formen der Jugendbildungsarbeit hinzuweisen. Dabei sollten die Jugendlichen selbst möglichst aktiv sein.

Projekttag

In der Gedenkstätte in Marienborn haben wir zum Beispiel verschiedene Theaterinitiativen. Auch die Theaterinitiative, die wir heute Abend sehen werden, stellt – so denke ich – eine solche Möglichkeit dar. Vor zwei Wochen, am 30. April 2006, dem 30sten Todestag von Michael Gartenschläger, hatten wir zu seinem Gedenken ein Rock'n'Roll Konzert mit Ted Herold organisiert, bei dem über 2000 Leute, darunter viele Verfolgte des SED-Regimes, in die Gedenkstätte nach Marienborn gekommen sind. Wie Sie vielleicht wissen, war Michael Gartenschläger ein großer Ted-Herold-Fan. Heute Abend – ich möchte nicht zu viel vorweg nehmen – wird dies noch thematisiert werden. Als Ted Herold zu Beginn des Gedenkonzertes sagte »*Wir wollen hier mit diesen 2.000 Leuten für Michael Gartenschläger eine Rock'n'Roll-Rakete zünden*«, sowie das ganze Konzert über war Michael Gartenschläger immer sehr präsent. Alle Besucher waren sich einig: Das war eine sehr besondere Gedenkveranstaltung.

2. Wessen erinnern, wessen gedenken wir?

Wessen wollen wir denn erinnern, gedenken? Da gibt es verschiedenen Möglichkeiten. Ich möchte vier Gruppen skizzieren: Themenbereiche, historische Orte, Personen und Erinnerungstage.

Zum einen können wir uns einerseits an bestimmte Themenbereiche erinnern. Themenbereiche wie etwa der 17. Juni, der Wert der Freiheit, die Zwangsaussiedlungen, politische Verfolgung, sowjetische Militärtribunale, Jugenderziehung, MfS-Untersuchungshaft, die Teilung Deutschlands, Jugendkulturen und der Umgang der SED – um nur einige wenige zu nennen.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, sich an historische Orte zu erinnern. Orte, die – wie es die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zum Umgang mit der SED-Diktatur in ihrem Abschlussbericht formulierte – *»herausragend für einen bestimmten Verfolgungskomplex«* stehen. Das sind Namen wie Hoheneck, Bautzen, Hohenschönhausen, Marienfelde, Normannenstraße, der »Rote Ochse« oder eben Marienborn. Jeder von Ihnen weiß sofort, wofür diese Orte stehen. Über diese historischen Orte transportieren wir Inhalte zum jeweiligen Verfolgungskomplex und gedenken dieser.

Die dritte Annäherung ist das Erinnern an Personen, die wiederum exemplarisch für einen Verfolgungskomplex stehen. Herr Wulff hat freundlicherweise gestern einige Personen genannt – unter anderem Oskar Brüsewitz. Leider hat er andere vergessen – gerade zum Beispiel Michael Gartenschläger, zu dessen Gedenken am 4. September unmittelbar vor der Haustür von Herrn Wulff die von der Gedenkstätte in Marienborn erstellte Ausstellung »Michael Gartenschläger – Leben und Sterben zwischen Deutschland und Deutschland« in Langenhagen präsentiert wird. Ich denke, es ist wichtig, dass wir konkrete Gesichter, konkrete Biographien, konkrete Lebens-Geschichten erzählen und darüber gerade Jugendlichen vielfältige Zugangsmöglichkeiten, Identifikationsmöglichkeiten, Möglichkeiten auch der Empathie bieten. Biographie also als Kristallisationspunkt für Geschichte. Freundlicherweise befinden sich unter Ihnen, wertvolle Verfolgte des SED-Regimes, zahlreiche Menschen, die ihre eigene Geschichte für Einrichtungen der historisch-politischen Bildung zur Verfügung stellen. Und das ist nicht immer ganz einfach. Aber es ist sehr wichtig, dass wir gerade Biographien von einzelnen Menschen erzählen können. Nicht nur Sie persönlich in der Schule, sondern dass beispielsweise die Gedenkstätten diese Ihre Lebens-Geschichten dokumentieren können. Hierzu gehört es beispielsweise auch, die Namen, Lebensdaten und möglichst weitere bio-

graphische Elemente der Lebensgeschichten, Motive und Hintergründe der Todesopfer an der ehemaligen innerdeutschen Grenze aufzulisten und nachvollziehbar zu belegen – wir wissen im Jahre 17 nach friedlicher Revolution, Grenzöffnung und Wiedervereinigung noch nicht einmal genau, wessen wir gedenken. Die Gedenkstätte Marienborn hat hierzu eine Vorstudie in Auftrag gegeben, aufgrund derer wir mit anderen zusammen beim Bund ein – für alle kostenlos nutzbares – Forschungsprojekt »Grenztote« beantragen werden, in der Hoffnung, dass der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien hierfür Geld einsetzen möchte.

Als vierten und letzten Bereich möchte ich die Erinnerungstage anführen. In Marienborn gestalten wir seit knapp zehn Jahren jedes Jahr mindestens fünf Gedenk- und Erinnerungstage, die wir mit größeren Veranstaltungen verbinden und hierüber die damit zusammenhängenden Themen kommunizieren: Dies sind zum einen der 26. Mai 1952, als Gründungstag des Grenzregimes und Ausgangsdatum für die Zwangsaussiedlungen, der 17. Juni 1953 für den Volksaufstand, der 13. August 1961 für den Mauerbau, der 3. Oktober 1990 für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sowie der 9. November 1989 für die Grenzöffnung (zusammen mit dem 9. Oktober für den Herbst 1989 und die friedliche Revolution) als Gedenk- und Erinnerungskalender.

3. Was haben wir bisher erreicht?

Vielleicht macht es an dieser Stelle Sinn, sich mit dem bisher Erreichten zu beschäftigen. Im Vergleich zur Aufarbeitung zur ersten deutschen Diktatur, sollten wir uns vergegenwärtigen: Wir befänden uns jetzt gerechnet vom Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1961. Im Vergleich hierzu haben wir bei allen Problemen, die wir ja mit Recht bemängeln, doch einen – das darf man heute sagen – vergleichsweise hohen Standard der Gedenk- und Erinnerungskultur erreicht – bei allen unterschiedlichen Herangehensweisen in Ost und West. Die juristische Aufarbeitung haben wir heute früh ausführlich diskutiert. Die Archivsituation ist ferner ein Bereich, der gerade für die historische Forschung nicht ganz unwichtig ist – bei allem berechtigten Klagen. Was die archivarische Arbeitsweise der BStU angeht, ist doch immerhin bis auf wenige Ausnahmen eine generelle Öffnung der Archive zu verzeichnen, also eine weit reichende Aufhebung der 30-jährigen Sperrfrist, die es sonst in keinem Bereich zu verzeichnen gibt. Wenn ich etwa an Einrichtungen wie das Dokumentations- und Informationszentrum in Halle denke oder an die Runde Ecke in Leipzig. Es gibt landauf, landab Sammlungen, die sehr vielfältig die Materialien nicht nur sichten, sondern aufbereiten und Dritten zur Verfügung stellen. Es hat zwei Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundes-

tages gegeben und hieraus resultierend die Stiftung zur »Aufarbeitung der SED-Diktatur«. Es gibt eine gesetzlich legitimierte Behörde, die BStU, die sich hauptsächlich mit relativ hohem Aufwand mit verschiedensten Ausprägungen und Aspekten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) beschäftigt.

Es gibt eine vielfältige Forschungslandschaft und es gibt – last, but not least, (als Letztes, aber nicht als Unwichtigstes) – das ist mir persönlich am meisten am Herzen liegend – die Landschaft der Gedenkstätten an historischen Orten. Ich habe diese mehrfach »auratische Orte« genannt, also Orte, die eine Wirkung auf die sie besuchenden Menschen haben. Ganz wesentlich an dieser Topographie des Gedenkens ist, dass diese Gedenkstätten dezentral sind. Und sie sind Orte des Erinnerns und des Gedenkens, Orte des Trauerns, Orte des Forschens und vor allem Orte der historisch-politischen Bildung. Ich möchte dies ausdrücklich unterstreichen: Ich halte es von unschätzbarem Wert, dass es nicht nur einen Ort gibt, in Berlin etwa, sondern dass die Diktatur, die nicht nur in Berlin statt gefunden hat, im ganzen Land an unterschiedlichen Orten mit verschiedenen Aspekten und Themenbereichen in differenzierter Form methodisch vielfältig beleuchtet wird. Dass insbesondere Jugendliche nicht nach Berlin fahren müssen, um dort zwischen Kudamm und Brandenburger Tor schnell noch nach Hohenschönhausen oder Marienfelde hinein zu müssen, sondern dass Einrichtungen vor Ort, in der eigenen Region, Gedenkarbeit, historisch politische Bildung, mit viel Zeit betreiben können, mit sehr viel mehr Ruhe – und mit sehr viel mehr Nachhaltigkeit. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt der bundesdeutschen Gedenk- und Erinnerungskultur, an der es festzuhalten gilt. Im Moment sieht es leider danach aus, als ob daran gerüttelt wird – ich komme gleich bei der Beschreibung aktueller Probleme hierauf zurück.

4. Aktuelle Probleme

Abschließend möchte ich noch einige Probleme anreißen. Wir haben von den psychosozialen Aspekten der Aufarbeitung gehört und von der materiellen Ungleichheit, die häufig genug ein himmelschreiendes Unrecht darstellt. Wir haben gestern Abend den Hinweis von Herrn Ministerpräsident Professor Böhmer gehört und Klaus Knabe hat ebenfalls darauf hingewiesen, dass es eine geteilte Ost-West Wahrnehmung gibt. Ich glaube, dass dies zutrifft. Je tiefer wir in Richtung Westen kommen, umso deutlicher wird dies. Wenn beispielsweise eine Seniorinnenvereinigung aus Bremen nach Marienborn kommt, kann es wirklich ein Stolperstein im oben genannten Sinne sein festzustellen, dass wir die jeweils eigene Geschichte betrachten, unsere gemeinsame Geschichte. Keine Seltenheit sind Äu-

ßerungen wie »*Warum denn meine Geschichte? Habe ich denn nicht immer schon auf der richtigen Seite der Grenze gelebt?*« Da gibt es teilweise viel Unwissen und Unverständnis.

Dann würde ich sagen, lässt sich zunehmend ein – ich nenne es »Roll-Back« – im aktuellen bundesdeutschen Gedenk- und Erinnerungsdiskurs konstatieren, bestehend aus vielen Mosaiksteinchen:

Beispiel »Rentendiskussion« und die Kontinuität bürokratischer Karrieren. Den meisten von Ihnen ist dies durchaus schmerzlich bekannt, wenn Sie auf ein Amt gehen und plötzlich bekannte Gesichter vor sich sehen – auch noch im Jahre 17 nach der Friedlichen Revolution.

Ferner das – ich will mal sagen – »ganz normale Bedürfnis« nach Heimat als positivem Begriff. Heimat nicht nur regional sondern kulturell verstanden. Das Bedürfnis vieler Menschen, rückblickend ein positives Gefühl zum eigenen Leben zu bekommen und damit einhergehend bestimmte Dinge bewusst zu verdrängen. Und dies im Kontext mit anderen Aspekten wie z. B. der medialen Verharmlosung verschiedener Diktaturaspekte, etwa bei »Sonnenallee« oder »Good by Lenin«.

In diese Situation hinein kommen aktuell, ich nenne es »die Experten der Angst«. Stasioffiziere und hochrangige Grenztruppenangehörige, die – davon bin ich überzeugt – nicht ein bundesweit organisiertes Intrigennetz aufgebaut haben, doch durchaus bewusst auftreten, die Hoheit über die Geschichtsinterpretation zu erlangen oder diese zumindest heftig zu beeinflussen suchen. Marienborn war einst das Bollwerk der Angst und der Kontrolle. Die »Experten der Angst« nehmen die diffuse gesellschaftliche Angst durchaus wahr und arbeiten damit. Ich möchte hier und heute das erste Mal mitteilen, dass einige dieser Herren am Samstag vor zwei Wochen unangemeldet und inkognito bei einer der Besucherbegleiterinnen in Marienborn aufgetaucht sind, die einen Teil von Ihnen heute Mittag über das Gedenkstättenengelände begleitet hat. Das waren nach meinem bisherigen Kenntnisstand unter anderem Herr Strelitz und Herr Baumgarten und sie haben definitiv Falschaussagen gemacht und die Besucherbegleiterin mehrfach verbal angegriffen. Sie erweckten den Eindruck, als ob sie einen konkreten Fall sehr genau kannten und haben die Frau extrem eingeschüchtert. Diese bekam daraufhin einen starken Migräneanfall, konnte nicht mehr nach Hause fahren, die ganze Nacht nicht schlafen und war nach eigenem Ausdruck »völlig fertig«. Die Frau, den Namen möchte ich hier nicht nennen, hat hervorragend reagiert. Sie hat die Herren nicht wie ehemalige Offiziere, sondern wie normale Besucher behandelt und versucht,

in ein Gespräch zu kommen: »Wir sind eine Gedenkstätte, in die jeder kommen kann. Wie heißen Sie denn? Wer sind Sie denn?« Sie hatte sie nicht sofort erkannt. Die Herren haben sich nicht getraut, ihre Namen zu nennen – trotz mehrfacher Einladung zur Diskussion. Marienborn ist ja gerade ein Ort an dem vielhunderttausendfach Diskussion stattfindet. Die Herren machten einen Rückzieher, begannen nach einiger Zeit erneut mit anonymen, unsachlichen und verunsichernden Zwischenrufen. Trotz erneuter Einladung zur offenen Diskussion kritisierten sie nicht offen sondern stichelten verdeckt. In Marienborn haben wir seit acht Jahren eine Supervision für die Besucherbegleiter – übrigens dankenswerterweise mitfinanziert von der Stiftung Aufarbeitung. Dort konnten wir den Vorfall auswerten und die Besucherbegleiterin stärken. Doch es gibt weitere gesellschaftliche Bereiche, in denen diese »Experten der Angst« mit den diffusen gesellschaftlichen Ängsten spielen, häufig leider sehr gekonnt spielen.

Die finanzielle Unterausstattung ist sicherlich ein Punkt, den wir ansprechen sollten. Hieraus entsteht teilweise eine Konkurrenz, die die erinnerungspolitischen Aspekte ebenfalls beeinflusst. Gute Arbeit kostet gutes Geld. Nehmen wir ein Beispiel, das Herr Wulff gestern netterweise genannt hat. Seit fünf Jahren führt die Gedenkstätte in Marienborn zusammen mit Bergen-Belsen ein Seminar »Unrechtssysteme in Deutschland« durch. Eine Schulklasse aus Gernrode und eine aus Walsrode, also eine niedersächsische und eine sachsen-anhaltische verbringen im Mai eine Woche in Bergen-Belsen und im Herbst eine Woche in Marienborn. Die Schüler beschäftigen sich in vier Arbeitsgruppen mit Theater, mit Foto, Video und eigenen Bildern. Jeder Workshop braucht eine inhaltliche Begleitung und einen methodischen Teamer, das kostet Geld. Ein tolles Leuchtturmprojekt, bei dem alle Beteiligten viel lernen, ein Vorzeigemodell. Das können wir allerdings nur einmal jährlich machen, weil die finanziellen Mittel nicht für mehr reichen.

Ein letztes Problem, das ich heute noch ansprechen möchte, bevor ich meine fünfte Bemerkung zur Expertenkommission machen möchte, ist die »zunehmende Hauptstadtfoкусiertheit«. Ich halte es durchaus für richtig, dass in Berlin der zweiten deutschen Diktatur intensiv und intensiver als bisher gedacht wird und dass die damit verbundenen Orte gestärkt werden. Aber es darf nicht sein, dass darüber der Rest der Republik vergessen bleibt. Ich finde es toll, dass Sie alle, wir alle, aus ganz Deutschland hierher nach Königsplatz gekommen sind und überall »zuhause« dezentral unsere Arbeit machen. Doch bei vielen dezentralen Einrichtungen und Projekten der Gedenk- und Erinnerungskultur entsteht die Frage nach dem Geld. Wenn alles Geld nach Berlin fließt und alle Anstrengungen – auch geistige Anstrengungen – nach Berlin fließen, dann bleibt möglicherweise – und das ist

ja leider in den letzten beiden Jahren zunehmend festzustellen – weniger für den Rest der Republik übrig. Die Diktatur hat nicht nur in Berlin stattgefunden und die Menschen, die sich damit auseinandersetzen sollten, insbesondere gerade junge Menschen, sollten dieses nicht nur in Berlin tun, sondern bei sich zu Hause im regionalen, lokalen Umfeld.

5. Kurze Anmerkungen in der aktuellen Diskussion um Empfehlungen der Expertenkommission

Lassen Sie mich zum Schluss drei Bemerkungen zu den Empfehlungen der Expertenkommission machen. Am 9. Mai 2005, also fast genau vor einem Jahr, hat die Bundesbeauftragte für Kultur- und Medien, Frau Dr. Weiss, eine Expertenkommission eingesetzt. Es ist im Vorfeld – durchaus mit Recht – diskutiert worden, wie diese Kommission zustande kam und welche Mitglieder sie hat bzw. wer nicht darin vertreten ist. Darüber möchte ich jetzt nicht sprechen.

Der Bericht liegt vor und wird am kommenden Montag offiziell der Presse übergeben. Nach einer ausführlichen Beschreibung der Situation wird darin vorgeschlagen, drei Bereiche zusammenzufassen. Der erste Bereich soll heißen **Herrschaft – Widerstand – Gesellschaft**. Hier sollen unter anderem **Alltag und Herrschaft** deutlicher aufgewertet werden. Der zweite Bereich soll **Überwachung und Verfolgung** und der dritte Bereich **Teilung und Grenze** heißen. Es macht meines Erachtens nach sehr wohl Sinn, dafür habe ich als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR immer geworben, sich im Jahre 17 nach der Friedlichen Revolution in Ruhe zusammenzusetzen, zurückzulehnen und zu überlegen, wie wir dieses Teils unserer Geschichte gedenken wollen – und darauf dann fundiert ein Gesamtkonzept der bundesweiten Gedenk- und Erinnerungskultur zu entwickeln. Die Geschichte der Einrichtungen ist ja zum Teil sehr unterschiedlich; es gab sehr spontane, sehr zufällige und sehr geplante Entwicklungen. Und doch gibt es bei den Kommissionsempfehlungen mehrere Aspekte, die mir sehr merkwürdig erscheinen.

So wird etwa einerseits in dem Vorwort die dezentrale Struktur und die unabhängige Erinnerungslandschaft, die sich bewährt haben, gelobt und andererseits werden – ich zitiere – *»impulsgebende und kompetenzsichernde Kerninstitutionen«* benannt. Das heißt, es sollen Institutionen gegründet werden, die jeweils eine Kerninstitution für diese drei Themen darstellen. Diese soll dann die anderen

befruchten. Ich finde, dies ist ein ganz massiver Widerspruch, alle drei Bereiche betreffend. Sie erlauben mir, dass ich es für den Bereich, in dem ich mich am intensivsten auskenne – Teilung und Grenze – an einem Beispiel benenne. Wir arbeiten in Marienborn zum Beispiel sehr intensiv und sehr gut mit dem Dokumentationszentrum Bernauer Straße in Berlin zusammen. Nichtsdestotrotz kann es nicht sein, dass nun die Bernauer Straße, weil sie halt in Berlin ist, als »Kerninstitution« die Teilung Deutschlands repräsentieren soll. Die Teilung Deutschlands hat nicht in Berlin, sondern an der innerdeutschen Grenze stattgefunden. Die Bernauer Straße steht für die Teilung Berlins; sie kann nicht die einzige Einrichtung sein, die diesen Themenbereich drei repräsentiert. Das sind Themen, über die wir sicherlich in den nächsten Wochen diskutieren werden. Übermorgen wird der Bericht der Presse vorgestellt. Vielleicht hat die Eine oder der Andere hier im Raum schon Kenntnis davon nehmen können. Ich würde mich freuen, wenn wir sehr aktuell in dieser Runde über dieses Thema diskutieren könnten. Bis hierher erstmal vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Antwort auf Diskussionsbeiträge

Vielleicht zunächst zu Ihnen, Herr Bauersfeld. Gerne gehe ich auf Ihre Anmerkung zu den Zeitzeugen ein. Selbstverständlich arbeiten wir nicht nur über Zeitzeugen, sondern auch mit Ihnen. Wir haben nicht nur viele Zeitzeugen in jeder Gedenkstätte, die wir insbesondere mit Schulklassen ins Gespräch bringen, sondern wir nehmen Zeitzeugen in unserem wissenschaftlich professionell arbeitenden Zeitzeugenprojekt sehr ernst. Übrigens sind Sie herzlich eingeladen, sich für ein lebensgeschichtliches Interview zur Verfügung zu stellen. Das aktuelle Projekt, das formal nach zwei Jahren soeben ausgelaufen ist, heißt **»Erinnerungen an die ehemalige innerdeutsche Grenze«**. Wir haben 15 verschiedene Gruppen – sogenannte Samples – eingeteilt und entsprechende Dateien angelegt. Ich habe immer dieses Bild einer Schneeflocke vor Augen, bei der ganz viele Linien sich in einem Punkt treffen. Es sind lebensgeschichtliche Interviews, im Rahmen derer sehr unterschiedliche Menschen ihr Leben erzählen. Und es gibt immer exakt einen Schnittpunkt dieser vielen Leben: die Erinnerungen an die innerdeutsche Grenze. Die nach festgelegten Regeln transkribierten Interviews werden mit entsprechenden Schlagworten versehen, Kurzbiographien werden angelegt etc. Sie sind alle herzlich eingeladen uns Ihre Lebensgeschichte zu erzählen. Im engeren Sinne geht es dabei immer um Themenbereiche, die im Kontext der Teilung Deutschlands stehen.

Zu Herrn Kirschsteins Empfehlung, das Gutachten in der Schublade zu belassen: Ich würde in diesem Punkt Herrn Bauersfeld deutlichst unterstützen, wenn es darum geht, alle Chancen zu nutzen. Sie sagten, Sie seien ganz froh darum, wenn jetzt die Stasi-Leute angeht. Alle Chancen nutzen. Ich sag es jetzt mal mit meinen Worten: Es bietet sich eine Chance, Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Das finde ich absolut richtig; Frau Bohley hat es gerade sehr deutlich an einem konkreten Beispiel aus Sachsen-Anhalt belegt. Das gilt meines Erachtens in den nächsten Wochen ganz besonders für die Arbeit der Expertenkommission. Selbst wenn Herr Neumann die Empfehlungen in der Schublade behalten wollte, würde ich Wert darauf legen, dass wir sie gerade nicht in der Schublade halten, sondern diese als Chance nutzen! Es ist eine Chance, dass wir jetzt sachlich und ruhig Stellung beziehen, unsere Positionen deutlich machen. Man mag sich streiten über die Zusammensetzung, das habe ich eingangs erwähnt. Doch diese Menschen haben sich ein Jahr lang intensivst 41 Einrichtungen angeschaut, sich Gedanken gemacht und haben eine Position hierzu formuliert. Und das ist eine wunderbare Chance, dass wir genau diese Position als Ausgangspunkt nehmen, ihr unsere Positionen gegenüberstellen, gemeinsam in die Diskussion gehen, wie wir im Jahre 17 nach der Friedlichen Revolution wollen, dass in Zukunft damit umgegangen wird.

Ich würde also auf gar keinen Fall die Empfehlungen jetzt in die Schublade stecken, sondern diese gerade herausziehen, sie als wichtige Chance zu nutzen, unsere Positionen offensiv der Öffentlichkeit mitzuteilen und durchaus in einzelnen Fragen zu streiten. Wir können unsere Positionen etwa zur Hauptstadt fokussiert ja auch belegen, auch begründen. Ich appelliere für eine Versachlichung der Diskussion. Es ist wichtig, dass wir mit Herzblut dabei sind. Doch ich halte es für ebenso wichtig, dass wir bei allem Herzblut, bei aller Begeisterung, bei allem Engagement uns vermehrt in die sachliche Diskussion einbringen, sachliche Argumente nennen. Dass dies Erfolg bringt belegen viele Beispiele, wenn ich etwa in Sachsen-Anhalt Dich, lieber Wolfgang Stiehl oder auch andere sehe, wie mit Engagement, mit Herzblut und eben mit Sachlichkeit die Positionen in die Diskussion eingebracht werden und ich glaube, das ist der Weg.

In diesem Kontext vielleicht noch abschließend zu Herrn Ruden: Natürlich sage ich seit zehn Jahren, wir müssen verstärkt Lehrerfortbildungen machen, weil ja doch sehr viele, insbesondere ältere Kollegen einen ganz großen Bogen um dieses Thema machen. Warum machen sie das denn? Häufig deshalb, weil sie selber ihre eigene Rolle, ihre eigene Position als »sozialistische Erzieherpersönlichkeit«

nicht so wirklich reflektiert und thematisiert haben. Ich denke, es ist sehr schwer für einen Pädagogen, wenn er keine souveräne Persönlichkeit hat, basierend auf einer offen und ehrlich (selbst-)reflektierten Haltung, und deshalb mit den Jugendlichen nicht ehrlich und offen reden kann. Nun möchte ich eine Lanze brechen für viele Lehrende: Es gibt mittlerweile durchaus jüngere und es gibt auch engagierte ältere Pädagogen. Steter Tropfen höhlt den Stein. Ich glaube man kann nicht einfach einen Schnitt machen. Wir müssen weiter kontinuierlich daran arbeiten; da ziehen wir gemeinsam am selben Faden. Natürlich dürften es immer noch mehr Lehrende und noch mehr Schüler sein, aber es kommen auch bereits viele. Wir haben über 1.200 Seminare, Begegnungsveranstaltungen, Projektstage pro Jahr allein in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Da ist ein größerer Teil davon Jugendliche. Ein schönes Erlebnis hierzu vielleicht zum Abschluss: Im letzten Sommer hatten wir ein Seminar mit Schülern, das ging nicht von den Lehrern aus, sondern von einem Schüler. Der fragte an, ob er in den Ferien seinen Geburtstag in der Gedenkstätte feiern darf. Er hatte mit seinen Eltern die Gedenkstätte besucht und wollte darauf gerne mit seinen Freunden eine Geburtstagsfeier dort machen. Eine Geburtstagsfeier der etwas anderen Art, natürlich sollte es etwas Antialkoholisches zu trinken geben und Kuchen, aber er wollte sich außerdem fünf Stunden lang mit seinen Freunden mit den Themen »Teilung Deutschlands« »Grenzregime«, »Freiheit« »Leben in der Diktatur« und »Leben in der Demokratie« beschäftigen, wünschte sich, dass wir ihm sozusagen, Inhalte geben. Das haben wir natürlich sehr gerne gemacht. Das ging in dem Fall von Schülern aus und so was gibt es ja dann manchmal auch. Dankeschön!

DEUTSCHLAND

EUROPA UND DIE ERINNERUNGSKULTUR

EUROPA UND DIE ERINNERUNGSKULTUR
Markus Meckel, *Stiftungsratsvorsitzender der
Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*



Ganz herzlichen Dank! Herzlichen Dank für die Begrüßung und die Gespräche, die wir auch bereits gestern am Rande miteinander führen konnten. Zu Beginn möchte ich sagen, dass ich als Vertreter der »Stiftung Aufarbeitung« in meiner Funktion als Stiftungsratsvorsitzender hierher gekommen bin. Wir freuen uns, diese Konferenz auch bei diesem Mal mit zu tragen.

Als Außenpolitiker ist mir besonders wichtig, dass Fragen nach Erinnerung nicht nur bei uns, sondern auch in unseren Nachbarländern gestellt werden. Wer in den letzten fünfzehn Jahren in Europa unterwegs gewesen ist, dem fällt auf, dass nicht nur die Bilder und die Vorstellungen, die man in Europa voneinander hat unterschiedlich sind, sondern dass auch der Blick auf die Geschichte völlig verschieden ausfällt.

In den neuen Demokratien, die früher dem Ostblock angehörten und somit unter sowjetischer Herrschaft gelebt haben, war ein großer Aufbruch zu spüren – auch bezogen auf die Erinnerungskultur. Und dies hatte ganz wesentlich mit Selbstbewusstsein, mit Selbstbestimmung zu tun und selbstverständlich auch mit dem Beginn einer nationalen Erneuerung. Das bedeutet, dass versucht wurde, die eigene Identität als Volk, als Nation, neu zu bestimmen. Das war in all diesen Ländern gleichermaßen wichtig, lief allerdings in den konkreten Konstellationen natürlich sehr unterschiedlich ab. In den baltischen Staaten beispielsweise, die ein Teil der Sowjetunion waren, wurde immer darauf beharrt, dass sie besetzt worden waren und dass diese Besetzung ein völkerrechtswidriger Akt war. Dies ist selbstverständlich nicht mit Ungarn vergleichbar, das seine nationale Identität die ganze Zeit über beibehalten hat. Dort fand der große Bruch bereits viele Jahre früher statt. In Folge des Vertrages von Trianon verlor Ungarn 1923 zwei Drittel seines Staatsgebietes. Dadurch befanden sich große Teile der Bevölkerung plötzlich in den Nachbarstaaten.

Derartige Fragen spielten und spielen in diesen Ländern weiterhin eine Rolle, da sie in kommunistischer Zeit nicht thematisiert werden konnten. Viele andere nationale Traumata kommen dazu: der Deutsch-Russische Vertrag, der Molotow-Ribbentrop-Pakt und die dazugehörigen Geheimprotokolle. Das waren Dinge, die nach 1989/90 neu entdeckt wurden, weiße Flecken in der eigenen Geschichte, die nun ausgesprochen und erforscht wurden. Das brachte manch Neues mit sich und führte dann auch zu schwierigen Fragen. Ein Beispiel: in Polen musste man feststellen, dass man eben nicht nur Opfer war sondern dass, wie in Jedwabne, auch Polen während der NS-Zeit an der Vernichtung von Juden beteiligt waren. Das war ein Schock, der eine harte Debatte nach sich zog.

Ein anderes Beispiel ist Rumänien, wo man versucht, die Zeit vor dem Kommunismus in hellem Licht erscheinen zu lassen. So kommt es, dass man in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren Straßen und Plätze nach solch einem autoritären Herrscher wie Antonescu benannt hat; Antonescu, der – gemeinsam mit den Deutschen – an der Ermordung der rumänischen Juden beteiligt war.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die »Neuentdeckung« von Geschichte nach 1990 ein wichtiger Akt der Selbstfindung, der Identitätsfindung ist, der aber, aus meiner Sicht, manchmal durchaus auch recht schwierig ist. Es braucht also einen liberalen, nationalen Diskurs, da zum Teil auch eine Geschichtsschreibung propagiert wurde, die zu starker nationaler Kategorisierung beziehungsweise nationalistischen Äußerungen geführt hat. Und wozu unterschiedliche Geschichtsbilder und unterschiedliche Identifikationen führen können, haben wir auf dem Balkan erleben müssen. Dort geschahen schreckliche Dinge, die wir uns in Europa kaum noch hatten vorstellen können.

Hiermit wollte ich zum einen Entwicklungen der letzten anderthalb Jahrzehnte, die nach 1990 zu einer Verstärkung der nationalen Dimension und gerade eben nicht zu einer Europäisierung von Geschichte geführt haben, benennen.

Ein weiterer Punkt ist der, dass man, wenn man in den letzten Jahren die Diskussion in Westeuropa verfolgt hat, feststellen muss, dass es selbst mit dem Europabegriff Schwierigkeiten gab. Ich habe es am Anfang der 90er Jahre, wenn ich zu Kollegen in Brüssel ging oft erlebt, dass sie sagten: »*bei uns in Europa*«. Sie meinten den westlichen, in der EU integrierten Teil Europas. Es ging dann darum, bewusst zu machen, dass die Länder, die bisher von Freiheit und Demokratie abgeschnitten waren, ein Teil Europas sind und dass die so genannte EU-Erweiterung eigentlich ein Akt der Vervollständigung oder des »Ganzwerdens« der EU ist. Es

hat lange gedauert, zu einer solchen Perspektive zu gelangen. Diese Entwicklung ist – auch als Identifikationsprozess der Länder Westeuropas – so glaube ich, bis heute nicht abgeschlossen: wahrzunehmen, dass die »neuen« Länder wirklich zu uns gehören und wir sie nicht nur als »die armen Brüder im Osten« aufnehmen. Dies scheint mir ein wesentlicher Punkt zu sein, den ich hier gar nicht moralisch bewerten möchte. Wir in Deutschland haben dies durch die Wiedervereinigung ja sehr intensiv erfahren. Zunächst dachte man *»Nun gut, nun haben sie drüben auch gelernt, was Demokratie ist. Also treten sie der BRD bei und Deutschland wird größer, aber nicht anders.«* Doch dann hat man gemerkt: Deutschland ist durch die Vereinigung anders geworden – und Europa auch. Und das ist ein schwieriger, ein wirklich schwieriger Prozess. Wie schwierig das ist, hat sich in meinen Augen unter anderem im letzten Jahr bei der Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges gezeigt. Ich muss gestehen, dass ich mir manchmal die Augen reiben musste, vor Verwunderung darüber, was dabei abgelaufen ist: die Tatsache, dass die größte Veranstaltung zum Gedenken an diesen sechzigsten Jahrestag des Kriegsendes unter der Ägide von Putin in Moskau stattgefunden hat.

Dies ist für mich nach wie vor ein Schock. Es bedeutet nicht, dass ich Gerhard Schröder seine Teilnahme an der Feier in Moskau vorwerfe. Die Teilnahme war notwendig. 2004 hat Frankreichs Präsident Chirac Bundeskanzler Schröder zum sechzigsten Jahrestag der Landung der Alliierten in die Normandie eingeladen. Zum fünfzigsten Jahrestag ist Kohl dagegen noch nicht eingeladen worden. Damals haben nur die Westmächte in der Normandie gemeinsam gefeiert. Zum sechzigsten Jahrestag wurde es möglich. Und es war wichtig, dass Schröder als deutscher Bundeskanzler dabei war, denn dies bedeutete, dass wir in der Erinnerung an diesen Krieg nicht mehr die damaligen Kriegsgegner trennen. Wir begehen das Kriegsende gemeinsam, weil wir in Europa Werte haben und diese – ungeachtet der Verteilung der damaligen Rollen – heute unsere gemeinsamen Werte sind. Das war die Botschaft der Einladung in die Normandie an Gerhard Schröder 2004.

Das war auch die Botschaft, als Kanzler Schröder am 1. August desselben Jahres nach Polen eingeladen wurde, um zum sechzigsten Jahrestag des Warschauer Aufstandes dort eine in vielerlei Beziehung wichtige Rede zu halten. Dies war eine ganz zentrale Botschaft: der deutsche Bundeskanzler wird eingeladen zum sechzigsten Jahrestag des Warschauer Aufstandes, ein Aufstand gegen Hitlerdeutschland, gegen die Wehrmacht. Ein Aufstand, den die Russen vor ihren Augen haben verbluten lassen. Wir als Deutsche unter Hitler haben anschließend jedes einzelne Haus in Warschau zerstört. Und sechzig Jahre danach wird der deutsche Bundeskanzler dorthin eingeladen. Das ist die Botschaft.

In die gleiche Reihe gehört die Einladung nach Moskau. Deutschland hat die Sowjetunion überfallen – Millionen von Toten waren die Folge – und wird sechzig Jahre danach nach Moskau eingeladen. Das ist die Botschaft.

In diesem Zusammenhang war es richtig und notwendig, dass der deutsche Bundeskanzler nach Moskau zu dieser Feier gefahren ist. Das möchte ich mit zehn, mit fünfzehn Ausrufezeichen unterstreichen.

Meine Kritik gilt nicht der Teilnahme des deutschen Bundeskanzlers. Meine Kritik lautet folgendermaßen: wir als Europäische Union – auch Deutschland – waren nicht fähig, diesen sechzigsten Jahrestag des Kriegsendes als Voraussetzung für die europäische Union, gewissermaßen als Gründungstag, zu verstehen und mit einem gemeinsamen Geschichtsbild zu begehen. Dies ist die Katastrophe und nicht die Teilnahme Gerhard Schröders an der Gedenkveranstaltung in Moskau.

Dazu gehören aber natürlich auch Geschehnisse im Vorfeld des Jubiläums: der französische Außenminister fährt in die baltischen Staaten und sagt ihnen, *»sie sollten mal ruhig sein und wegen dieser Moskau-Veranstaltung nicht so viel Theater machen.«* Dabei wollten und wollen sie einfach, dass ihre Geschichte als Geschichte der Besetzung durch die Sowjetunion anerkannt wird und dass vor diesem Datum wenigstens die Grenzverträge, die heute ja auch die Grenze der EU beschreiben, unterschrieben sind. Auch hier hat die Europäische Union versagt, indem sie nicht deutlich genug Druck auf Russland ausgeübt und nicht deutlich genug klargemacht hat, dass wir alle gemeinsam mit den baltischen Staaten erwarten, dass diese Verträge unterschrieben werden.

Dies ist auch eine Frage der Symbolik. Es ist schon richtig, auch in Moskau zu feiern, aber auch dort mit den richtigen Botschaften.

Wir, die Stiftung Aufarbeitung, haben in diesem Jahr das Buch »Erschossen in Moskau« herausgegeben, in das wir die Namen der Opfer auf dem Donskoje-Friedhof in Moskau mit kurzen Biographien aufgenommen haben. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das Buch kennt. Ich kann es Ihnen jedenfalls nur empfehlen. Es stellt eine ungeheuer wichtige Forschungsarbeit dar, durch die manche hier in Deutschland erst heute erfahren haben, wo ihre Eltern oder Großeltern, die Anfang der 50er Jahre in Moskau erschossen wurden und von denen sie nie wieder etwas gehört haben, geblieben sind. Es waren über tausend Deutsche. Ganz zu Beginn hatten wir nur achtundzwanzig Namen.

Auf diesem Friedhof liegen aber nicht nur Deutsche. Da liegen Russen und da liegen Tote aus allen Gegenden der damaligen, sich nach 1945 erweiternden Sowjetunion beziehungsweise ihrer Satellitenstaaten, bis hin zu einem früheren Ministerpräsidenten aus Ungarn oder einem Bürgermeister von Potsdam und so weiter. Das heißt, dass das, was nach 1945 war, eben auch zu dieser Geschichte gehört und darum auch Teil einer solchen Erinnerung hätte sein müssen. Und da sind wir wieder bei der zentralen Frage, die für die Zukunft ansteht. Wir brauchen diese Debatte in Europa erst noch.

Als vor zwei Jahren die damalige lettische Außenministerin Sandra Kalniete in Leipzig einen Vortrag hielt, erzählte sie uns aus ihrer Biographie. Sie ist in meinem Alter. Sie ist 1952 in Sibirien geboren. Sie sprach von der lettischen Erfahrung mit Deportation und Verschleppung und davon, dass für die baltischen Länder die beiden Okkupationen – durch Hitler aber eben auch durch Stalin – Traumata sind. Diese Traumata prägen die Völker, die ihre Souveränität erst 1990 beziehungsweise 1991 wieder erlangt haben. All diese Dimensionen gehören in einen europäischen Dialog, in dem wir nicht das eine gegen das andere ausspielen, aber in dem wir deutlich machen, dass wir heute einen Konsens in Bezug auf die Bewertung des Nationalsozialismus in Europa haben. Das hat sich im letzten Jahr, als sich am 27.01.2005 in Auschwitz Vertreter und Staatsoberhäupter aller Welt getroffen haben, gezeigt. Darüber gibt es Konsens.

In der Bewertung des Kommunismus aber gibt es keinen Konsens in Europa. Und dies ist die zentrale Herausforderung, von der ich glaube, dass wir sie gemeinsam annehmen müssen. Es gibt daneben natürlich auch andere Bereiche, das will ich hier allerdings nur kurz erwähnen. Wir sind ja mitten in einer Debatte in Bezug auf die Nachkriegszeit. Die Fragen nach der Vertreibung, die natürlich auch ein Unrecht war, miteinander im Dialog zu bearbeiten, ist eben auch eine europäische Herausforderung und nicht nur eine nationale. Auch diese Herausforderung muss deshalb in einem gemeinsamen Dialog und mit entsprechenden Instrumentarien angegangen werden.

Ich glaube wie gesagt, dass wir vor großen Herausforderungen stehen, wenn wir einerseits eine Bewertung des Kommunismus zu erarbeiten und andererseits auch darzustellen haben, wie alles miteinander zusammenhängt. Daher bin ich der Meinung, dass wir dies auch in unseren Texten in Deutschland zum Ausdruck bringen sollten, anders als es beispielsweise im Namen meiner Stiftung geschieht. Sie heißt »Aufarbeitung der SED-Diktatur«. Ich denke, wir sollten in Zukunft auch über eine namentliche Veränderung denken und uns »Stiftung zur Aufarbeitung

der kommunistischen Diktatur« nennen, weil es eben nicht nur um die SED gehen kann. Die SED war ein kleiner Wurmfortsatz der in halb Europa herrschenden kommunistischen Diktatur. Man versteht diesen Teil eben auch nur im Zusammenhang mit all dem, was in Moskau und was bei unseren Nachbarn passiert ist. Dies alles ist in einem engen Zusammenhang zu sehen. Und wir müssen lernen, über unsere nationalen Grenzen zu schauen und uns zu fragen, wie es bei unseren Nachbarn ausgesehen hat.

Am 28. Juni gibt es eine große Veranstaltung in Poznań (Posen). Ich frage Sie: zu welchem Ereignis? Vielleicht wissen es ein paar von Ihnen. In Deutschland ist im Allgemeinen allerdings wenig bekannt, dass das Jahr 1956 eben nicht nur mit dem großen Aufstand und mit den Herbstereignissen in Ungarn verbunden ist, sondern dass es zuvor bereits im Juni einen Aufstand in Poznań gegeben hat. Und dieser Aufstand steht durchaus in einem engen Zusammenhang mit dem, was dann in Ungarn stattgefunden hat.

Das heißt, dass auch wir, die wir hier sitzen, selber noch nicht in genügender Weise die verschiedenen Bau- und Mosaiksteine der europäischen Freiheits- und Demokratiegeschichte in den kommunistischen Zeiten kennen. Es hat diese Mosaiksteine gegeben und sie sind ein hohes Gut, ein großer Wert europäischer Freiheits- und Demokratiegeschichte. Diese verschiedenen Bausteine uns und anderen ins Bewusstsein zu rufen, öffentlich zu machen und auch in einen Zusammenhang miteinander zu bringen, ist unsere Aufgabe. Deshalb bin ich sehr froh, dass unser Bundespräsident auch nach Poznań fährt und dort am 28. Juni beim Gedenktag dabei sein wird.

Ich selber war im letzten Jahr eingeladen, bei der Konferenz und Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Solidarność zu sprechen als jemand, der sozusagen aus der DDR-Oppositionsperspektive, die ja auch nicht einhellig ist, aber doch aus unserer Erfahrung zu berichten, was Solidarność vor fünfundzwanzig oder inzwischen sechszwanzig Jahren für uns war. Solche gegenseitigen Verknüpfungen machen uns deutlich, dass wir unsere Geschichte nur miteinander und nur dann verstehen, wenn wir sie auch aus der Perspektive der anderen sehen. Dass ist, glaube ich, die Aufgabe. Deshalb werden wir dies als Stiftung im Auge behalten, ich hoffe auch bei der Gestaltung solcher Kongresse. Es sollte eben ganz alltäglich werden, die Verbände der ehemaligen Ostblockländer zu beteiligen.

Die konkreten Probleme, die man national in Entschädigungsfragen lösen muss, müssen wir hier lösen. Das sind keine europäischen Aufgaben. Aber uns über unsere Erfahrungen aus der Geschichte miteinander auszutauschen, das ist unsere Aufgabe. Die Erfahrungen der anderen zu hören und uns selber mit unseren Erfahrungen in diesem größeren Kontext zu sehen und dies auch zur Sprache zu bringen – das scheint mir eine ganz zentrale Herausforderung zu sein und deshalb bin ich sehr froh, dass genau dies heute Vormittag Thema ist.

Vielen Dank!

DEUTSCHLAND

EUROPA UND DIE ERINNERUNGSKULTUR

Dr. Kazimierz Woycicki, *Institut für Nationales Gedenken (IPN) Szczecin, Polen*

Sehr geehrte Damen und Herren, bitte erlauben Sie mir, etwas zu den Diskussionen und Debatten zu sagen, die ich hier bei Ihnen verfolgen konnte.

Erstens: Es sind ähnliche Debatten wie in Polen. Die Diskussionen des gestrigen Tages über die Rolle der Staatsanwälte und der Gerichte, über die Gerechtigkeit und den Rechtsstaat und über die Frage, ob der Rechtsstaat die Gerechtigkeit garantiert, das kennen auch wir sehr gut. Ich kann Ihnen sagen, dass auch in Polen, vermutlich auch in anderen postkommunistischen Ländern, die Situation gleich gut und demzufolge also auch gleich schlecht ist. Gleich gut, weil wir einen Rechtsstaat haben und gleich schlecht, weil viele Täter immer noch frei sind, nicht verurteilt wurden oder sogar bisher gar nicht entdeckt worden sind. Wenn man aber diese Situation beklagt, dann muss man auch sagen: Zuerst der Rechtsstaat und dann so viel Gerechtigkeit wie möglich, nicht jedoch umgekehrt. Der Rechtsstaat ist die Grundlage für jede Demokratie. Wir wissen auch, wie schwer der Umgang mit der Nazivergangenheit und deren Aufarbeitung war und wie schwer es sein kann, vor Gerichten Gerechtigkeit zu erreichen. Dies darf aber kein Argument gegen den Rechtsstaat als Prinzip sein. Die gleichen Regeln gelten nun auch in der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit.

Zum zweiten teile ich Ihre Sorge um die Erinnerungskultur und die Erinnerung an den Kommunismus in Ostdeutschland. Unter Ihnen fühle ich mich zu Hause, wie unter Kollegen aus der Solidarność-Bewegung. Aber die Ex-DDR, also Ostdeutschland, scheint mir heute ein geteiltes Land zu sein, nicht Deutschland als Ganzes sondern nur Ostdeutschland. Die DDR-Nostalgie ist hier sehr stark zu spüren, so ist zumindest mein Eindruck.

Ganz besonders stark spürt man das an sehr wichtigen Orten. Das sind die ost-deutschen Schulen und ihre Lehrer. Wenn ich darüber nachdenke, muss ich sagen, dass dies ein sehr komplizierter Sachverhalt ist. Da sind die Lehrbücher und die Lehrer selbst, da ist die Atmosphäre in der Schule, die auch das deutsch-polnische Verhältnis beeinflusst. Stellen Sie sich zum Beispiel vor, dass in einem Gymnasium im Grenzgebiet eine Lehrerin in einer Beratung des pädagogischen Rates sagen kann: »*Wir haben die beste, die beste Pädagogik aus der Sowjetunion übernommen*« und niemand dagegen protestiert.

Wenn ich nun aber andererseits von Ihnen höre, welch große Anstrengungen Sie unternehmen, um die traurige und oft tragische Erinnerung an den Kommunismus zu erhalten und zu festigen, denke ich, das ist zukunftsorientiert. Die harte Arbeit, die hier geleistet wird, muss in Bezug auf die Schule Früchte tragen. Denn nur die Jugend ist unsere Zukunft. Gehen Sie in die Schulen und berichten sie von Ihren Erfahrungen. Es wird keine einfache Aufgabe sein, weil mit Sicherheit viele Lehrer und Schuldirektoren dagegen sein werden, aber für mich ist dies der entscheidende Ort.

Nun möchte ich etwas ergänzen, was mein Freund Markus Meckel sagte. Der Zweite Weltkrieg ist als Thema für uns alle wichtig. Wichtig ist vor allem, wie wir heute diesen Krieg interpretieren. Gab es in diesem Krieg wirklich nur zwei Seiten? Die Alliierten und die Sowjetunion auf der einen und Nazi-Deutschland auf der anderen Seite? So lautet zumindest eine Interpretation. Und wenn wir diese Interpretation für richtig halten, so hat das bestimmte Konsequenzen, auch für uns, hier in diesem Saal. Denn auf der einen Seite sind wir die Opfer des Kommunismus, aber auf der anderen Seite müssen wir der Sowjetunion, d. h. auch Russland dankbar sein, dass sie Hitler besiegt haben. Es ist fast ein Widerspruch, aber sehr viele Menschen denken so. Und wenn wir den Kommunismus kritisieren, dann begegnet man uns mit Polemik: Bitte, vorsichtig! Wir sollen dankbar sein, denn: Was für riesige Opfer hat das russische Volk, das sowjetische Volk gebracht, für uns alle. Das ist die eine Auslegung der Geschichte. Es hat weitgehende Konsequenzen, wenn man sagt, an diesem Krieg haben nur zwei Seiten teilgenommen. Meine Interpretation ist eine andere: An diesem Krieg waren drei Seiten beteiligt – zwei Totalitarismen und die Demokratien.

Und ich denke, wir sollten dieses Bild noch weiter differenzieren. Wenn ich Dich lieber Markus Meckel noch ergänzen darf: Wenn Du sagst, es gab zwanzig Millionen Opfer des Krieges in der Sowjetunion: Was heißt das, wer waren diese zwanzig Millionen? Es waren nicht nur Russen sondern auch Menschen aus der

Ukraine und Weißrussland. Es waren auch eine halbe Million Usbeken. Als ich vor einiger Zeit nach Taschkent in Usbekistan reiste, habe ich es dort erfahren können. Es waren Orthodoxe, Muslime, Katholiken, Juden und viele andere mehr. Wenn wir uns einen Friedhof für gefallene sowjetische Soldaten ansehen und das, was auf den Grabsteinen unter diesem Stern geschrieben steht, so muss ich sagen, das ist eine Lüge. Dies ist eine ganz falsche Haltung gegenüber unseren Freunden in Russland. Wenn eine Veranstaltung wie am 8. Mai 2005 in Moskau von uns akzeptiert worden wäre, dann würden wir in Russland einen postsowjetischen Imperialismus akzeptieren, denn wir vergessen darüber unsere russischen Freunde, die genauso über die Demokratie denken wie wir. Denn sie sind unsere Verbündeten in Europa und nicht die anderen in Russland. Dies ist ein ganz heikles Thema. Der Krieg war solch ein gravierendes Ereignis im 20. Jahrhundert, dass wir unsere gemeinsamen Erinnerungen brauchen, um diesen Krieg zu interpretieren. Es kann nicht sein, dass es immer heißt: Polen gegen Deutsche oder Franzosen gegen Deutsche und so weiter. Es sind menschliche Schicksale, von denen wir sprechen, aber nicht nur in der »postmodernen« Art und Weise, indem lediglich isoliert individuelle Fälle betrachtet werden. Diese Tragödie müssen wir gemeinsam interpretieren und als Ganzes verstehen. Die Tragödie des Zweiten Weltkrieges hatte enorme Konsequenzen für uns alle hier als Opfer des Kommunismus. Dies ist eine Konsequenz des Krieges, aber sagen wir es genauer: Es ist eine Konsequenz des Hitler-Stalin-Paktes. Zwei blutige Diktatoren haben über unser Leben entschieden.

Und wenn ich heute in Stettin arbeite, in einer ehemaligen deutschen Stadt, dann wegen dieses Paktes. Dazu gehört auch die Situation in der Ukraine, in Weißrussland, denn diese Situation gehört auch zu den Konsequenzen des Paktes.

Nun noch eine Bestätigung dessen, was Markus Meckel sagte: Natürlich müssen wir dieses Geschehen international verarbeiten. Manchmal habe ich Bedenken, sowohl in Polen als auch in Deutschland, wenn man über den Mauerfall, die Revolution von 1989 und so weiter spricht. Wenn wir nicht vergleichen und wenn wir vergessen, dass wir das alles gemeinsam gemacht haben, entsteht plötzlich in jedem Land ein nationaler Stolz auf die eigene Revolution, der in einem gewissen Sinn auch richtig ist. Wenn man aber zu stolz ist und wenn man vergisst, dass die anderen auch Verdienste haben, dann ist schon nicht mehr alles in Ordnung.

Kein einzelnes Land konnte den Kommunismus selbst abschaffen. In Deutschland erinnert man manchmal an *Solidarność* und unsere polnischen Verdienste für die Vereinigung Deutschlands, dann sage ich danke schön, richtig! Aber ver-

gessen wir darüber nicht zum Beispiel die Ukraine. Wissen Sie, dass die Ukrainer schon im Jahre 1988 ihre freien Gewerkschaften hatten? Die oppositionelle Bewegung in der Ukraine 1986/87 war, pardon, dass ich Sie jetzt ein bisschen kritisiere, besser entwickelt als in der DDR, unter sehr schwierigen Umständen. Was haben wir dazu zu sagen? Wie mutig waren die Litauer, die Balten und haben diese Länder nicht auch dazu beigetragen, dass Deutschland sich vereinigen konnte? Darüber müssen wir jetzt laut sprechen. Und leider hat Markus Meckel in diesem Punkt absolut Recht: Die Abrechnung mit dem Kommunismus ist sehr schwierig. Man muss daran viel intensiver und umfassender arbeiten, als es bis heute der Fall ist.

Die Opfer sind in der Minderheit, obwohl sie sehr zahlreich sind, es gibt demgegenüber eine Menge von ehemaligen Stasifunktionären, die sich in Netzwerken perfekt organisiert haben und es gibt die indifferente Mitte. Die Opfer bleiben manchmal mit dem, was sie zu sagen haben, in der Minderheit. Wenn wir aber mit dem Kommunismus abrechnen wollen, dann müssen wir dies international tun. Denn erst dann können wir stärker als die Ex-Kommunisten werden.

Europa ist demokratisch und die Demokratie muss noch weiter entwickelt werden. Und, eo ipso, unsere Gegner sind all diejenigen, die die Totalitarismen verteidigen, als Erbe, als Atmosphäre oder durch das Nichterinnern und die Relativierung. Für die Demokratisierung müssen wir die volle Unterstützung gewinnen. Das ist die eine Sache und die zweite ist, wie sehen wir uns selbst? Das ist meine Frage, auch nach der Theateraufführung gestern Abend: Sind wir in erster Linie Opfer oder sind die Schicksale der Verfolgten die Modelle des Widerstandes?

Ich komme nun auf Europa zurück: Kommen wir nur als Schüler in die Europäische Union, als arme Schüler, die nur zu lernen haben oder kommen wir mit einer sehr wichtigen Erfahrung von Zivilcourage, als bewusste Staatsbürger dazu? Man kann auch in einem nicht-demokratischen Staat ein Staatsbürger werden mit demokratischen Idealen im Kopf und im Leben. Demokratie basiert auf Individuen, die den Mut haben, gewisse Werte zu vertreten. Das braucht Europa.

Wenn ich so etwas wie am 8. Mai in Moskau beobachte, dann denke ich, unsere Politiker haben keine Courage und keinen Mut. Diese Diskussion ist natürlich nicht leicht. Und eine abschließende Bemerkung, meine Damen und Herren. Unsere Diskussion dreht sich natürlich nicht nur um die Vergangenheit. Es ist zuerst eine Diskussion über die Zukunft. Dass in dieser historischen Situation Deutsche, Franzosen, Polen, Tschechen, Litauer, Ukrainer und so weiter jetzt gemein-

sam diskutieren können, das ist einmalig. Wir waren in Europa während des Krieges Barbaren. Wir haben uns gegenseitig ermordet. Das war die Realität des 20. Jahrhunderts. Das war die tragische Normalität dieses Jahrhunderts! Jetzt wollen wir etwas anderes und wir müssen diese Chance nutzen.

Dabei ist die Interpretation der Geschichte in dem Bewusstsein, dass es um die Zukunft geht und um die Gestaltung des Kontinents, von enormer Wichtigkeit. Natürlich werden wir nie einig sein, nie alle die gleiche Meinung haben, obwohl diese Aufteilung, auf einer Seite die Deutschen, auf der anderen die Polen, nur hinderlich und unnötig ist. Wir können und wir werden immer sehr unterschiedlich sein. Es geht um die Zukunft, um die Gestaltung der Europäischen Union, unseres Kontinents. Die Erarbeitung unserer Geschichtsbilder ist natürlich absolut notwendig für die europäische Integration. Und wieder hast Du, lieber Markus Meckel, recht: Es gibt heute einen Konflikt zwischen einer Interpretation der Geschichte in Westeuropa, wo mit der Bildung der Europäischen Union eine hervorragende Leistung vollbracht wurde, wo man aber auch in einer gewissen Bequemlichkeit lebte und unsere mitteleuropäische Erfahrung an den Rand geschoben hat. Ich glaube zum Beispiel, wir Polen haben in dieser Hinsicht mehr mit Ihnen, den Ostdeutschen, zu tun, als Sie mit einigen Westdeutschen. Auch diese Auseinandersetzung der zwei Europas, die bereits in der Europäischen Union sind, ist enorm wichtig für die Zukunft, auch für die Erweiterung Europas, zum Beispiel für die Ukraine und hoffentlich Weißrussland. Darin liegt eine große Aufgabe für die Zukunft.

Redebeitrag Herr Dr. Zahn

Herr Woycicki, sie haben am Anfang ihrer Ausführungen gesagt, sie fühlten sich hier bei uns zu Hause. Ich darf Sie da ein bisschen korrigieren. Sie sind bei uns nicht nur herzlich willkommen. Sie sind zu Hause! Und ich bin ganz glücklich darüber, dass ich das Gleiche von mir sagen kann, wenn ich in meiner Vaterstadt Stettin bin, obwohl dort eine Sprache gesprochen wird, die ich nur unvollkommen verstehe. Aber ich kann doch heute sagen, ich bin in Stettin zu Hause. Ich bin dort geboren und deshalb freut es mich ganz besonders, dass Sie hier sind Herr Woycicki. Und an Sie möchte ich deshalb auch eine Frage richten. Wir sprachen die ganze Zeit über Erinnerungskultur. Ich frage Sie, ob Sie einmal in Treptow beim sowjetischen Ehrenmal gewesen sind und frage Sie nach ihren Gefühlen und Gedanken wenn Sie an jenen Stelen vorbeigehen, in denen der Name des Verräters an der polnischen Nation, Stalin, in goldenen Buchstaben nach wie vor verewigt ist. Ich frage Sie auch, ob Sie dann nicht auch daran denken, wie schäbig und wie

schändlich die polnische Heimarmee verraten worden ist und von den Nazis verheizt werden musste oder werden konnte, während die Sowjets im Warschauer Vorort Praga die Arme übereinander schlugen und dem Gemetzel zusahen. Meinen Sie nicht, dass dies auch eine negative Erinnerungskultur ist, ähnlich wie die auf unserem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde, wo kommunistische Usurpatoren, feierlichst nach wie vor unter rotem Marmor und rotem Porphyrt mit Goldbuchstaben ruhen und weiterhin durch rote Nelken geehrt werden. Auch um diesen Aspekt der Erinnerungskultur sollte man sich hier bei uns kümmern. So lange man dies nicht tut, so lange man dies nicht tut, bleiben fürchte ich, alle unsere Beteuerungen leere und hohle Phrasen. Dankeschön.

Antwort Herr Dr. Woycicki

Herr Doktor Zahn, zuerst einmal vielen Dank für ihre Worte. Ich hoffe, dass Sie Stettin öfter besuchen werden. Ich persönlich betrachte Stettin als Vorort von Berlin. Vielleicht sollten wir uns doch einmal öfter treffen und uns zusammensetzen. In Bezug auf das von ihnen angesprochene Ehrenmal in Treptow bin ich absolut Ihrer Meinung, allerdings möchte ich noch ein Detail hinzufügen. Es hat einmal bei uns im Gorki-Theater eine Talkshow stattgefunden, an der ich teilgenommen habe. Und ich habe darüber nachgedacht und mich gefragt, ob es wirklich angebracht ist, im Zentrum einer europäischen Metropole ein Theater mit diesem Namen zu haben. Warum muss es nach Gorki heißen? Ist es richtig, war er ein echter großer Intellektueller oder war er derjenige, der die Arbeiten am Weißmeerkanal ganz aktiv unterstützt hat? Er hat westeuropäische Intellektuelle dorthin geführt, er hat ihnen die Gefängnisse gezeigt und er hat diese Gefängnisse gelobt. Ist es angebracht, ein Theater mit diesem Namen zu haben?

Also da ist noch sehr viel zu verarbeiten, das muss ich ehrlich sagen. Sicherlich ist Stalin für manche noch immer ein Denkmal. Aber gerade da gibt es bei uns einen Mangel an Mut, unseren russischen Partnern die Wahrheit zu sagen. Es geht ja nicht gegen Russland als Land oder gar gegen die Russen, es ist eigentlich das Gegenteil, und da haben Sie, Herr Doktor Zahn, absolut Recht.

Stellen Sie sich vor, nach dem Zweiten Weltkrieg, als man angefangen hat, die Nazi-Diktatur zu analysieren, hätten die anderen Europäer mit Postnazideutschland so gesprochen wie wir heute mit dem postkommunistischen Russland sprechen. Hätten dann Sie als Deutsche in der Bundesrepublik die Möglichkeit gehabt, eine Demokratie aufzubauen? Ich glaube, nein, ich glaube, nein! Die Demokratie

in der Bundesrepublik war möglich dank der mutigen Aufarbeitung der Geschichte. Es gilt immer, die Wahrheit in einem Dialog, der das Grundprinzip bildet, herauszufinden. Wir erweisen der Demokratisierung und der Demokratie einen Bärendienst, wenn wir unseren russischen Kollegen und manchmal schwierigen Partnern in der Diskussion nicht mutig die Wahrheit sagen. Wir müssen ihnen sagen, dass die Aufarbeitung der Geschichte notwendig ist für die Demokratie in Russland.

Weiterhin bin ich der Meinung, wir sollten schon die Denkmäler auf den Friedhöfen behalten, aber manchmal ist es eben wichtig, das eine oder andere zu kommentieren oder zu verändern. Eine Bemerkung möchte ich noch zu meinem Freund Markus Meckel machen. Ich möchte ihn, wenn ich mich in Ihre Diskussion einmischen darf, ein wenig verteidigen.

Sicherlich und unbestritten ist der 17. Juni 1953 ein sehr wichtiges Ereignis. Und sicherlich hat dieses Ereignis auch früher als in Posen stattgefunden. Aber wir sollten hier keinen Wettbewerb nach dem Motto »Wer war der Erste?« veranstalten. Denn dann sage ich Ihnen, die Ersten waren die polnischen Partisanen, die bis 1948 gekämpft haben. Die litauischen Partisanen wären ebenso zu nennen. Aber wie gesagt, das hier ist kein Wettbewerb. In Deutschland war ein solcher Widerstand in dieser Art nach dem Zweiten Weltkrieg nicht möglich und diese enorm wichtige Revolte gab es dann 1953.

Und das zeigt die wichtige Interdependenz. Ich darf Ihnen sagen, dass der 17. Juni 1953 auch für die Erinnerung in Polen sehr wichtig ist.

DEUTSCHLAND

SCHLUSSWORT IN KÖNIGSLUTTER

Gerhard Ruden, *Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt*

Meine Damen und Herren, der Kongress nähert sich seinem Ende. Die Veranstalter dieses Kongresses haben sich zu einer Pressemitteilung verständigt, die ich ihnen hiermit verlesen möchte.

Im Ergebnis des 10. Bundeskongresses mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen kommunistischer Gewaltherrschaft, erklären die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur:

Die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fordern eine zügige Umsetzung der in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU/CSU festgelegten Verbesserungen der Rehabilitierungsregelungen für Menschen, die in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR politisch verfolgt wurden. 16 Jahre nach der deutschen Einheit ist es endlich an der Zeit, diejenigen angemessen zu würdigen, die sich unter den Bedingungen der Diktatur für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben und deswegen verfolgt wurden. Angesichts der vielfältigen Tendenzen, die Verhältnisse in der DDR schönzureden, fordern die Landesbeauftragten und die Stiftung Aufarbeitung die kritische Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur stärker als bisher als gesamtdeutsche Aufgabe zu begreifen. Um hier ein Zeichen zu setzen, fand der Kongress mit Niedersachsen zum ersten Mal in einem westdeutschen Bundesland statt. Auch in Flensburg und Regensburg, in Hamburg oder Gelsenkirchen muss jungen Menschen an Schulen und Hochschulen die DDR-Diktatur als Teil der deutschen Geschichte vermittelt werden. Auch die westdeutsche Gesellschaft darf sich der vielfach schmerzhaften Aufarbeitung der deutsch-deutschen Geschichte nicht entziehen. Ein gesellschaftlicher Konsens über den diktatorischen Charakter der DDR ist eine unverzichtbare Grundlage für die demokratische politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland.

Eines möchte ich an dieser Stelle nicht vergessen. Ich möchte dem AVALON Hotel Königshof, seinem Chef Herrn Navarro und seinen Mitarbeitern ganz herzlich dafür danken, dass sie so ausgezeichnet für unser leibliches Wohlergehen gesorgt haben und natürlich auch für die wunderbare Atmosphäre, in der die Kongressveranstaltungen stattfinden konnten. Herr Navarro hat an Teilen der Veranstaltung teilgenommen und hat damit, denke ich, auch sein Interesse für das Anliegen des Kongresses bewiesen. Ich bedanke mich, dass es möglich war, in diesem schönen Haus unsere so wichtigen Themen zu diskutieren. Ich möchte mit diesen Worten den Kongress beschließen und wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

Impressum

Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik | Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.)



BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



10. bundesweiter Kongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 12. bis 14.05.2006 in Königsutter

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeber dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren und Referenten die Verantwortung.

Satz und Layout: ultramarinrot – Büro für Kommunikationsdesign, Berlin

Druck: enka-druck GmbH, Berlin

